Nr. 264 ♦ 43. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 135

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" mit „Siedlung und Kleingarten" sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen" und Frauenbeilage „Frauenstimme" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Dienstag, den 8. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Der Briefwechsel Loebell-Hindenburg.

Eigenmächtige, überstürzte Veröffentlichung durch Loebell.

Herr v. Loebell hat die Veröffentlichung seines Briefwechsels mit Hindenburg, die erst zum 11. Juni geplant und vorbereitet war, infolge der Veröffentlichungen des „Vorwärts" schon gestern durch ein vier Seiten starkes Sonderheft seines „Deutschenspiegels" vorgenommen. Er hat offenbar gefürchtet, daß ihm die Veröffentlichung verboten werden könnte und hat sich darum sehr beeilt. In einer Vorrede erklärt er:

Der „Vorwärts" hat in seiner Sonntagsnummer allen Gegnern des sozialistisch-kommunistischen Enteignungsgesetzes und allen, die ohne Rücksicht auf ihre politische Einstellung zu Fragen der Vergangenheit und einer späteren Zukunft den heutigen Rechtsstaat zu verteidigen entschlossen sind, den Gefallen getan, den Kampf zum Volksentscheid in der Front der rücksichtslosesten Verleumdung zu eröffnen. Er hat ein „großes Geheimnis" und eine „Intrige gegen den Volksentscheid" zu enthüllen geglaubt, als er seinen Lesern mitteilte, daß in der Nummer des „Deutschenspiegel" vom 11. Juni ein Briefwechsel zwischen dem Reichspräsidenten v. Hindenburg und mir veröffentlicht werden solle. Das war kein Geheimnis, obwohl ich mir, der darüber in jeder Richtung verfügen kann, die Veröffentlichung des Briefwechsels noch vorbehalten hatte. Der Artikel des „Vorwärts" zwingt mich zum Entschluß.

Mag uns Herr v. Loebell getrost nochmals der Verleumdung" zeihen. Wir erklären ihm, daß er lügt.

Er will sich die Veröffentlichung des Briefwechsels „noch vorbehalten haben" und erst durch unseren Artikel zum Entschluß gezwungen worden sein. Tatsächlich war das zur Massenverbreitung bestimmte Flugblatt mit dem Briefwechsel schon gedruckt, als wir unsere Mitteilungen machten!

Herr v. Loebell behauptet, über den Briefwechsel mit Hindenburg in jeder Richtung verfügen zu können. Will er damit sagen, daß er bei Hindenburg die Genehmigung zur Veröffentlichung nachgesucht und sie erhalten hat? Die ganze Presse war darüber einig, daß — nach den Mitteilungen des „Vorwärts" erst recht — die Entscheidung, ob der Briefwechsel veröffentlicht werden solle oder nicht, beim Reichspräsidenten liege. Herr v. Loebell aber sagt: „Ich kann in jeder Beziehung verfügen." „Ich bin zu einem Entschluß gezwungen."

Verfügt Herr v. Loebell über den Reichspräsidenten? Faßt er für ihn Beschlüsse?

Solange nicht eine Erklärung des Reichspräsidenten vorliegt, daß er die Veröffentlichung genehmigt hat, bleiben wir der Ueberzeugung, daß sie widerrechtlich erfolgt ist und daß Loebell die Unwahrheit sagt, wenn er das Gegenteil behauptet.

Hätte der Reichspräsident die Veröffentlichung genehmigt, so hätte er sich selber damit in eine ganz unmögliche Lage gebracht. Wir wünschen nicht, vom obersten Repräsentanten des Reiches angehmen zu müssen, daß er es zwar der Form nach ablehne, eine öffentliche Kundgebung zu erlassen, aber sich dennoch mit der Umwandlung seines Privatbriefes zu einer öffentlichen Kundgebung einverstanden erkläre. Das wäre ein Vorgehen, das überall das heftigste Kopfschütteln erregen müßte. Entweder man tut etwas oder man tut etwas nicht! Entweder man erläßt eine öffentliche Kundgebung oder man unterläßt sie. Jedoch sagen: „Eine öffentliche Kundgebung erlasse ich nicht, aber da hast du einen Privatbrief, den du veröffentlichen kannst" — das geht doch offenbar ganz und gar nicht.

Der Brief des Reichspräsidenten ist, wenn seine Veröffentlichung vom Briefschreiber beabsichtigt gewesen sein sollte, eine hochpolitische Urkunde. Für sie muß die Regierung die Verantwortung übernehmen. Die Regierung aber hat — wir glauben da richtig unterrichtet zu sein — von dem Briefwechsel des Reichspräsidenten gar nichts gewußt und von ihm wie von seiner geplanten Veröffentlichung erst aus dem „Vorwärts" erfahren. Die Regierung würde — auch darin glauben wir richtig unterrichtet zu sein — den Reichspräsidenten vor der Veröffentlichung des Briefes dringend gewarnt haben. Sie würde das getan haben, nicht den Anhängern der Fürstenenteignung zuliebe, sondern im eigenen Interesse des Reichspräsidenten und im Interesse der Institution der Reichspräsidentenschaft, die aus dem Streit der Parteien herausgehalten werden soll.

Mischt sich der Reichspräsident in den Streit der Parteien, dann muß er es sich eben auch gefallen lassen, behandelt zu werden, wie jeder andere. Die angegriffene Seite muß sich dann auch das Recht wahren, ihm ganz deutlich ihre Meinung zu sagen.

Aber, was sieht man in Wirklichkeit? Der „Vorwärts" hatte kein Wort gegen den Reichspräsidenten gesagt, er hatte ihn im Gegenteil in Schutz genommen — und schon heult die Rechtspresse, wir vergriffen uns an der geheiligten Person Hindenburgs. Der Reichspräsident soll also nach ihrer Meinung — das heißt natürlich nur solange es ihr paßt — das Recht haben, andere öffentlich in herabsetzender Weise zu behandeln, diese anderen aber hätten die Pflicht, dabei stramm zu stehen und die Hacken zusammenzuschlagen.

Die Rechte möchte die Zeit wiederhaben, in der ein Wilhelm II. die Sozialdemokratie eine „Rotte vaterlandsloser Gesellen" nannte, aber jede nur einigermaßen entsprechende Antwort darauf als Vergehen gegen die heilige Majestät gebrandmarkt und bestraft wurde.

Diese Zeiten werden nicht wiederkehren. Einen Reichspräsidenten, der sich vom Vorbild Eberts abweichend, in dem Streit der Parteien begäbe, würden wir selbstverständlich mit demokratischer Aufrichtigkeit behandeln und wir würden ihm selbstverständlich genau so dienen, wie er uns bedient.

Bis zum Beweis des Gegenteils nehmen wir jedoch an, daß Herr v. Hindenburg in der Tat nichts anderes beabsichtigt hat, als in einem vertraulichen Brief sein Herz auszuschütten. In diesem Brief sehen wir ihn als den, den wir kennen: als den alten Offizier seines Königs und Kaisers, als einen alten Herrn, der ganz in alten Vorstellungen befangen ist. Kein Wunder also, daß Herr v. Hindenburg kein Verständnis hat für das tiefe, leidenschaftliche Gefühl für „Moral und Recht", das in den zwölfeinhalb Millionen Unterschriften für das Volksbegehren zum Ausdruck kam; kein Wunder, daß er es für „moralisch und gerecht" hält, daß eine Handvoll Menschen über zweieinhalb Milliarden verfügt, während Millionen um Hab und Gut gebracht sind und bittere Not leidet; kein Wunder auch, daß er sich das schlimme Wort von der „Aufreizung der Instinkte der Massen" aus der Feder gleiten läßt! Das ist Hindenburg, und weil das Hindenburg ist, hat bei der Reichspräsidentenwahl die Mehrheit der Wähler gegen Hindenburg gestimmt.

Jetzt ist Hindenburg Reichspräsident, und seit er es ist, ist der Kampf gegen ihn auf der ganzen Linie eingestellt worden. Das war möglich, weil sich der neue Reichspräsident durchaus korrekt verhielt und im Rahmen seiner staatsrechtlichen Befugnisse blieb.

Gewissen Leuten hat dieser Zustand nicht gefallen. Es hat ihnen nicht gefallen, daß Herr v. Hindenburg Locarno unterschrieb und daß er sich um den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung bemühte. Es hat ihnen nicht gefallen, daß zwischen dem Reichspräsidenten und allen Parteien ein leidlich gutes Verhältnis bestand.

Sie wollen Hindenburg als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie einsetzen. Was dabei aus dem Sturmbock wird, ist ihnen sehr gleichgültig.

Darum die Loebell-Intrige. Darum der private Briefwechsel mit Hindenburg, der durch einen Akt grober Illoyalität und schwersten Vertrauensbruches zu einer öffentlichen Kundgebung des Reichspräsidenten verwandelt wurde — die zu erlassen der Reichspräsident eben in demselben Briefe abgelehnt hatte.

Um das ganze auf eine Formel zu bringen: Wir halten den Reichspräsidenten für eine einfache Natur und einen in den Ideen der Vergangenheit befangenen ehrlichen Mann. Aber gewisse Leute, die sich an ihn herandrängen und die sich seiner zu bemächtigen suchen, halten wir für schofle Intriganten und perfide vor keinem Mittel zurückschreckende Feinde der Republik.

Der Wortlaut des Briefwechsels.

Loebell an Hindenburg.

Berlin, den 19. Mai 1926.

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

In schwerer Sorge wende ich mich an Ew. Exzellenz und bitte, mich über eine Angelegenheit frei aussprechen zu dürfen, die mir um so mehr am Herzen liegt, als ich einen Teil der Verantwortung dafür trage, daß Ew. Exzellenz sich zu dem großen Opfer der Uebernahme des Amts des Reichspräsidenten vor Jahresfrist bereit erklärt haben. Ich weiß, daß ich im Namen vieler Millionen guter Deutscher handele, wenn ich vertrauensvoll zu Ihnen, dem Reichspräsidenten, der in allen Kreisen, Berufsständen und Parteien Deutschlands die höchste Verehrung genießt, von dieser Sorge spreche.

Seit Wochen werden nach ganz bestimmtem Plan unter den Wählern der Parteien, die sich für das sozialistisch-kommunistische Enteignungsgesetz aus dem Volksbegehren einsetzen oder die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den ehemaligen Fürstenhäusern nur im Sinne einer Enteignung zu lösen versuchen, **Gerüchte verbreitet, daß Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, auch das jetzt zum Volksentscheid gestellte Gesetz vollziehen würden.** Von der Gefahr einer Staatskrisis und einer Präsidentenkrisis könne, so heißt es in diesem Gerücht, auch nach einem Erfolg des Volksentscheids keine Rede sein. Ich halte es für meine Pflicht, Ew. Exzellenz darauf aufmerksam zu machen, daß **mit solchen falschen Behauptungen eines der wirksamsten Propagandamittel der sozialistisch-kommunistischen Agitation gewonnen wird.** Die in allen bürgerlichen Kreisen an sich vorhandene Entrüstung über das Enteignungsgesetz hindert nicht, daß durch die ganz materiell eingestellte Agitation der radikalen Linken Verwirrung in die bürgerlichen Kreise hineingetragen wird, wenn nicht von höchster Stelle des Reichs aus diesen Tendenzen zur Zerrüttung des Rechtsstaates mit aller Entschiedenheit engegengetreten wird. Ich sehe, obwohl es mir sehr naheliegt, davon ab, mich politisch zur Frage der Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den ehemaligen Fürstenhäusern zu äußern. Ich glaube aber, aus zahllosen mir zugegangenen schriftlichen Aeußerungen und mündlichen Mitteilungen entnehmen zu können, daß das gesamte deutsche Bürgertum einig ist in dem Bestreben, die Rechtsgrundlage des bürgerlichen Staates, wie sie auch die Weimarer Verfassung gibt, aufrechterhalten zu wollen.

Durch die parlamentarische Verhandlung dieser Frage ist das Politische stark in den Vordergrund gerückt, die rechtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte werden öffentlich nicht mehr erörtert. Man unterdrückt geflissentlich, daß es sich bei dem sozialistischen Enteignungsgesetz um den Versuch der Enteignung des Privateigentums eines zunächst engbegrenzten Kreises handelt. Man verschweigt, daß die hier erstmalig angewandte Methode der Enteignung durch Volksentscheid zur Enteignung des Vermögens der Kirche, des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, des städtischen Hausbesitzes, der Unternehmungen der Industrie, der Banken, der Handwerker und der Arbeiter führen kann, zumal die Bestimmungen der Reichsverfassung über die Möglichkeiten einer Enteignung unklar sind. **Ich halte es daher für meine Pflicht, Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, darauf aufmerksam zu machen, daß den Gerüchten über Ihre Stellungnahme zum sozialistisch-kommunistischen Enteignungsgesetz mit allem Nachdruck entgegengearbeitet werden muß,** und daß weit mehr, als das bisher leider geschehen ist, der Kampf gegen diese Zerstörung des bürgerlichen Rechtsstaates von der verfassungsmäßigen Regierung aufgenommen werden muß. Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, haben mit Ihrem hohen Amt die Aufgabe übernommen, die Verfassung und die Gesetze des Reiches zu wahren und Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben.

Ich bin überzeugt, daß Sie nie und nimmer ein Gesetz billigen werden, das die Gerechtigkeit mißachtet und große Teile unseres Volkes auf das tiefste beunruhigen und verletzen müßte. Ich weiß bestimmt, daß Ew. Exzellenz alles tun werden, was im Bereich Ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse liegt, um das deutsche Volk und unser Vaterland vor dieser Gefahr zu bewahren.

Deshalb richte ich an Ew. Exzellenz die Bitte, in dieser für die Stellung Deutschlands in der Welt und für die Entwicklung des deutschen Volkes in der Zukunft gleich wichtigen Frage vor der Oeffentlichkeit — sei es in einem Erlaß an die Reichsregierung, sei es in einer Kundgebung an das deutsche Volk — persönlich Stellung zu nehmen. Weite Kreise des deutschen Volkes erwarten von Ihnen, Herr Reichspräsident, zu hören, wie Sie dieses Volksbegehren und den nunmehr unvermeidbar gewordenen Volksentscheid ansehen und wie Sie persönlich sich zu ihm stellen werden.

In größter Verehrung verbleibe ich Ew. Exzellenz treu ergebener

gez. von Loebell.

Seht die Wählerliste ein!

Hindenburg an Loebell.

Berlin, den 22. Mai 1926.

Sehr geehrte Exzellenz!

Von Ihrem Schreiben vom 19. Mai habe ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. **Ihrer Anregung, zu dem Volksbegehren auf Enteignung der Fürstenvermögen in einer öffentlichen Kundgebung Stellung zu nehmen, vermag ich aber aus staatsrechtlichen, sich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Präsidenten des Deutschen Reiches ergebenden Gründen nicht zu entsprechen.** Auch von einem Erlasse an die Reichsregierung möchte ich absehen: Die Reichsregierung hat bereits in ihrer Kundgebung vom 24. April d. J. vor dem deutschen Volke klar und deutlich erklärt, daß die entschädigungslose Enteignung den Grundsätzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben, widerspricht. Sie hat von diesem Standpunkt des Rechts sowohl in der erwähnten amtlichen Kundgebung als auch durch den Reichsminister des Innern in der Reichstagssitzung vom 28. April d. J. ausgesprochen, daß sie das Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen auf das entschiedenste ablehne. Die unter dem Reichskanzler Dr. Marx am 17. Mai 1926 neugebildete Reichsregierung hat sich in ihrer Erklärung vom 19. Mai diesen Standpunkt ausdrücklich zu eigen gemacht. **Ich kann daher annehmen, daß die Regierung, ohne daß es eines besonderen Schrittes meinerseits bedarf, Ihre Auffassung über die rechtliche Tragweite und Gefahr des Volksbegehrens teilt.**

Was die von Ihnen berührten, im weiteren Verlauf der Dinge von mir persönlich zu treffenden Entscheidungen anlangt, so muß ich mir — wie es die Verfassung vorsieht — meine Entschließung vorbehalten, bis das Ergebnis des Volksentscheids und das sich hierauf gründende Ausführungsgesetz vorliegt und die Frage der Vollziehung dieser Gesetze an mich herantritt.

Ich will es aber doch nicht unterlassen, **Ihnen meine persönliche Auffassung** dahin mitzuteilen, daß ich die von Ihnen geäußerten Besorgnisse in vollem Umfange teile und die gleichen Bedenken wie Sie auch schon von Anfang dieser Entwicklung der Dinge an auch der Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht habe. Daß

ich, der ich mein Leben im Dienste der Könige von Preußen und der deutschen Kaiser verbracht habe,

dieses Volksbegehren zunächst als ein großes Unrecht, dann aber auch als einen bedauerlichen Mangel an Traditionsgefühl und als groben Undank empfinde, brauche ich Ihnen nicht näher auszuführen. Ich will mich aber bemühen, den Enteignungsantrag hier nicht als eine politische, sondern lediglich als eine moralische und rechtliche Angelegenheit zu betrachten. Ich sehe in ihm unter diesem Gesichtspunkt einen sehr bedenklichen Verstoß gegen das Gefüge des Rechtsstaats, dessen tiefstes Fundament die Achtung vor dem Gesetz und dem gesetzlich anerkannten Eigentum ist. Es verstößt gegen die Grundlagen der Moral und des Rechts. Würde dieses Volksbegehren Annahme finden, so würde einer der Grundpfeiler, auf dem der Rechtsstaat beruht, beseitigt und ein Weg eröffnet, der auf abschüssiger Bahn haltlos bergab führt, wenn es der Zufälligkeit einer, vielleicht noch dazu leidenschaftlich erregten Volksabstimmung gestattet sein soll, verfassungsmäßig gewährleistetes Eigentum zu entziehen oder zu verneinen.

Es könnte aus dem jetzt vorliegenden Einzelfall die Methode entstehen, durch

Aufreizung der Instinkte der Massen

und Ausnutzung der Not des Volkes mit solchen Volksabstimmungen auf dem Wege der Enteignung weiter zu gehen und damit dem deutschen Volke die Grundlage seines kulturellen, wirtschaftlichen und staatlichen Lebens zu entziehen. — Ich sehe hierin eine große Gefahr, die gerade in unserer Lage, in der Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und ideellen Kräfte für unsere Selbstbehauptung am notwendigsten ist, unsere staatlichen Grundlagen bedroht und in einem Zeitpunkt, wo wir eben die ersten Schritte auf dem Wege zu neuer wirtschaftlichen Geltung getan haben, unsere Stellung in der Welt schädigt.

Ich bin überzeugt, daß trotz der starken, vielfach wenig schönen Agitation für das Volksbegehren das ruhige Urteil und der gesunde Sinn unseres Volkes diese moralische und rechtliche Seite der Frage nicht verkennen und die unabsehbare Gefahr, die allen Schichten des Volkes hier droht, nicht übersehen wird. Ich hoffe daher zuversichtlich, daß unsere Mitbürger in der Entscheidung vom 20. Juni diesen Erwägungen Rechnung tragen und den Schaden abwenden werden, der sonst dem ersten Grundgesetz jedes Staates, dem Rechte und der Gerechtigkeit, erwachsen würde.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener

gez.: von Hindenburg.

Die Presse über Loebells Intrige.

Erste Wirkungen.

Der Zweck der Loebellschen Unternehmung liegt so sehr auf der Hand, daß selbst ein großer Teil der Rechtspresse betreten schweigt. Eine Schimpfkanonade über angeblichen Briefdiebstahl kann die peinliche Situation nicht retten und selbst, wenn die „Deutsche Zeitung" glaubt versichern zu können, daß Hindenburgs Brief nur aus der Umgebung des Reichspräsidenten in den „Vorwärts" gelangt sein könne, so ist mit dieser lächerlichen Kombination die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß Herr v. Loebell die Absicht hatte, den Reichspräsidenten in den Kampf um den Volksentscheid hineinzuzerren. Mit Recht stellt die „Vossische Zeitung" fest:

„Der Rechten ist es vorbehalten geblieben, die Person des Reichspräsidenten in die Agitation um den Volksentscheid hineinzuziehen, denselben Parteien, die im Dezember 1924 nicht genug Empörung darüber zeigen konnten, daß die damalige Regierung Marx es gewagt hatte, im Wahlkampf mit einer Kundgebung an die Wähler hervorzutreten. . . . Herr Loebell und seine Hintermänner wollen aus dem Reichspräsidenten einen Parteimann machen, ihren Parteimann."

Um so grotesker wirkt die Frechheit, anders kann man es schon nicht mehr nennen, mit der der „Lokal-Anzeiger" die Stirn hat, aus der aufgedeckten Intrige der abgetakelten Exzellenz einen „sozialdemokratischen Vorstoß gegen den Reichspräsidenten" zu machen. Der „Lokal-Anzeiger" ist allerdings das einzige Rechtsblatt, das den Mut hat, eine solche Verdrehung der Tatsachen vorzunehmen. Er glaubt wahrscheinlich, seinen Lesern alles bieten zu können. Selbst die „Deutsche Tageszeitung" setzt auseinander, daß eine offizielle Kundgebung des Reichspräsidenten vom Reichskanzler gegengezeichnet sein müsse, und daß der Reichspräsident auch bei persönlichen Aeußerungen gehalten ist, seine ganz besondere Stellung zu berücksichtigen. Und die übrigen Rechtsblätter geben deutlich zu erkennen, daß sie in größter Verlegenheit sind, wie sie sich sachlich in dieser vorbeigelungenen Loebell-Aktion stellen sollen.

Im Lager der Regierungspresse empfindet man diese Enthüllungen offenbar als überaus peinlich. Die „Tägliche Rundschau" hat die Sprache vollkommen verloren. Sehr deutlich wird die „Germania". Sie erkennt richtig, daß hier ein Treiben aufgedeckt ist, gegen das jeder anständige Mensch in der schärfsten Weise Front machen muß. Wörtlich erklärt sie:

„Dann ergibt sich aber für die Reichsregierung die selbstverständliche Pflicht, **sich mit aller Energie gegen das unverantwortliche Treiben einer Clique zu wenden, die vor keinem Mittel zurückschreckt, um ihre politischen Ziele zu erreichen.** Sie kann nicht ruhig zusehen, wie die Person des Reichspräsidenten, die seit seiner Wahl dem Parteistreit entrückt war und sich allgemeiner Anerkennung erfreute, durch die Intrigen des Herrn Loebell aufs neue zum Kampfobjekt gemacht wird. Man möchte es auch als selbstverständlich ansehen, daß der Reichspräsident selbst dem frivolen Spiel ein Ende macht, das mit seiner Person getrieben werden soll.

Das Staatsinteresse, d. h. das Interesse des Reichspräsidenten fordert, daß die skandalösen Machenschaften des Reichsblocks mit kräftiger Hand zerschlagen werden. Hände weg vom Reichspräsidenten! muß man den Herrschaften um Loebell zurufen. Niemand tastet seine Person an, wenn sie es nicht tun. Sie erwecken den Verdacht, daß die Präsidentenstürzer in ihren Reihen sitzen, weil Hindenburg für sie ein Hindernis wäre, bei der skruppellosen Bekämpfung einer ihnen nicht genehmen Koalition."

Nicht minder deutlich wird das „Tageblatt". Es schreibt über die Intriganten-Exzellenz:

„Wie Herr v. Loebell während des Krieges Wilhelm II. gegen das Volk und das Volk gegen Wilhelm II. aufgebracht hat, so suchen er und seine Genossen jetzt Hindenburg und einen großen Volksteil auseinander zu hetzen, und darum zerren sie — während in der Volksentscheidpartei bisher erfreulicherweise niemand das versucht hat — den Reichspräsidenten in den Kampf hinein.— Es ist zugleich sehr niedrig und der Höhepunkt der Gewissenlosigkeit."

So haben die Loebell und Konsorten mit ihrem feinausgeklügelten Plan nur das Gegenteil dessen erreicht, was ihnen vorschwebt. Die Wirkung des Hindenburg-Briefes, auf die man im bevorstehenden Kampf um den Volksentscheid gehofft hatte, ist durch die rechtzeitige Aufdeckung ihrer Machenschaften von vornherein verpufft. Jedermann weiß, was sie wollen, und damit ist der Hieb schon so gut wie in die Luft geführt. Das Volk kämpft beim Volksentscheid um sein Recht. Keine Loebell-Intrige, kein Hindenburg-Brief wird es davon abhalten.

Stimmenfreigabe für den Volksentscheid.

Eine bemerkenswerte Entschließung in Bayern.

München, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund, der durch den Landwirtschaftsminister Fehr seit Jahren an der bayerischen Regierungskoalition beteiligt ist, hat nunmehr durch eine Entschließung seines Landesvorstandes den Parteimitgliedern die Beteiligung am Volksentscheid freigegeben. Der Landesvorstand sei zwar der Auffassung, daß bei der Regelung der Abfindung mit den Fürstenhäusern der Grundsatz der Erhaltung des Privateigentums nicht verletzt werden dürfe, weshalb für den Bauernbund eine glatte Zustimmung für das Volksentscheidsgesetz nicht in Frage kommen könne. Auf der anderen Seite fehle aber jede Sicherheit für eine gerechte Lösung der Fürstenabfindung. Auch die Fürsten müßten im vollsten Ausmaß an dem durch Krieg und Inflation entstandenen Roten des Volkes teilnehmen. Bei dieser unklaren Sachlage sehe sich der Landesvorstand nicht in der Lage, den Anhängern der Partei bestimmte Richtlinien für die Stellungnahme zum Volksentscheid zu geben; er müsse es jedem einzelnen überlassen, sich nach gewissenhafter Prüfung selbst zu entscheiden, was, streng genommen, auch dem Willen der Verfassung entspreche, nach welcher der Volksentscheid keine Parteisache, sondern Angelegenheit des unabhängigen Volkes sein solle.

Diese Entscheidung des Bauern- und Mittelstandsbundes ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil der gleiche Bundesvorstand zum Volksbegehren einen scharf ablehnenden Standpunkt einnahm und damals die Nichteinzeichnung in die Listen empfohlen hatte. In weiten Kreisen des Bundes, vor allem in Niederbayern und Schwaben, wurde jene Haltung des Vorstandes aber entschieden mißbilligt, was in einer regen Beteiligung der Mitglieder des Bauernbundes am Volksbegehren zum Ausdruck kam.

Polizeiskandal in Braunschweig.

Ein Landtagsabgeordneter wegen Volksentscheidspropaganda verhaftet — SPD.-Flugblätter beschlagnahmt.

Braunschweig, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag wurde der Landtagsabgeordnete Genosse Dr. Frankenberg und ein anderer Genosse verhaftet, weil sie in dem vornehmen Bürgerquartier die vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei herausgegebenen Flugblätter zum Volksentscheid verteilten. Sie hatten auch an interessierte Personen die Broschüre mit der Rede des Genossen Saenger-München über den Volks-

---

Bismarck und Lassalle.

Ein Brief Bismarcks an die Gräfin Hatzfeldt.

Auf Lassalles toten Körper hatte die Gräfin Sophie Hatzfeldt den Schwur geleistet, daß ihm Rache werden solle. Sie setzte darum Himmel und Hölle in Bewegung, um den vallachischen Bojaren Janko von Racowitza zur Verantwortung zu ziehen. Am 28. August 1864 hatte dieser Lassalle im Gehölz von Crevin, 1 Kilometer jenseits der Genfer Grenze auf französischem Boden, im Duell niedergestreckt, indem er für den Vater seiner Verlobten einsprang, als Lassalle diesen, den bayerischen Gesandten bei der Schweizer Eidgenossenschaft, forderte. Racowitza floh nach München, in den Schutz der bayerischen Regierung, die ihren Gesandten von Dönniges zu decken sich bemühte. Die Gräfin Hatzfeldt aber machte ihre weitreichenden Verbindungen mobil, um das Auslieferungsverlangen der Schweizer Regierung „wegen Mordes" zu unterstützen. Sie wandte sich, was bisher nicht bekannt war, zur Unterstützung auch an die preußische Regierung: Preußen dürfe nicht dulden, daß seine Untertanen ungestraft in fremden Staaten getötet werden. Prof. Gustav Mayer veröffentlicht diesen Sachverhalt aus den Akten des Auswärtigen Amtes jetzt in der „Historischen Zeitschrift", wobei er die Absicht der Gräfin betont, zu verhindern, daß der Mörder, wie sie ihn stets nannte, unbestraft bleibe und die „Mörderin" Helene von Dönniges heirate. Die französische Regierung würde, so schrieb sie an Bismarck, als Racowitza nach Paris gereist war, gern eine Gelegenheit ergreifen, um sich einem von Bismarck angedeuteten Wunsche gefällig zu erweisen. „Ich lege," so schloß ihr Gesuch, „diese Angelegenheit in die Hände Euer Exzellenz mit vollem Vertrauen, daß Sie den Beweis geben werden, daß die preußische Regierung über den Parteien stehen will und den Schutz, den sie ihren Angehörigen schuldet, nicht nach der Parteistellung bemißt. Euer Exzellenz würden dadurch auch eine Genugtuung geben den Gefühlen erbitterter Entrüstung über die Art, in welcher der Tod von Ferdinand Lassalle herbeigezogen wurde, welche diejenigen erfüllt, die in ihm den großen Mann, den geliebten Führer so tief betrauern."

Die Antwort Bismarcks trägt im Entwurf die Schriftzüge Robert von Keudells, doch hat Bismarck eigenhändig einiges geändert. Bismarck schreibt am 26. Dezember 1864:

„Die Zeilen, welche Sie, gnädigste Gräfin, am 11. d. M. an mich gerichtet haben, beehren mich mit einem Vertrauen, für das ich aufrichtig dankbar bin, wenn es mir auch nicht möglich ist, ihrem Wunsche in vollem Maße zu entsprechen. Racowitza hat, nach einer mir vorliegenden Anzeige, Paris verlassen, und sein gegenwärtiger Aufenthaltsort ist nicht bekannt. Inzwischen habe ich weitere Ermittlungen veranlaßt. Vielleicht ist es Ihnen, gnädigste Gräfin, bekannt, ein wie tiefgehendes Interesse mir die Persönlichkeit und die Leistungen Lassalles einflößten, und wenn im Verfolg dieser traurigen Angelegenheit nicht alles geschehen sollte, was Sie beantragt haben, so wollen Sie sich wenigstens überzeugt halten, daß, so weit ich berufen bin, einen Einfluß zu üben, für die Wahrung der Rechte der Hinterbliebenen und für das Andenken Lassalles alles geschehen wird, was amtlich geschehen könnte, wenn es sich um einen meiner nächsten politischen oder persönlichen Angehörigen handelte. v. Bismarck.

In Bern ließ Bismarck nachprüfen, wie es mit der Verfolgung des Schusses Racowitzas als Mord stehe. Ein Bericht des preußischen Gesandten von Kamptz klärte den Sachverhalt dahin auf, daß die Kriminalgesetzgebung des Kantons Genf seinerzeit nebst der ganzen französischen Zivilgesetzgebung auch den Code pénal angenommen hatte, daß dieser das Duell als Mord behandelt, daß aber in Wirklichkeit ein Duell und kein Mord vorliege.

Diese Formulierung des preußischen Diplomaten entsprach natürlich der Ansicht Bismarcks. Der Mann, der einst in Frankfurt Rechberg provoziert hatte und der kurz darauf Virchow forderte, dachte über das Duell wie sein Standesgenosse. Angesichts der Möglichkeit einer grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen den feudalen Verteidigern und den demokratischen Gegnern des Zweikampfes war es ihm nicht zweifelhaft, auf welcher Seite er stand. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein konnte ihm bei seinem Kampf gegen die Fortschrittspartei gewisse Dienste leisten, und er hätte sich deshalb ihm wie auch der Gräfin Hatzfeldt persönlich bei dieser Gelegenheit ganz gern gefällig erwiesen. Aber wie die Dinge jetzt lagen, mußte er erkennen, daß es ihm unmöglich war, die phantastischen Wünsche Sophie von Hatzfeldts, die am liebsten „die Mörderin und den Mörder auf dem Schafott" gesehen hätte, zu erfüllen.

Ein „Indischer Kult- und Kunstabend", der in der Urania stattfand, hätte sich mit einem weniger anspruchsvollen Titel begnügen sollen; denn so legte er das Hauptgewicht auf Dinge, die wirklich nicht das Hauptgewicht dieser Veranstaltung ausmachten: auf symbolisierte indische Tempelfeiern, auf Tänze, die durch starke Mischung mit Pantomimischem ihren Charakter verloren, auf Gebete, die dem Europäer wenig sagen. Darüber hinaus aber gab der indische Schriftgelehrte (Pandit) B. A. Agnihotri einen Einblick in das wirkliche Leben und die Kultur Indiens. Er schilderte dieses reiche Land, in dem noch neunundneunzig Prozent der Bevölkerung etwa infolge der schlechten sozialen Verhältnisse im Elend leben müssen, in fesselndem, witzigem Vortrag, der ihn als einen Anhänger der Lehre Mahatma Gandis zeigte. Aufklärungen über die Tricks der umherziehenden Fakire, reiches Lichtbildmaterial sowie ein Film, der die Klugheit und die Leistungsfähigkeit der Elefanten darstellte, ergänzten die interessanten Ausführungen. Sz.

Das Verhältnis zwischen Bühnenvorstand und Bühnenleiter. Im Theaterwissenschaftlichen Institut an der Universität Berlin fand am Sonntag die diesjährige Hauptversammlung der „Vereinigung der künstlerischen Bühnenvorstände CV." statt. An die nichtöffentliche geschäftliche Sitzung schloß sich ein öffentlicher Teil, in dem das Verhältnis des angestellten künstlerischen Bühnenvorstandes zum Bühnenleiter behandelt werden sollte. Ernst Legal hatte das Referat zur Tagesordnung übernommen. Er verlas zuerst einen Artikel aus der Januarnummer der Zeitschrift der Vereinigung „Die Szene", um einen Ueberblick darüber zu geben, was sich die Vereinigung nach ihrem Neuaufbau als Ziel gesetzt hat, was also auch der Grundgedanke des zur Diskussion gestellten Themas sein müsse. Nicht die materielle, sondern die ideelle Seite der zu erörternden Frage sollte in der Hauptsache zur Besprechung kommen. Der Referent wie die Diskussionsredner waren sich in der Mehrzahl darin einig, daß nicht schematische Verträge, sondern persönlicher Takt allein die künstlerische Zusammenarbeit der Bühnenvorstände und Bühnenleiter segensreich gestalten könne — und da Vertreter von der einen wie von der anderen Partei zu Worte kamen, kann man bei einigem Optimismus ja hoffen, daß die Aussprache auch als Aussaat auf fruchtbares Land gefallen ist.

Der Reichspräsident soll eingreifen. Der Bund deutscher Architekten, Landesbezirk Brandenburg, hat sich an den Reichspräsidenten gewandt, mit der Bitte um Vermittlung in dem Streit um den Umbau des staatlichen Opernhauses. „Es ist nicht zu verstehen" — heißt es in der Eingabe — „daß, während andere Staaten eifrigst bemüht sind, ihre aus früheren Jahrhunderten übernommenen hervorragenden Monumentalbauten in pietätvoller Weise zu erhalten und zu pflegen, man bei uns kein Bedenken hat, an der hervorragendsten Stelle der Reichshauptstadt einen der vornehmsten Monumentalbauten aus der Zeit Friedrichs des Großen in seiner architektonischen Wirkung zu vernichten und dabei auch die Wirkung der benachbarten Hedwigskirche, sowie den Opernplatz stark zu schädigen. Das kulturelle Ansehen des deutschen Reiches ist im Inlande und im Auslande auf das schwerste gefährdet. Wenn der Bund deutscher Architekten sich in dieser Notlage, in dem Verantwortungsbewußtsein wie es in der ernsten Auffassung der künstlerischen Arbeit seiner Mitglieder begründet ist, an die höchste Stelle des Reiches mit der Bitte um Hilfe wendet, so ist er sich bewußt, daß er den Herrn Reichspräsidenten in einer ernsten und für das ganze kulturelle Leben der Nation bedeutungsvollen Frage in Anspruch nimmt und als letzte Möglichkeit vertrauensvoll sein Eingreifen erhofft.

Schulwesenreform in Sowjetrußland. In der Leningrader Universität fand ein Vortrag des Volkskommissars für Bildungswesen, Lunatscharski, statt, der sich mit der Frage der Erweiterung des Schulnetzes in der Sowjetunion beschäftigt. Lunatscharski teilte mit, daß für den Ausbau des Schulwesens über 17 Millionen Rubel für die nächsten zwei Jahre vorgemerkt worden seien. In Leningrad, Stadt und Gouvernement, soll vom nächsten Jahre ab die allgemeine Schulpflicht eingeführt werden. In den Dörfern werden fliegende Schulen eingerichtet, wo ständige Schulen noch nicht bestehen. Die Aufgabe der fliegenden Schulen soll sein, vorläufig bis zur Organisation ständiger Schulen diese zu ersetzen.

Zum 100. Geburtstage Tolstois, der in das Jahr 1928 fällt, soll in England eine Ausgabe der gesamten Werke des Dichters in englischer Sprache erscheinen.

Der Dante-Tempel. Der Magistrat von Ravenna hat beschlossen, das Grabmal Dantes zu restaurieren. Bei dieser Gelegenheit sollen die Gebeine Dantes in ein neues Mausoleum übergeführt werden. Das Mausoleum wird von der Stadtverwaltung errichtet werden und im Hofe eines Museums Aufstellung finden, in dem Andenken und Bilder der Zeitgenossen Dantes ausgestellt werden sollen.

Arbeitslose als Goldsucher. Im Aldanbezirk in Sibirien ist ein größeres Gebiet, in welchem Goldvorkommen festgestellt sind, einer großen Gruppe von Arbeitslosen zur Ausnutzung überlassen worden. Es sind bereits 2500 Arbeitslose dorthin abgegangen.

entscheid für 1 Pf. zugunsten der Kasse des Ortsvereins verkauft. Ihre Verhaftung erfolgte durch uniformierte Schupobeamte wegen unbefugten Geldsammelns und wegen unbefugten Vertriebs von Schriften. Sie wurden zur Polizeiwache gebracht, wo sie eine Stunde lang festgehalten wurden. Offenbar war die Festnahme auf eine Denunziation hin erfolgt. Der Wachthabende rief inzwischen bei dem stellvertretenden Chef der Polizeidirektion, dem deutschnationalen Regierungsrat Hartwieg, an und teilte nach einiger Zeit mit, daß der stellvertretende Leiter der Polizei eine Entscheidung erst abgeben wolle, nachdem er die Broschüre des Genossen Saenger gelesen habe. Sie wurde darauf durch Radfahrer zur Polizeidirektion geschafft und endlich erhielt der Wachthabende von dort die Weisung, die beiden Festgenommenen nach Aufnahme eines Protokolls zu entlassen, aber die noch vorhandenen vier Saenger-Broschüren und 93 Flugblätter zu beschlagnahmen. Die beiden Genossen erklärten sofort zu Protokoll, daß sie hiergegen Verwahrung einlegen. Da sehr viele Schupobeamte in jenen Quartieren unterwegs waren, kann man als sicher annehmen, daß eine regelrechte Razzia auf die Flugblattverteiler gemacht wurde.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird sofort die geeigneten Schritte unternehmen, um die Broschüren und die Flugblätter wieder zu erhalten. Der ganze Vorgang zeigt aber, welch verbissene Gegner des Volksentscheids in der braunschweigischen Polizeidirektion und in der braunschweigischen Stahlhelmregierung sitzen.

Flaggenfrage – Volksentscheid.

Die Reichsregierung beschäftigte sich am Montag nachmittag in einer Kabinettssitzung u. a. mit der Flaggenfrage und der Fürstenabfindung. Wie wir erfahren, wurde das Kabinett sich dahin schlüssig, das Material, das sie zur Flaggenfrage gesammelt und gesichtet hat, dem Ausschuß zu unterbreiten, der demnächst — aus Parlamentariern, Heraldikern usw. zusammengesetzt — zusammentreten und Vorschläge ausarbeiten soll. Die Reichsregierung selbst hat sich einstweilen für keinen der zahlreichen ihr zugegangenen Flaggenentwürfe festgelegt.

In der Frage der Fürstenabfindung will die Regierung nach Zusammentritt des Parlaments in den nächsten Tagen sich mit den Führern der Regierungparteien in Verbindung setzen, um zu sehen, ob und was für ein Kompromiß möglich ist, noch vor dem Volksentscheid!

Stresemanns Sonderaktion.

Sofortige Durchführung der Flaggenverordnung.

Als die Regierung Marx das erstemal vor den Reichstag trat, ließ sie durch den Mund des Reichskanzlers erklären, daß die Flaggenverordnung, wie es der Reichskanzler Luther bereits angekündigt hatte, erst dann durchgeführt werden sollte, wenn alle deutschen Missionen nicht nur im Besitz der Verordnung, sondern auch des Fahnentuches gelangt sein würden. Man rechnete in Regierungskreisen als Zeitpunkt zur Verwirklichung der Verordnung die ersten Septembertage und gab sich den Anschein, daß bis dahin die Einheitsflagge erfunden ist und so eine Durchführung der Verordnung nicht mehr in Frage kommen würde. Inzwischen hat sich der Reichsaußenminister erlaubt, gegen die Erklärungen der Reichsregierung zu handeln und vollendete Tatsachen zu schaffen. Es bestätigt sich nämlich, daß in Nordamerika, Spanien und Schweden, wo in diesen Tagen deutsche Schiffe der Reichsmarine angelaufen sind oder noch anlaufen werden, die schwarzweißrote Fahne nicht etwa gehißt werden darf, sondern gehißt werden muß.

Angesichts dieser Tatsachen fragt sich, ob der Reichstag dafür da ist, Erklärungen der Regierung entgegenzunehmen, die später nicht gehalten werden?

Unser „Scheinsieg".

Der Katzenjammer der Rechtspresse über die Mecklenburger Wahlen.

Mit verbissener Wut muß die gesamte gegnerische Presse zugeben, daß die Sozialdemokratie aus dem mecklenburgischen Wahlkampf als einzige Siegerin hervorgegangen ist. Selbst ein Verschweigen der Größe der Niederlage, wie es zu einem Teil versucht wird, hilft nichts mehr. Die Sozialdemokratie hat den Kampf gewonnen „wieder auf Kosten der Rechtsparteien". Es ist ein schwacher Trost, wenn die „Kreuzzeitung" „mit Gott für König und Vaterland" das Wahlergebnis so auslegt, daß jetzt „nur ein Gleichgewicht der Kräfte" vorhanden sei und glücklicherweise es deswegen „eine Lösung des innerpolitischen Machtstreites auf parlamentarischem Wege nicht mehr gibt". Die Deutschnationalen verraten damit nur, daß sie die „Staatskrise" und die gewaltsame Austragung von innerpolitischen Gegensätzen überall da für notwendig halten, wo sie aus der Regierung herausgedrängt werden. Das wird ihnen in anderem Zusammenhang bei der Besprechung der angeblich von der Linken provozierten „Präsidentenkrise" von der „Germania" deutlich bescheinigt. Sie schreibt über die Machenschaften dieser Putschisten:

„Diese Drohungen beleuchten **die revolutionären Tendenzen derer, die nicht gewillt sind, einen Zustand ruhig hinzunehmen, der sie selbst nicht in dem Besitz der Macht sieht**... Sie haben sich noch immer nicht daran gewöhnt, den Staat nicht als **ihre ausschließliche Domäne** zu betrachten. Sie haben sich einzufügen in das Staatsganze, auch wenn Regierungen am Ruder sind, die ihren Herzenswünschen nicht entsprechen und die auf legitime Weise zu beseitigen sie niemand hindert."

In Mecklenburg sind die Deutschnationalen jedenfalls durch die Wahl am Sonntag aus der Regierung endgültig beseitigt. „Die Regierung Brandenstein ist weggefegt." Es gibt keine Kombination in dem neuen mecklenburgischen Landtag mehr, die den Deutschnationalen die Ausübung der Macht weiter ermöglicht. Mit den Völkischen und selbst mit der Volkspartei zusammen befinden sie sich im neuen Landtag in einer hoffnungslosen Minorität. Es gibt nur eine Möglichkeit der Regierungsbildung unter sozialdemokratischer Führung. Die sozialdemokratische Fraktion wird mit 21 von 50 Mandaten das weitaus stärkste Machtzentrum darstellen und um sie werden sich die Splitter gruppieren müssen, die links von den Deutschnationalen und der Volkspartei noch eine Reihe von Mandaten errungen haben. Die Rechte weiß den politischen Sinn dieser Wahl sehr wohl einzuschätzen. Schmerzbewegt stellt Stresemanns „Tägliche Rundschau" fest:

„Das Ergebnis, soweit es bis jetzt feststeht, ist schon beachtenswert genug, da es die Hoffnungen der Linken stark anzuschwellen geeignet ist."

Am allerunangenehmsten ist der Rechten der Rückgang der kommunistischen Stimmen. Wie gewöhnlich plaudert das die „Deutsche Zeitung" aus, die auf die geniale Idee gekommen ist, ihre Mecklenburger Trauermeldung mit der schönen Ueberschrift: „Sozialistischer Scheinsieg" zu versehen. Sie findet, daß die Niederlage der Kommunisten „wohl das Ueberraschendste" ist. Die schöne Zeit des Ballspielens geht eben zu Ende. Was macht die Reaktion, wenn sie niemand mehr hat, dem sie links von der Sozialdemokratie die Bälle zuwerfen kann? Dann muß sie einpacken. Das nennt sie dann in ihrer Sprache „Staatskrise". Nur wird sie niemand finden, den sie mit solch albernen Drohungen bange machen kann.

*

Schwerin, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die drei Wirtschaftsparteiler bereit sein sollen, neben dem demokratischen Abgeordneten und dem Wiederparteiler mit der Sozialdemokratie eine Regierung zu bilden.

Der Mossulfrieden unterzeichnet.

Der zwölfjährige Kriegszustand England-Türkei beendet.

Am Sonnabend ist in Angora zwischen dem britischen Botschafter Sir Ronald Lindsay und dem Außenminister der türkischen Republik, Ruchdy Bei, unter Teilnahme eines Vertreters des neugeschaffenen Irak-Freistaates das sogenannte Mossulabkommen unterzeichnet worden, durch das im Sinne der Völkerbundsentscheidung das Mossulgebiet als unabhängiger Staat von der Türkei losgelöst und dem militärischen Schutz Englands für die Dauer von 25 Jahren anvertraut wird. Die Grenzen des neuen Gebietes entsprechen den schon vor Jahren auf einer Brüsseler Tagung des Völkerbundsrats gemachten Vorschlägen, bis auf eine unwesentliche Grenzberichtigung, zugunsten der Türken.

Damit ist der Friedenszustand zwischen England und der Türkei, der seit dem Herbst 1914 formell gebrochen war und weder durch den Vertrag von Sèvres noch durch den Vertrag von Lausanne, die die Angoraregierung sich bisher hartnäckig geweigert hatte, zu ratifizieren, wieder hergestellt. Die türkische Regierung hatte noch vor wenigen Monaten in Genf durch ihre Abgesandten beim Völkerbundsrat mit der größten Entschiedenheit erklären lassen, daß sie der Abtretung des Iraks niemals zustimmen würde. Wenn sie sich jetzt eines anderen besonnen hat, so liegt es wohl hauptsächlich daran, daß die wirtschaftliche Lage der Türkei einen latenten Kriegszustand mit dem britischen Reich nicht ertragen haben würde. In den letzten Monaten hatte es die britische Regierung verstanden, durch Versprechungen auf wirtschaftlichem Gebiete die Angora-Regierung zum Einlenken zu veranlassen. Die Türkei soll nach dem neuen Abkommen mit 10 Prozent an den Abgaben aus der Erdölgewinnung des Mossulgebietes beteiligt sein, die im übrigen von den vorwiegend englischen Petroleumgesellschaften betrieben wird. Damit hat das britische Reich und haben insbesondere die britischen Erdölinteressenten ihr wirtschaftlich-imperialistisches Ziel im wesentlichen erreicht, und das ist wohl der Hauptgrund, weshalb das neue Abkommen von der Londoner Presse mit überschwänglichen Worten gepriesen wird. Ein Blatt nennt es sogar das erfreulichste Ereignis seit dem Waffenstillstand.

Weniger erfreut durch diese Vertragsunterzeichnung dürfte die amerikanische Petroleumkonkurrenz sein, die die Festsetzung Englands im Mossulgebiet sehr ungern gesehen hat und die eine Fortdauer des latenten Kriegszustandes zwischen England und der Türkei in Mesopotamien vorgezogen haben würde.

Vor allem aber bedeutet dieses Abkommen einen schweren Schlag für die russische Außenpolitik, die in ihrem Kampfe gegen das britische Reich große Hoffnungen auf die Angoraregierung gesetzt und noch zu Beginn dieses Jahres einen aufsehenerregenden Neutralitätsvertrag mit Mustapha Kemal abgeschlossen hatte, dessen Spitze sich offenkundig gegen London richtete. Nach einer Meldung der TU. soll die Sowjetregierung noch in letzter Stunde einen starken Druck auf die türkische Regierung ausgeübt haben, um sie von der Unterzeichnung des Abkommens mit England abzuhalten, doch sei man in Angora durch diesen Pressionsversuch lediglich unangenehm berührt worden. Jedenfalls erleidet gegenwärtig die sowjetistische Außenpolitik einen Rückschlag nach dem andern: Erst kürzlich haben ihre Exponenten in China — und zwar sowohl in Peking sowie in Kanton — Schiffbruch erlitten und nun folgt auch die überraschende Enttäuschung mit der Angoraregierung! Tschitscherins letzte Hoffnung bleibt demnach — Mussolini, den er demnächst aufsuchen will, um — nach den Mitteilungen eines Vertreters der sowjetrussischen Botschaft in Rom gegenüber dem Faschistenblatt „Impero" — die Bildung eines Blocks der völkerbundfeindlichen Staaten zu versuchen!

Der hannoversche Studentenskandal.

Auszug nach Braunschweig.

Braunschweig, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag trafen in Braunschweig mit Extrazug 1400 Studenten der Technischen Hochschule Hannover ein, um hier mit ihren braunschweigischen Kommilitonen zu beraten, was man gegen die Beschlüsse des preußischen Kultusministeriums im Fall Lessing unternehmen könne. Ihr Einzug wurde durch einen starken Platzregen, der ihre nationalistischen Leidenschaften schnell abkühlte, arg gestört, zumal die Haltung der braunschweigischen Studentenschaft keineswegs einheitlich ist. Auch eine starke Minderheit der Hochschullehrer Braunschweigs wendet sich gegen die Radaustudenten. So äußerte sich z. B. Prof. Dr. Föppl-Braunschweig:

„Die Studierenden der Technischen Hochschule Hannover haben das Recht, die Vorlesungen, die ihnen nicht zusagen, zu meiden. Das ist akademische Berufsfreiheit. Sie maßen sich aber das Recht an, Vorlesungen eines Dozenten, der ihren Anstoß erregt hat, gewaltsam zu verhindern, und das ist ein Angriff auf die akademische Lehrfreiheit. Es stände schlimm um alle akademischen Lehrer, wenn den Studierenden wirklich das Recht zugestanden würde, das Abhalten der Vorlesungen von mißliebigen Professoren zu verhindern. Schon der Gedanke, daß man bei Abhaltung von Vorlesungen vom Wohlwollen der Studenten abhängig sein soll, wäre tief beschämend für jeden akademischen Lehrer. Auf einem solchen Boden könnte keine Wissenschaft gedeihen, die sich in der Welt behaupten könnte."

Der Vorsitzende der Braunschweiger Studentenschaft hatte eine Sympathiekundgebung nach Hannover abgehen lassen. Auch dieses Vorgehen wurde von einem Teil der Studentenschaft getadelt. Am Montag abend sind die Studenten wieder mit Extrazug zu den heimischen Bierseideln Hannovers zurückgekehrt.

Hannover, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Studentenkrawall an der Technischen Hochschule hat sich nunmehr zu einem Skandal ausgewachsen. Die Mehrzahl der Studenten will einen achttägigen Streik durchführen, der größte Teil der Vorlesungen und Uebungen ist bereits eingestellt worden. Professor Lessing beabsichtigt trotz des Streiks eine Vorlesung abzuhalten. Das Rektorat der Hochschule hat im Einverständnis mit dem Oberpräsidenten Noske, der genügend polizeilichen Schutz zur Verfügung gestellt hat, alle Maßnahmen getroffen, um Professor Lessing vor Tätlichkeiten auf dem Wege zur Hochschule zu schützen. Wie Oberpräsident Noske erklärte, sind alle Maßregeln getroffen, um mit Schärfe durchzugreifen, falls die Studenten sich neue Ausschreitungen zuschulden kommen lassen.

Berlepsch Beisetzung.

Leiparts Dank der Gewerkschaften.

Am Sonnabend wurde in Seebach, Kreis Langensalza, der ehemalige preußische Handelsminister von Berlepsch beigesetzt. Nach der eindrucksvollen kirchlichen Leichenfeier in der Dorfkirche begleitete ein stattlicher Leichenzug den Toten durch die Dorfstraßen zu dem Privatfriedhof im Schloßpark, wo der Verstorbene neben seinen beiden im Kriege gefallenen Söhnen bestattet wurde. Am offenen Grabe sprach zunächst der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform, Präsident des Sächsischen Verwaltungsgerichtes von Rostitz, der Berlepsch als den Gründer der Gesellschaft und erfolgreichen Förderer ihrer Bestrebungen feierte. Anschließend sprach der Generalsekretär des Volksvereins für das katholische Deutschland Dr. Hohn, der die Teilnahme der katholischen Bevölkerung zum Ausdruck brachte.

Im Namen der Gewerkschaften aller Richtungen bekundete alsdann Genosse Leipart die Teilnahme der deutschen organisierten Arbeiter und Angestellten an dem Hingang des Mannes, der als Erster unter seinesgleichen schon in frühester Zeit nicht nur ein warmes Herz für die Nöte der abhängigen und unterdrückten Arbeiterschaft gezeigt, sondern auch machtvoll in schwieriger Zeit für den gesetzlichen Arbeiterschutz gewirkt habe. Freiherr von Berlepsch habe nicht nur als Mensch, sondern auch als Staatsmann sich als Freund der Arbeiter erwiesen. An den Fortschritten der Sozialpolitik in Deutschland habe er einen großen Anteil, und der gesetzliche Arbeiterschutz sei durch sein machtvolles Eintreten stark gefördert worden. Aber auch der Mut und das Vertrauen der Arbeiterschaft zur eigenen Kraft und der Glaube an die Erfolgmöglichkeit der gewerkschaftlichen Organisationen sei durch das Auftreten von Berlepsch gestärkt worden. So seien die organisierten Arbeiter und Angestellten dem Verstorbenen zu großem Dank verpflichtet. Im Namen des preußischen Handelsministeriums würdigte dann Staatssekretär Dönhoff Herrn von Berlepsch als Staatsmann und widmete ihm auch namens der Beamtenschaft warme Worte des Dankes für sein vorbildliches Wirken.

Zusammentritt des Völkerbundsrats.

Mello-Franco demonstriert. — Der neue anglo-türkische Vertrag genehmigt.

Genf, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die am Montag abgehaltene Eröffnungssitzung des Völkerbundsrates brachte eine Ueberraschung, indem der brasilianische Ratssitz leer blieb und Herr Mello-Franco mitteilen ließ, daß er wegen Unpäßlichkeit der Sitzung nicht beiwohnen könne. Man hat es hier zweifellos mit einer kleinen Demonstration zur Ratssitzfrage zu tun, die jedoch auf die Ratsmitglieder keinen großen Eindruck gemacht haben soll.

Das wichtigste Ergebnis der Sitzung war neben der Genehmigung einiger Berichte über unbedeutendere Angelegenheiten eine nicht auf der Tagesordnung stehende Erklärung Chamberlains über den Abschluß des Verständigungsvertrages zwischen England, der Türkei und dem Irak. Der Vertrag sieht eine kleine Aenderung der Brüsseler Linie als endgültige Mossul-Grenze zugunsten der Türkei vor. Die genaue Festsetzung der ganzen Grenze soll bald vorgenommen werden, wobei der schweizerische Bundespräsident als Schiedsrichter zur Beilegung evtl. Meinungsverschiedenheiten amtieren soll. Der Vertrag wurde vom Völkerbundsrat einstimmig genehmigt. Die nächste öffentliche Ratstagung findet am Mittwoch statt.

Zwangswirtschaft in Frankreich.

Einfuhr- und Verbrauchsbeschränkungen geplant.

Paris, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommentare zu dem Beschluß des Ministerrats am Sonntag, Maßnahmen zur Einschränkung der Einfuhr und des Verbrauchs zu ergreifen, gehen stellenweise bis zu der Vermutung, daß die Regierung die Wiedereinführung der Brotkarte erwäge. So weitgehenden Charakter dürften die Maßnahmen voraussichtlich aber nicht haben. Trotzdem scheint Frankreich eine neue Periode von einem gewissen Zwangswirtschaftscharakter einleiten zu wollen, die man jetzt schon allgemein mit den Worten Caillaux': „Die große Bußzeit" betitelt. Welche Maßnahmen die Regierung im einzelnen zu ergreifen gedenkt, steht noch nicht fest. Darüber soll der von der Regierung eingesetzte Arbeitsausschuß, bestehend aus vier Ministern, beraten.

Die Blätter kündigen gewisse Maßnahmen zur Einschränkung des Brot- und Fleischverbrauchs sowie zur Rationierung der Kohle und des Benzins an. Nach dem „Intransigeant" schlägt Arbeitsminister de Monzie u. a. vor, durch eine bessere Ausnutzung der deutschen Sachlieferungen die französischen Käufe im Auslande zu vermindern. Ferner soll de Monzie für die Einführung gewisser Einschränkungen des Imports von Luxuserzeugnissen sowie von Anthrazit eintreten. Für Dienstag ist die erste Sitzung des Arbeitsausschusses angesagt. Seine Aufgabe ist um so schwieriger, als Frankreich bei dem Bestreben, seine Käufe im Ausland zu vermindern, darauf bedacht sein muß, nicht Gegenmaßnahmen anderer Staaten gegen die französische Ausfuhr auszulösen.

Weiterer Frankensturz.

Paris, 7. Juni. (TU.) Die Devisenhausse an der Pariser Börse schreitet fort. Der Dollar notierte bei Börsenschluß 32,97, das Pfund 160,10.

Mordprozeß Zaniboni.

Mussolinis Attentat.

Rom, 7. Juni. (WTB.) Wie verlautet, hat der Generalstaatsanwalt der Anklagekammer im Falle Zaniboni vorgeschlagen, Zaniboni wegen versuchten und überlegten Mordes an Mussolini anzuklagen und ihn sowie fünf weitere Angeklagte, darunter General Cabello, unter der Anklage der Verschwörung gleichfalls vor den Richter zu stellen. Gegen fünf andere Personen wurde vom Staatsanwalt die Anklage fallen gelassen. Unter den letzteren befindet sich auch der Großmeister der italienischen Freimaurer.

Gewerkschaftsbewegung

Leistungszulagen auch bei der Reichspost?

Nach dem Muster der Reichsbahn.

Man schreibt uns:

Unzählige Male hat der „Vorwärts" das System der Leistungszulagen, das die Reichsbahn eingeführt hat, bekämpft, und zwar haptsächlich deshalb, weil diese immerhin erheblichen Zulagen, die zum allergrößten Teil bei den oberen Beamten hängen blieben, ohne jede Kontrolle ausgezahlt werden. Dieses System scheint jetzt aber bei den höheren Beamten anderer Verwaltungen, die der Kontrolle des Reichstags nicht mehr in dem bisherigen Maße unterliegen, Anklang gefunden zu haben.

So wird bekannt, daß trotz aller Dementis die Deutsche Reichspost sich sehr stark mit der Absicht trägt, Leistungszulagen auch für ihre Beamten einzuführen. Im Voranschlag der Deutschen Reichspost für 1926 sind nämlich bei Kapitel 7 Titel 1 unter c „Zulagen" erstmalig laufende Mittel für außergewöhnliche Leistungen der Beamten eingestellt worden, für deren Verwendung nunmehr Richtlinien aufgestellt werden sollen. Dieser Titelansatz ist in den Haushalt der Reichspost aufgenommen worden, trotzdem die gesamte Postbeamtenschaft die Einführung von Leistungszulagen nach dem System der Reichsbahn einmütig abgelehnt hat.

Trotz dieser Ablehnung der Beamtenschaft scheinen die Leistungszulagen bei der Reichsbahn einigen höheren Beamten der Deutschen Reichspost, die sehen, daß die entsprechenden Beamten des Schwesterunternehmens sich finanziell weitaus besser stehen als sie selbst, erstrebenswert, weshalb man, um seinen eigenen Vorteil wahren zu können, die gesamte Postbeamtenschaft mit diesem von ihr einmütig abgelehnten Zulagensystem „beglücken" will.

Nach außen hin wird die Einführung der Leistungszulagen allerdings mit der „Wirtschaftlichkeit" des Betriebes begründet, genau dieselbe „Begründung", die die Reichsbahn für ihr Leistungszulagensystem der Oeffentlichkeit vorgesetzt hat. So sagt man, „daß die Zulagen nur dort in Betracht kommen könnten, wo Mehrleistungen von einem sehr großen Personenkreis geleistet werden, ungewöhnlich hoch seien und daneben zu erheblichen, in die Augen springenden Vorteilen für eine gedeihliche Fortentwicklung des Post- und Telegraphenverkehrs führen".

Man sieht also sehr deutlich, daß nach dieser Begründung in erster Linie die hohen Beamten des Postministeriums, der Oberpostdirektion und dann vielleicht auch noch einmal der Leiter eines größeren Postamts bedacht werden sollen. Im weiteren beabsichtigt man die Zulagen „auch noch für Zwecke anderer Art mit zu verwenden, wo zwar nicht zeitlich erheblich in die Erscheinung tretende Mehrleistungen vorliegen, wo aber die wahrzunehmenden Geschäfte mit Besonderheiten ausgestattet sind, die in der besoldungsmäßigen Eingruppierung der Beamten nicht oder nicht voll haben berücksichtigt werden können".

Man sieht also, daß die in der Besoldungsordnung vorhandene große Spannung zwischen den Beamten der höheren und der niederen Besoldungsgruppen den ersteren noch nicht ausreichend erscheint. Weil jedoch der Reichstag in seiner übergroßen Mehrheit einer „Auseinanderziehung der Harmonika" nicht zustimmen würde, versucht man in den Verwaltungen, die einer parlamentarischen Kontrolle nicht so stark unterliegen, ein System von Zulagen einzuführen, das, weil es ohne jede Kontrolle gezahlt wird, korrumpierend wirken muß. Es ist bekannt, daß die Reichspost finanziell sehr günstig dasteht. Sie sollte diese Gelder zur Verbilligung und Modernisierung ihres Telephonverkehrs verwenden und nicht in sogenannten Leistungszulagen und „für Zwecke besonderer Art" verpulvern.

Das neue Haus des Internationalen Arbeitsamtes.

Herr Brauns spricht gut. — Wie wird er handeln?

Genf, 6. Juni. (WTB.) Das Internationale Arbeitsamt hat heute in feierlicher Weise von seinem in den letzten drei Jahren errichteten Gebäude Besitz genommen. Unter dem Vorsitz des Präsidenten des Verwaltungsrates, Fontaine-Frankreich, begann um 10 Uhr in dem großen Genfer Wahlversammlungshaus, in dem jedesmal auch die Arbeitskonferenzen tagen, der Festakt. 22 namhafte Vertreter aller Erdteile übermittelten dem Arbeitsamt im Namen ihrer Regierungen, der Unternehmer und der Arbeiter die besten Wünsche. In eindrucksvollen Worten des Geleits betonten sie, daß das neue Gebäude ein sichtbares Zeichen internationaler Solidarität ist. Die Entwicklung und Durchführung der Aufgaben der internationalen Arbeitsorganisation muß, wie alle Redner übereinstimmend hervorhoben, von dem Gedanken ausgehen, daß für einen wirklichen, allgemeinen und dauernden Weltfrieden eine der wichtigsten Stützen der soziale Frieden ist.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns führte in seiner Rede aus: Wenngleich Deutschland nicht zu den ursprünglichen Mitgliedern der internationalen Arbeitsorganisation gehörte, so hat es doch keinen Augenblick gezögert, sondern die erste Gelegenheit des Anschlusses an diese neue Organisation benützt, um seinen

ernsten Willen zur Sozialpolitik

und zur internationalen Förderung des sozialen Fortschrittes zu bekunden. Von dieser Gesinnung getragen, hat es sich Deutschland, ebenso wie die anderen Länder, nicht nehmen lassen, seine guten Wünsche zur heutigen Feier auch durch ein äußeres Zeichen zu bekunden. Die für das Fenster der Treppenhalle von Deutschland gestiftete Glasmalerei will die Bedeutung der Arbeit für das Leben der Völker sinnbildlich darstellen. Führende Geister aller Nationen haben seit fast einem Jahrhundert die Wege zu einer besseren sozialen Ordnung gesucht und gebahnt, die dem Arbeiter das Gefühl seines prsönlichen Wertes gibt und dadurch auch die Arbeit adelt. Mit der zunehmenden Verflechtung der einzelnen Volkswirtschaften zur Weltwirtschaft mußten diese Bestrebungen über die Landesgrenzen hinauswachsen und

gemeinsame Angelegenheit aller Völker

werden. So erwuchs gewissermaßen organisch die internationale Arbeitsorganisation. Von ihr erhoffen wir alle, daß sie uns der Verwirklichung des uns vom Dichter aufgestellten Ideals immer näher und näher bringen wird. Der tiefere Sinn jeder sozialen Ordnung ist die Befriedung der Menschen. Darum wird, wer sich zur Arbeit bekennt, sich auch immer zum Frieden bekennen müssen.

Der französische Arbeitsminister Durafour gab im Namen seines Landes die feierliche Erklärung ab, daß nach der bereits erfolgten Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag durch die französische Kammer nunmehr auch der

französische Senat bald ratifizieren wird.

Lord Burnham-England erörterte den tiefgehenden Einfluß, der vom Arbeitsamt und seiner Tätigkeit zur Weckung des Interesses an allen sozialen Fragen ausgeht.

Der stellvertretende Direktor des Arbeitsamtes Butler unterstrich die grundlegende Bedeutung der ersten internationalen Arbeitskonferenz in Washington im Jahre 1919 und bemerkte, daß die Vereinigten Staaten der Internationalen Arbeitsorganisation sich noch nicht angeschlossen haben.

Carlier-Belgien, Vizepräsident des Verwaltungsrats der Unternehmergruppe, und Jouhaux-Frankreich als Vertreter der Arbeitergruppe gaben dem guten Willen beider Gruppen zur engen Zusammenarbeit Ausdruck.

Nach feierlicher Uebergabe von drei gleichen goldenen Schlüsseln an die Vertreter der Regierungsgruppe, der Unternehmergruppe und der Arbeitergruppe schloß der Festakt mit einer Rede des Direktors Albert Thomas, der alle Faktoren der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik würdigte.

Nachmittags fand die eigentliche Inbesitznahme des prächtigen am See gelegenen Gebäudes und ein wohlgelungenes Gartenfest statt.

Die Aufsicht auf Auswandererschiffen.

Als Konvention gegen die deutschen Regierungsstimmen angenommen.

Die Arbeitskonferenz hat den aus sieben Artikeln bestehenden Konventionsentwurf über die Vereinfachung der Aufsicht auf Auswandererschiffen mit 72 gegen 35 Stimmen angenommen. Für die notwendige Zweidrittelmehrheit mußten bei den insgesamt abstimmenden 107 Delegierten mindestens 71 Stimmen für den Konventionsentwurf abgegeben werden. Die Unternehmergruppe stimmte geschlossen dagegen. Der deutsche Regierungsvertreter, Ministerialrat Hering, war vor der Abstimmung dafür eingetreten, daß der Entwurf nicht als Konvention, sondern als Empfehlung zur Abstimmung gestellt wird. Der Präsident stellte jedoch geschäftsordnungsmäßig den Entwurf als Konvention zur Abstimmung, wobei dann die beiden Regierungsvertreter (!) und der deutsche Vertreter der Unternehmergruppe gegen den Konventionsentwurf, der deutsche Arbeitervertreter aber für den Entwurf stimmten. Der Entwurf, der vom Generalsekretär des Völkerbundes den Regierungen zugestellt wird, tritt erst in Kraft, wenn er von zwei Staaten ratifiziert worden ist.

Der Schiedsspruch in der Metallindustrie.

Annahme der Arbeiter — Ablehnung der Unternehmer.

Die Transportarbeiterfunktionäre der im Metallkartell zusammengeschlossenen Organisationen beschäftigten sich gestern abend im Gewerkschaftshaus mit dem Schiedsspruch vom 4. Juni, der das bisherige Lohnabkommen bis zum 31. Juli verlängert.

Genosse Fromke vom Deutschen Verkehrsbund gab einen eingehenden Bericht von den Verhandlungen, die wir bereits in unserer Morgenausgabe vom Sonnabend eingehend gewürdigt haben. Er teilte zum Schluß mit, daß der Schiedsspruch, dem die Organisationsvertreter noch am Verhandlungstage zugestimmt hatten, vom VBMJ. abgelehnt worden ist. Daraufhin ist vom Metallkartell die Verbindlichkeitserklärung beantragt worden.

Genosse Urich wies dann auf den Ernst der Lage hin, der es notwendig mache, in allen Betrieben Versammlungen einzuberufen, in denen die Transportarbeiter der Metallindustrie zu einem festeren organisatorischen Zusammenschluß aufgefordert werden müssen. Wenn auch nicht zu erwarten ist, daß der Schlichter diesem Schiedsspruch, der den Transportarbeitern ja kaum das nur zum Leben Allernotwendigste sichert, seine Verbindlichkeitserklärung versagen wird, so muß aber die Organisation doch gestärkt werden, um einmal zu einer Verbesserung dieser Elendslöhne zu gelangen. Daß der Weg, den die „Rote Fahne" in ihrer letzten Sonntagsausgabe den Transportarbeitern empfiehlt, der richtige ist, um dieses Ziel zu erreichen, verneinte Genosse Urich unter Zustimmung der Versammlung ganz entschieden.

Die Versammlung nahm wegen der bevorstehenden Verbindlichkeitserklärung eine abwartende Stellung ein und faßte keine Beschlüsse. Die Ausführungen der Diskussionsredner zeigten, daß die Funktionäre gewillt sind, im Sinne der Ausführungen beider Organisationsvertreter zu handeln.

Verhandlungen im Rummelsburger Streik.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hatte gemeinsam mit der kommunistischen Fraktion am Dienstag voriger Woche in der Stadtverordnetenversammlung eine Anfrage eingebracht, was der Magistrat zu tun gedenke, um die am Neubau des Kraftwerkes Rummelsburg beteiligten Unternehmer zur Durchführung der Stadtverordnetenbeschlüsse zu zwingen, durch die der nun schon sechs Wochen andauernde Kampf der Eisenkonstruktionsarbeiter beigelegt werden könnte. Als die Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung am Freitag zur Beratung kommen sollte, erklärte Oberbürgermeister Böß, daß er noch einmal versuchen wolle, durch eine Besprechung mit den Unternehmern eine Verständigung herbeizuführen. Zu dieser Besprechung, die gestern (Montag) vormittag im Rathause stattfand, wurden auch noch nachträglich Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes hinzugezogen, um über einzelne Streitfragen Aufklärung zu geben. Da das Verhandlungsergebnis nicht schriftlich festgelegt worden war, kam die Streikleitung im Einverständnis mit den Organisationsvertretern überein, der ebenfalls zum Montag einberufenen Streikversammlung einen Bericht über das Ergebnis der Verhandlung nicht zu geben, um in der Oeffentlichkeit keine Irrtümer aufkommen zu lassen. Die Versammlung wurde auf Mittwoch mittags 12 Uhr vertagt. Da bis zu diesem Tage das Verhandlungsergebnis schriftlich vorliegen soll, wird darüber ausführlich berichtet werden. Wegen der vorzunehmenden Abstimmung ist es Pflicht eines jeden Streikenden, bestimmt zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Die Berliner Kraftdroschkenführer rühren sich.

In einigen Großbetrieben hatten die Kraftdroschkenführer Betriebsversammlungen einberufen, um zu ihrer augenblicklichen Lage Stellung zu nehmen. Die Herren Direktoren dieser Betriebe waren sprachlos ob solcher Kühnheit; sie erblickten anscheinend schon in einer Zusammenkunft ihrer Arbeitsbienen eine Gefahr für den von ihnen bisher beliebten absoluten Herrenstandpunkt. Sie fühlten sich daher veranlaßt, einige willfährige Subjekte in die Versammlungen zu dirigieren um zu erfahren, was dort besprochen wurde. Der Bericht dieser Schufte genügte den Herren Direktoren, um am nächsten Morgen einige Fahrer zu entlassen, die gar nicht an den Versammlungen teilgenommen hatten. In ganz besonderer Weise zeichnete sich hierbei ein Großbetrieb in der Hannoverschen Straße aus. Der beauftragte Spitzel ging so ungeschickt durch übertriebene Propaganda für die Versammlung vor, so daß es ratsam erschien, diesen Burschen nach der Versammlung besonders zu beobachten. Nachdem er in den stärksten Tönen über die Zustände im Betrieb losgezogen hatte, verschwand er in einem Lokal am Oranienburger Tor und siehe da, schon nach wenigen Minuten erschien Mann für Mann das gesamte hohe Direktorium, um den Spitzelbericht brühwarm entgegenzunehmen. Die Kraftdroschkenführer werden diesem Burschen auf die Finger sehen. Der Direktion können sie nur empfehlen, in ihrem Verhalten so fortzufahren und versprechen ihr heute schon ganz besondere Anerkennung für die tatkräftige Unterstützung bei der restlosen Organisierung der Fahrer.

Die nächste Versammlung findet heute, Dienstag, statt. Das Lokal ist der Direktion bekannt. Spitzel sind besonders eingeladen.

Die Streiklage in England.

Die Finanzierung bis zum Herbst gesichert.

Bochum, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In einer Unterredung mit unserem Mitarbeiter erklärte ein Mitglied des Exekutivausschusses der Bergarbeiterinternationale, das an der letzten Sitzung des Internationalen Bergarbeiterkomitees in Brüssel teilgenommen hat, daß nach seinen Eindrücken die englischen Bergarbeiter entschlossen seien, den Kampf bis zu einem erfolgreichen Abschluß durchzusetzen. Die Meldungen über Meinungsverschiedenheiten zwischen Cook und Hodges, sowie ein Abflauen der Streikstimmung, die bereits in verschiedenen Distrikten zur Wiederaufnahme der Arbeit geführt haben soll, seien durchaus tendenziös. Man müsse bei der Beurteilung der Streiklage in England die Psyche des Angelsachsen richtig einschätzen. Arbeitskämpfe in den angelsächsischen Ländern, bei denen es sich um derart grundlegende Lohn- und Arbeitszeitfragen, wie die der streikenden britischen Bergarbeiter handele, würden mit größter Zähigkeit bei vorbildlicher Wahrung der gewerkschaftlichen Disziplin durchgeführt. Erinnert sei an die früheren Wochen und Monate dauernden Arbeitskämpfe in den einzelnen englischen Bergbaudistrikten.

Es dürfte deshalb mit einer plötzlichen Beendigung des englischen Bergarbeiterkampfes nicht zu rechnen sein. Was die Finanzierung des englischen Bergarbeiterkampfes anbetrifft, so dürfte auf keinen Fall eine Erschöpfung der Streikgelder in absehbarer Zeit zu einem Abbruch des Kampfes führen. Eine zentrale Streikkasse ist nicht vorhanden, ebenso werden die Streikgelder nicht einheitlich, sondern distriktsweise festgesetzt. Hierbei helfen die finanziell leistungsfähigeren Distrikte den finanzschwächeren aus. Im übrigen werden die Sammlungen zugunsten der streikenden englischen Bergarbeiter durch sämtliche internationale Organisationen erfolgreich fortgesetzt. Was die finanzielle Seite des Streiks angeht, so ist durchaus die Möglichkeit der Fortsetzung der Streikaktion bis zum Herbst gegeben. Im übrigen macht die Organisation der örtlichen Hilfsaktion sowie die Einrichtung von Suppenküchen in den bestreikten Distrikten täglich Fortschritte. Es ist nicht zu übersehen, daß auch die bürgerlichen Kreise in England auf charitativem Gebiete durchaus Anerkennenswertes für die streikenden englischen Bergarbeiter und vor allem für die am meisten betroffenen Opfer dieses Arbeitskampfes, für die Kinder, leisten. Kennzeichnend für die geistige Einstellung der Engländer, die auch im Arbeitskampf das Prinzip des fair play nicht außer acht lassen, ist die Spende des Prinzen von Wales für die streikenden britischen Bergarbeiter. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der britische Bergarbeiterkampf mit vorbildlicher Disziplin und zäher Ausdauer geführt wird, Voraussetzungen, die den Erfolg verbürgen, den die deutschen Bergarbeiter ihren britischen Kameraden von ganzem Herzen gönnen.

Die Ferngasversorgung und die Arbeiter im Westen.

Köln, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend und Sonntag tagten in Köln die Delegierten des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter aus Rheinland und Westfalen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Frage der Ferngasversorgung, die für kommunale Verwaltungen und für die Gewerkschaften durch die Gasmonopolbestrebungen der Ruhrindustrie akut geworden ist. Am ersten Tage sprach Ingenieur Müller-Koblenz über die Wasser- und Gasversorgung der Gemeinden und erläuterte den technischen Prozeß der Gaserzeugung und Gaslieferung vom Ofen bis zum Abnehmer. Nach ihm zergliederte Beirat Olsperberg-Mainz in einem großzügigen Referat die Ferngaspläne der Ruhrindustrie, die angesichts des schwindenden Absatzes der Steinkohle neue Gebiete zu erobern sucht und darum die Ferngasversorgung des ganzen rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgebietes erobern will. Der Redner erkannte die notwendige stärkere Zentralisierung der Gasfernversorgung an, bestritt aber, daß diese größere Rentabilität durch das Unternehmertum der Ruhrindustrie gewährleistet wird. Unter stürmischer Zustimmung der Delegierten forderte er die Unantastbarkeit des Regiebetriebes. Mit einem instruktiven Referat von Fink-Köln über „Elektrizitätserzeugung und Elektrizitätsverteilung" schloß der erste Tag.

Am zweiten Tage sprach Orlopp-Berlin und zeigte, welche Lehren die Arbeitnehmerschaft aus dem technischen und finanziellen Zusammenschluß der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswirtschaft ziehen müsse. Er wandte sich besonders gegen die Schwerindustrie, die die RWE beherrschte, obgleich die Kommunen die Mehrheit im Aufsichtsrat haben und forderte stärkere organisatorische Zusammenfassung der Arbeiterschaft in den Gemeindebetrieben und stärkeren Widerstand der Kommunen gegen die Pläne der Großindustrie.

Eröffnung der 9. Arbeitskonferenz.

Genf, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Eröffnung der 9. Arbeitskonferenz ging am Montag vormittag in der üblichen Weise vor sich mit einer einleitenden Rede des Präsidenten des Verwaltungsrats, Fontaine, worauf die Wahl des Engländers Barnham zum Konferenzvorsitzenden einstimmig erfolgte. Am Nachmittag wählte die Konferenz ihre Vizepräsidenten sowie den Vorschlagsausschuß, der aus 12 Regierungs- und je 6 Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern bzw. Stellvertretern besteht.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Lederwaren- und Galanteriebranche: Am Donnerstag abend 7½ Uhr bei Poeter, Weberstr. 17, Vollversammlung aller in der Lederwarenindustrie beschäftigten Mitglieder. Bericht von den Manteltarifverhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 28. Mai. Erscheinen eines jeden ist Pflicht.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Dienstag, abends 7½ Uhr, tagen die Gruppen: **Landsberger Allee:** Gruppenheim Dieffelmeyerstr. 5, Brettspielabend. **Frankfurter Allee** (Friedrichshain 2): Jugendheim Tilsiter Str. 4–5, 1 Tr., Lese- und Diskussionsabend über „Unsere Arbeit". Bericht der FGJ.-Berlin. **Lichtenberg:** Jugendheim Dolziger Str. 22. Vortrag: „Heim-, Land- und Fabrikarbeit". **Treptow:** Schule Wildenbruchstr. 53–54 (Hortzimmer). Schachabend. **Spandau:** Spielabend. Außenspiele ab 7 Uhr veranstalten folgende Gruppen: **Oberschöneweide, Köpenick** auf dem Sportplatz der Metallarbeiter in der Oberspree.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

Maggi's Fleischbrüh-Würfel

Achtung auf den Namen „Maggi" und die gelb-rote Packung.

sind mit bestem Fleischextrakt und feinsten Gemüseauszügen auf das sorgfältigste hergestellt. Ein Würfel in gut ¼ Liter kochendem Wasser aufgelöst, gibt sofort kräftige Fleischbrühe zum Trinken, zur Zubereitung und Verbesserung aller Arten Suppen, Soßen und Gemüse. 1 Würfel 4 Pfennig.

Eine Maienfahrt über märkische Seen von Königswusterhausen nach Teupitz. Wohlverpackt ruht unser braves Faltboot, unser „Pilot", in dem Eisenbahnzug, der zwischen Görlitzer Bahnhof und dem durch seine Großfunkstation der ganzen Welt bekannten Königswusterhausen läuft. Dann eine halbe Stunde flotten Marsches, bei dem die Bootsteile auf einem selbstgefertigten zweirädrigen Wägelchen mitgeführt werden. Endlich ist der Königswusterhausener Tiergarten erreicht. Einige Kinder folgen uns glücklicherweise nur mit den Augen, als wir auf dem Uferweg zur Aufbaustelle entlangziehen. Tief steht die Sonne als wir das Boot ins Wasser setzen, um noch vor dem Schlafengehen Cablow zu erreichen.

Nächtliche Fahrt.

Spiegelglatt liegt die Staabe, dieser idyllische Teil der Dahme, in dessen Wassern sich die alten vollbelaubten Bäume des Königswusterhausener Tiergartens spiegeln. Geheimnisvoll gleitet das Boot auf der ebenen Fläche, fast unwirklich ist es, wie die Bäume am Ufer vorüberziehen. Dann öffnet sich dieser schmale Wasserarm und weitet sich zum Krimnicksee, der sich nach Senzig hin ausbuchtet. Links faucht ein Eisenbahnzug irgendwo hinter den Häusern am Ufer. Rechts aber grüßen bewaldete Höhen. Dunkle Wolken kommen aus Westen. Im Osten jedoch ist Ruhe und Frieden. Sanfte Farben der Dämmerung werden wach, das Wasser singt melodisch, wenn das Boot es schneidet, und die Paddelschläge geben die Takte an. Es ist ein Sang des Friedens, ein Klang, der in der Unendlichkeit geboren wurde und der nun plötzlich da ist, ganz natürlich und selbstverständlich. Das letzte Sonnenleuchten schwindet, Sterne gehen auf und an den Ufern sind die Lichte menschlicher Wohnstätten. Das helle, frohe Blau des Nachmittags ist zum schwarzen, dunklen Grau der Nacht geworden. Die Ränder des Krüpelsees verschwinden, das Wasser scheint sich zu dehnen bis in alle Ewigkeit. Die elektrischen Bootslampen leuchten auf. Stimmen am Ufer. „Hallo, wo ist der nächste Gasthof, der uns Unterkunft geben kann?" „Rechts müssen Sie rüber, in 10 Minuten sind Sie da." „Besten Dank." Also nach rechts. Bald stoßen wir auf Schilf und folgen seinem Rande bis zu einem großen Dampfersteg, der im Dunkeln gewaltig auftaucht wie ein Gespenst. Ein weißes Schild läßt das Wort „Logierhaus" sehen. Alles ist stockdunkel. Also hinaus, Ausschau halten. Wenige Minuten Weg, dann ist der gesuchte Gasthof in Cablow, der uns für eine Nacht beherbergen soll, erreicht. Bald ruht das Boot im Bootshaus am Ufer und zwei müde Faltbootfahrer schlafen neuen Taten entgegen.

Die holländische Landschaft.

Am nächsten Morgen toben Sturm und Regen. Um 5 Uhr früh kochen wir uns einen guten Kaffee und dann schlafen wir resigniert weiter. Aber gegen 10 Uhr ebben Sturm und Regen ab. Bald sind wir am Bootshaus. Schnell ist der „Pilot" fahrbereit. Allein neuer Sturm tut sich auf, die Wellen gehen hoch. Wir können wohl fahren, aber wir müssen nicht. Wir nutzen die Zeit zu einigen Aufnahmen und Skizzen. Um 12 Uhr endlich schwimmen wir wieder auf dem Wasser. Der Cablower Kirchturm grüßt noch lange und in der Ferne ragen die Funktürme von Königswusterhausen, bis sie hinter dem Walde an der scharf nach Süden abbiegenden Dahme verschwinden. Der Himmel hat sein Wolkenkleid verloren. Durchsonntes Blau spiegelt sich im Wasser und der Wind spannt das Segel. So gleiten wir durch jenen Teil der Dahme, der auf den Karten als „Bindower Fließ" verzeichnet ist. Die Landschaft ist nun völlig verwandelt, fast „holländisch" mutet sie an. Verschwunden ist das prächtige, weite Bild der Seen. Nun geht die Fahrt zwischen schilfgeränderten Wiesen vorüber an kleinen Gehöften und Bauden. Der Wald hat sich respektvoll vom Fluß zurückgezogen. Der holländische Eindruck der Landschaft wird noch verstärkt durch die Bindower Zugbrücke mit ihrem großen Holzgestell, unter dem man den Mast umlegen muß. Die Boten des staatlichen Wasserbauamtes arbeiten an den Ufern. Ketten rasseln, man ist dabei, der Natur Schranken aufzuerlegen, damit sich der Mensch in ihr um so freier bewegen könne. Fische, Wasservögel, Insekten beleben das Fließ, und die Frösche nicht zu vergessen! Herrlich diese Einsamkeit, dieser Wald- und Wiesenduft mit dem feinen Hauch des Wassers. Dem trüben Morgen folgte ein Tag, von dem man wünschen konnte, daß er kein Ende nähme. Dann tauchen Häuser auf und blühende Kastanienbäume: das Dörfchen Gussow. Frischer Wind wird lebendig, und nun ist der Dolgensee da, jene 3½ Kilometer lange in nordwestlicher Richtung hingestreckte Wasserfläche, an deren Südende das Dörfchen Dolgenbrodt mit seinen vielen Schiffswerften liegt. Der Wind ist mit uns. Die Wellen gehen hoch. Sie wachsen am Ende des Sees, und unser „Pilot" läuft in flotter Fahrt über die Fläche. Lattenzeichen in der Ferne weisen auf die Einfahrt zum Dolgenbrodter Fließ. Bald fahren wir zwischen schwarzen und roten Seezeichen auf die Molen zu in dieses entzückende Fließ hinein. Große Spreekähne liegen auf ihren Helgen am Ufer, Zimmerleute und andere schaffen an ihnen. Helle Feuer brennen, Schmiedehämmer klingen, Sägen knirschen, Arbeitsbilder wie aus fernen Tagen, in denen das Werk der Hand noch nicht der Maschine unterlegen war.

Zugbrücke über die Dahme.

[11

(Schluß.)

Den ganzen Tag sprachen sie von den Werkstätten, dem Handarbeitszimmer, der Küche, dem Experimentiersaal, wo nicht nur ein Instrument für die ganze Klasse da war, sondern jeder Gruppe von drei und vier Kindern eins zur Verfügung stand.

Lange schon lagen Knorke und Frau im Bett, aber sie schliefen nicht gleich wie sonst, sondern besprachen nochmals eingehend alles Gehörte und Gesehene. Knorke setzte seiner besseren Hälfte auseinander, wie eine Nation, die ihre Jugend so mit allem Wissen versieht, zwar nicht mit den größten Kanonen, wohl aber mit der größten Erkenntnis und den meisten Fähigkeiten in der Welt vorangehen und unbesiegbar sein wird.

Endlich nahm Morpheus beide in seine Arme und noch lange zogen gigantische Zukunftsbilder durch ihre Träume.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Die Sonne guckte schon lange erstaunt in das Schlafzimmer des Ehepaares Knorke. Es war für sie ein ungewohnter Anblick: die Frühaufsteher waren von ihr noch nie im Bette erwischt worden.

Die drei Knorke-Ableger huschten schon seit langem leise und geschäftig im Wohnzimmer herum, wo Fritz gestern unter Assistenz seines Kameraden Pfeil den Fünfröhrenapparat montiert hatte.

Fritz und Kamerad Pfeil hatten gemeinsam den Plan ausgeklügelt, Vater und Mutter nach der neuen Schule zu schicken, um während dieser Zeit alles ins Lot zu bringen. Als Pfeil ging, schloß Fritz die Tür des Zimmers ab und steckte den Schlüssel in die Tasche. Alles Bitten der Geschwister half nichts. Er vertröstete sie auf den anderen Morgen. An diesem war er der erste aus dem Bett, und als Anneliese von ihm die Erlaubnis erhielt, im Wohnzimmer den Kaffeetisch zu decken, zu dem Fritz gar noch vier Blumentöpfe und Mutters große Bratenschüssel mit 50 Lichtern und einem großen Lebenslicht angeschafft hatte, war sie recht ärgerlich, daß Fritz das, was er gestern mit Kamerad Pfeil gebaut hatte, mit Mutters Umschlagetuch zugedeckt hatte. Aber Fritz erklärte: „Ihr seht es ja doch zuerst. Wenn Vater und Mutter auf sind, werden die Lichter angezündet und die Bescherung enthüllt."

„Ihr habt wohl beide Apparate eingebaut?" fragte Karl ungeduldig.

„Wir sind doch nicht molum," gab Fritz zurück.

Ein Geräusch im elterlichen Schlafzimmer machte der Auseinandersetzung ein Ende.

Die Rollen waren von Fritz richtig verteilt: Anneliese flitzte in die Küche, um Kaffee aufzubrühen, Karl zündete die Lichter an und Fritze „enthüllte".

Karl blieb, wie Fritze später sagte, das Maul offen, als er nicht nur den Fünfröhrenapparat, sondern auch einen Lautsprecher erblickte. Durch die eine Tür kam Anneliese mit dem stark duftenden Kaffee, in der anderen erschienen Arm in Arm Mutter und Vater Knorke, das Geburtstagskind.

Mutter fing gleich zu heulen an, Vater sterrte auf seinen veränderten Dreilampenapparat und den Lautsprecher, den in diesem Augenblick Fritz als Oberfunker in Tätigkeit gesetzt hatte, und der, da es längst 9 Uhr, vom Funkhause auf Welle 505 und 571 die Andante cantabile von Mozart wiedergab.

Die drei Knorkes schossen wie die Pfeile auf Vater zu und schlangen die Arme um seinen Hals. Ein Sturm von Küssen ergoß sich über ihn, wie er ihn noch nie im Leben hatte ertragen müssen. Schließlich wurde er mit heilen Knochen des Ueberfalls Herr, verlangte sich Fritz, auf dessen Schultern sich die arbeitsharten Hände wie ein Paar Schraubstöcke legten, und sagte: „Dahinter steckt Fritz! Beichte, wie du das angestellt hast."

„Na, da ist doch nicht viel zu beichten. Ich habe meinen Kamerad Pfeil, der uns den Fünfröhrenapparat billig besorgt hat, erzählt, daß du zu unserm Entsetzen einen neuen Dreiröhrenapparat angebracht hast, und da ich wußte, wo du ihn gekauft hast, sind wir beide hingegangen und haben ihn in einen Lauthörer umgetauscht. Und da der Rundfunkaugust — sagt Mutter — seine Freude daran hatte, daß wir den Vater so lieb haben, hat er nicht nur das schönste Stück aus seinem Laden gegeben, sondern noch so viel Geld herausbezahlt, daß ich die Blumen und Lichter kaufen konnte."

„Na, aber Junge, gleich vier Töpfe?" sagte Vater, dem, wie er meinte, von den vielen Lichtern die Augen tränten.

„Aber Vater," entgegnete Fritz, „weniger wie ein Blumentopf jeder konnten wir doch nicht schenken."

„Na nu seht mal," sagte plötzlich Vater ganz ernst, „was ihr angerichtet habt. Mutter hat sich vor Schreck in eine Salzsäule verwandelt und wird jetzt ein Tropfstein, so rennt es ihr aus den Augen."

Das war für die drei Rangen das Signal zum Sturm auf Muttern, der sich erst legte, als Vater nach schmunzelnder Besichtigung sämtlicher Funkgeräte erklärte: „Na, ich probiere jetzt Mutterns Geburtstagskuchen, und wenn ihr nicht bald euren Knalleffekt einstellt, habt ihr das Nachsehen."

Beim Morgenkaffee und noch mehr am Nachmittagskaffeetisch finden wir eine Familie, bei der alles „knorke" war. Das stellte sogar nachmittags ein Unparteiischer fest, nämlich Kamerad Pfeil, der von Fritz so lange gequält wurde, bis er zugesagt hatte, zu erscheinen. Er schenkte Vater ein schön gebundenes Buch über die Aufgaben der neuen Schule und meinte, wenn die Familie heute so ganz froh und glücklich wäre, dann mögen sich alle Teile derselben für alle Zeit daran erinnern, daß einen ganz kleinen Anteil daran die neue Schule hat. Für sie zu wirken, heiße: der Zukunft der Menschheit die Wege bahnen!

In die Dubrow.

Gemütlich treibt der „Pilot" durch die Biegungen des Fliehes. Der Wind, der so kraftvoll auf dem See dahinjagte, ist hier gedrosselt, er ist zu einem Hauch geworden, der dem leichten Boot gerade noch Fahrt gibt. Das Dörfchen Dolgenbrodt begleitet uns noch ein Stückchen und offenbart die schönsten Landschaftsbilder. Dann wird das Fließ breiter. Wieder ragt in der Ferne eine Zugbrücke: **Priorosbrück.** Links ein Lattenzeichen, das den **Beginn der Storkower Gewässer** anzeigt, die zum größten See der Mark, dem Scharmützelsee, führen. Wir gehen geradeaus, gleiten unter der Brücke hindurch und sind nun in der herrlichen Dubrow, jener mit Recht so berühmten Forst, deren seltsame Schönheit jeden Naturfreund gefangen nimmt. Früher war sie das Reiherparadies. In ihren Eichen fanden die Reiher geeignete Nistplätze. Nun sind sie fast ausgestorben, nachdem sie jahrhundertelang für gewisse „hohe Herren" geeignete Zielscheiben waren. Rechter Hand hat sich eine neue Siedlung aufgetan, die hart an den Wald grenzt, der sich am Huschtesee niedergelassen hat. **Der Huschtesee** ist ein kleines Wässerlein von vielen Reizen, das wir im Husch durchfahren hätten, wenn wir nicht an seinen Ufern zu einer Spätnachmittagsrast angelegt hätten. Fast sagenhafte Stille rings umher. Das Summen des Teekessels klingt hier beinahe aufdringlich, so fein und einladend es sonst auch ist. Tiefer sinkt die Sonne, das herrlichste Farbenspiel beginnt. Unser Boot durchschneidet **die Schmölde**, diesen herrlichen See mit seinen hochragenden Ufern, die mit dichtem Wald bestanden sind. Ein Fischer rudert langsam und laut seinen schweren Kahn. Dann ist es wieder so ruhig, daß man fast den „Lärm der Stille" hören könnte. So schön sind nur noch manche der Masurischen Seen. **Welche Kleinode birgt doch unsere Mark!** Am Ausgang der Schmölde hebt sich in der Ferne ein blaugrauer Berg empor, ein Seezeichen weist den Weg zum **Hölzernen See.** Leise plätschern die Wellen am Bug, unsäglich zart und zierlich ist die eiserne Zugbrücke von Neubrück am Ende des Sees. Das Haus hinter der Brücke ist von wundervollen Kastanien fast versteckt. Daneben aber hat sich ein neues Gasthaus aufgetan. Gern hätten wir angelegt, aber es fehlte der geeignete Steg und auch ein Bootshaus war nicht zu sehen. Der Wind ist schlafen gegangen, wir paddeln langsam auf **dem Klein-Köriser See** zum Gasthaus am Köriser Hafen. Hier übt gerade ein Gesangverein unter Leitung eines Lehrers und singt, daß es fernhin hallt: „Hinaus in die Weite . . ." Wir aber folgen an diesem Abend der freundlichen Mahnung nicht. Nur zu gern bleiben wir in dem traulichen Dorf. Ein prächtiger Sternenhimmel bedeckt die Welt, als wir auf einsamen Wegen noch einen abendlichen Rundgang machen.

Von Seezeichen zu Seezeichen.

Der nächste Morgen sah uns schon früh auf dem Wasser. **Von Seezeichen zu Seezeichen ging nun die Fahrt.** Allenthalben sitzen Angler in stoischer Ruhe. **Der kleine Moddersee** ist viel schöner als sein Name, da steigen keine moddrigen Düfte auf, nur die Ufer sind morastig und doch von ungezählten bunten Blumen überdeckt. Ein Kirchturm steht links, er gehört zu der Kirche von **Groß-Köris.** Scharf geht der Kurs nach links, hinein in den großen Moddersee, und dann mitten durch Groß-Köris hindurch. Schade, die herrliche Wasserallee vor der Zugbrücke hat ihre alten, schattigen Bäume verloren; sie ist „restauriert" worden und wird lange brauchen, um ihren alten Glanz wieder zu erhalten. Auf dem fast winzig klein anmutenden Schulzensee haben wir die Groß-Köriser Kirche von der anderen Seite, und hier wirkt sie recht seltsam im Landschaftsbilde, das sie völlig beherrscht. Diese ganze Fahrt von Klein-Köris bis Teupitz offenbart eine einzige Idylle. In den Fließen hängen die Zweige der Bäume bis in das Boot hinein. Die Wurzeln sind vom Wasser bloßgelegt und zeigen bizarre Formen. Der Pirol singt und auch der Kuckuck läßt sich hören. Lerchen steigen und über dem Ganzen leuchtet die Sonne herzlich und gut. Die Eisenbahnbrücke der **Berlin—Görlitzer Bahn** liegt hinter uns, wenn wir den herrlichen **Zemninsee** kreuzen, bis wir in seiner linken Ecke in den prächtigen **Mochheidegraben** einbiegen, an dessen Ausgang das Seezeichen zum Teupitzer See, dem Ziele unserer Fahrt, steht. Irgendein findiger Unternehmer preist hier „billige" Wassergrundstücke an. Schön wäre es hier zu wohnen, wenn nur das „Wenn" nicht wäre. Der Teupitzer See liegt glatt wie ein Silberspiegel. Links ist **Schwerin,** vor uns der weitgestreckte Schweriner Werder, an dessen Westende ein Seezeichen aufragt, das den tiefergehenden Schiffen die Richtung weist. Wir laufen links vorbei, da tauchen auch schon **die ersten Häuser von Teupitz auf:** die Kirche aus dem 13. Jahrhundert und moderne Villen. Das alte Schloß mit seinen primitiven Fachwerkbauten fesselt den Blick, ehe wir eine Schilfecke umfahren und am Landungssteg des Wirtshauses „Zum goldenen Stern" festmachen.

*

Wieder kommt von Westen her ein schwerer Sturm herauf, ein seltsames Bild entsteht: auf der einen Seite blendende Sonne, auf der anderen schwere, dicke Wolken, aus denen der Regen wie ein feiner Schleier herniederhängt. Der eben noch ruhige See springt zu seinen Ufern empor, die Fahrt war im rechten Augenblick beendet.

Gewitter über Berlin.

600 Alarmierungen der Feuerwehr. — Hochwasser in Mittel- und Süddeutschland.

Nach dem schweren Unwetter, das am Sonnabend die Sächsische Schweiz heimsuchte, bekam gestern auch Berlin die Macht der Elemente zu spüren. Der Tiefdruck, der auf Mitteleuropa lastete, steht in heftigem Kampf mit dem heraufziehenden Hoch und so müssen auch wir das Kommen eines sommerlichen Wetters mit Wolkenbrüchen und Gewittern bezahlen. Schon am frühen Morgen lastete über Berlin eine starke Gewitterspannung, die sich schwer auf Mensch und Tier legte. Die aufziehenden Gewitter, die von allen Seiten Berlin einkreisten, ließen selbst Menschen mit Gewitterangst die Entspannung durch endliche Entladung ersehnen, denn trotz aller unserer Technik sind wir mit unserem ganzen Wesen von dem Wetter stark abhängig. Wer bei dieser Spannung stark körperlich arbeiten mußte oder geistige Konzentration bei seiner Arbeit brauchte, mußte alle Energie zusammennehmen, um nicht zu versagen. Auch bei Pferden konnte man eine stärkere Nervosität und Unlust beobachten, ganz zu schweigen von den Singvögeln, die das Gewitter ängstlich flatternd erwarteten. Die drohenden Gewitter entluden sich nachmittags und brachten in den meisten Stadtteilen zu gleicher Zeit Regengüsse, wie sie Berlin lange Zeit nicht erlebt hat. Die Feuerwehr hatte in aufopferungsvoller Arbeit in über 600 Fällen zu tun, um die überschwemmten Keller wieder leerzupumpen. Da sie an so viele Stellen zu gleicher Zeit gerufen wurde, mußte sie zuerst den am meisten Gefährdeten helfen. Wieder mußten hier Bewohner von Kellerwohnungen ihr soziales Elend doppelt spüren, da sie bei diesen Katastrophen am schwersten getroffen werden. Einige Straßen der tiefer gelegenen Stadtteile glichen wahren Seen, da die Gullys die ungeheuren Wassermengen nicht aufnehmen konnten und sich verstopften. Die Pumpstationen mußten schon nach zehn Minuten Regengüssen mit voller Kraft einsetzen, um der Fluten Herr zu werden. Personenautos blieben hilflos in den steigenden Wassern stehen, da das Wasser in die Motore eindrang. Ihre Führer mußten sich wie in Seenot auf das Verdeck retten, um nicht in den schmutzigen Fluten ein unfreiwilliges Bad zu nehmen. Hier wurden schon Pferdegespanne zum Retter der Wagen mit den vielen PS, indem sie die Autos auf sichere Höhe retteten. Selbst die Straßenbahnen mußten teilweise umgeleitet werden. Die Telephonämter, soweit sie noch Oberleitungen haben, mußten wegen der Blitzgefahr den Betrieb einstellen. Das Fernamt konnte in den Abendstunden nach Mitteldeutschland und besonders Sachsen keine Gespräche ausführen, da auch dort schwere Gewitter tobten. Man kann nur hoffen, daß die Unwetter dort nicht wieder so furchtbar gehaust haben wie am Sonntag. Der Abend brachte Entspannung und Frische in die zu jäh aus der drückenden Schwüle aufgerüttelten Berliner. Hoffentlich haben wir mit dem teuren Preis nun endlich das bessere Wetter erkauft. Der erst in zwei Wochen fällige Sommer jedenfalls hat uns schon seine stürmischsten Boten, Gewitter und Wolkenbrüche, gesandt, nun soll er endlich auch der gequälten Menschheit zum Trost mit warmer und siegender Sommerherrlichkeit einziehen.

*

Das Unwetter richtete in Berlin und in den Vororten arge Verwüstungen an, die besonders in Verkehrsstörungen ausarteten. Die ungeheuren Wassermassen fanden in vielen Straßenzügen nicht genügend Abfluß und überschwemmten Straßen und Kellerräume. Die in Aktion tretende Feuerwehr hatte längere Zeit zu tun, die teilweise verstopften Gullys freizubekommen. Aus der Potsdamer-, Neuenburger-, Hollmann-, Alexandrinen-, Alte Jacob- und Gitschiner Straße, wie aus Straßenzügen der tiefer gelegenen Stadteile erglingen von Bewohnern dauernd Hilfrufe um sofortige Hilfeleistung. Aehnlich war es in der Nähe des Alexanderplatzes, wo ganze Straßenzüge unter Wasser standen. Im Osten Berlins, in der Nähe des Berliner Theaters, das durch einen Riesensee gesperrt war, in der Kesselstraße, in der Mittelstraße und auch im Westen Berlins.

Auch hier standen viele Keller unter Wasser, so daß die elektrischen Starkstrom- und Telephonleitungen vielfach in Gefahr kamen. An einigen Stellen sind auch tatsächlich Kurzschlüsse eingetreten, die sich für die Hausbewohner um so unangenehmer bemerkbar machten, als die Feuerwehr unmöglich sofort allen Anforderungen auf einmal entsprechen konnte. In einzelnen Kellern stand das Wasser mannshoch. An einigen Stellen schlug der Blitz ein. So wurde in Niederschöneweide-Johannisthal die gesamte Feuermeldeanlage durch einen Blitzschlag zerstört. Auch in der Königgrätzer Straße, in der Leipziger und in der Jerusalemer Straße schlug der Blitz in die Oberleitungen der Straßenbahnen ein, doch entstand dank der besonderen Sicherungen der Bahnen keinerlei Gefahr für die Fahrgäste, von denen einige allerdings Nervenanfälle bekamen. In einem Falle schlug der Blitz in die Depositenkasse A der Commerz- und Privatbank in der Krausenstraße 4-5 ein und brachte dort in der Telephonzentrale ein Kabel zur Entzündung. Die Feuerwehr erschien zwar wenige Minuten später bereits an Ort und Stelle, doch währte der Brand über eine Stunde. Erheblicher Sachschaden wurde durch gewaltige Wassermassen, die infolge des Gewitterregens zusammenströmten, vor dem Hause Roßstr. 6-7 angerichtet. Die gewaltigen Regenmengen unterspülten eine dort stehende Baubude, in deren unmittelbarer Nähe sich ein Motor mit Pumpe befand. Plötzlich gab das Erdreich nach und Bude, Pumpe und Motor sowie ein großer Teil des Bürgersteiges stürzten in die Baugrube. Beim Aufschlagen auf den Baugrund wurde ein Hauptwasserrohr getroffen, aus dem sich riesige Wassermengen in die Grube ergossen und diese überflutete. Die Feuerwehr war stundenlang an der Unglücksstelle tätig. Die Wasserzufuhr für die gesamte Roßstraße ist bis auf weiteres unterbrochen. Der Bürgersteig mußte polizeilich gesperrt werden. Der Sachschaden ist sehr erheblich. Ein ähnlicher Fall ereignete sich fast zu gleicher Zeit in der Neuen Roßstraße, vor dem Hause Roßstraße 2. Hier platzte gleichfalls ein Hauptwasserrohr und brachte durch die Unterspülung gewaltige Erdmassen ins Rutschen. Der Bürgersteig rutschte seitlich ab. Der Sachschaden ist sehr erheblich.

Die Katastrophe in der Sächsischen Schweiz.

Königstein, 7. Juni. (Eigener Bericht.) Wie der „Vorwärts" bereits kurz berichtete, wurde die Sächsische Schweiz von einer schweren Gewitterkatastrophe betroffen. Am Morgen des 5. Juni setzte gegen 3 Uhr früh ein überaus starker Regen ein, der etwa zwölf Stunden gleichmäßig anhielt, und dann erst zu einem Wolkenbruch wurde, der die verheerendsten Folgen zeitigte.

Besonders schwer tobte das Unwetter in der Gegend des Schneeberges und in den Maxdorf-Rosenthaler Forsten. Stark mitgenommen wurde auch das Gebiet, das vom Kuhstall, Winterberg und der Kamnitz begrenzt wird. Die sonst so friedlich zu Tal gehenden Bergbäche verwandelten sich in kurzer Zeit in reißende Ströme, die tosend zu Tal stürzten, Steine und Holz und anderes Geröll in großen Mengen mitrissen. Die Katastrophe kam so schnell, daß sich Wanderer und Einwohner vielfach nur mit Mühe und Not retten konnten. Vor den Brücken traten Stauungen ein, die von den Feuerwehren mit Hilfe der Einwohner unter großer Anstrengung und nur unter Einsetzung des Lebens beseitigt werden konnten. An der Bahnlinie nach Bodenbach war das rechte Gleis zwischen Schöna und Niedergrund durch Erd- und Steinmassen gesperrt, während zwischen Niedergrund und Bodenbach das Gleis wegen Unterspülung nicht benutzt werden konnte. Der Bahnbetrieb war daher auf längere Zeit gesperrt. Am schwersten aber wurde die kleine sächsische Grenzgemeinde Schmilka betroffen. Vor der Brücke am Forsthaus staute sich das Wasser, um dann auf der steil abfallenden Straße als reißender Fluß hinunterzuströmen. Die dort liegende Hoffmannmühle wurde bis auf den Felsengrund unterspült, und zahlreiche andere Gebäude sind dem Einsturz nahe. Lange Zeit war die Elbe mit Möbeln und Schleifholz bedeckt. Zwischen zwei Gaststätten in Schmilka hat das Wasser eine breite Mulde von 4 bis 5 Meter gegraben und die weggeschwemmten Erdmassen setzten sich so in der Elbe fest, daß eine kleine Insel entstand. Die erste Hilfe erhielten die bedrohten Einwohner von Schmilka durch die Schandauer Feuerwehr, später traf Reichswehr aus Dresden ein, die dann von Erwerbslosen abgelöst wurde. Alle Helfer haben mit der höchsten Aufopferung gearbeitet, um den Schaden auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die schwer geschädigte Gemeinde bedarf dringend finanzieller Hilfe, wenn sie die schweren Schäden wieder beheben soll. In den Forsten des Postelwitzer Reviers sind ebenfalls schwere Verheerungen eingetreten. In dem von Schmilka etwa 20 Minuten entfernten Herrnskretschen ist ebenfalls großer Schaden angerichtet worden. So hat vor allem die Straße nach dem Prebischtor gelitten und auch die Wege von und zur Edmunsklamm sind teilweise zerstört worden. Es dürfte längere Zeit dauern, bevor die berühmten Bootsfahrten der Edmundsklamm wieder beginnen können.

Finanzielle Hilfe für Schmilka.

Dresden, 7. Juni. (TU.) Der Ministerpräsident hat für die Unwetergeschädigten von Schmilka und Umgegend als erste Hilfeleistung der Amtshauptmannschaft Pirna 3000 M. überwiesen lassen.

Hochwasser in Bayern.

München, 7. Juni. (WTB.) Der Scheitel der Hochwasserwelle der oberen Donau ist gestern vormittag bei einem Pegelstand von 240 Zentimeter in Dillingen angekommen. Damit ist der Scheitel des Hochwassers vom Juli/August 1924 um 14 Zentimeter überschritten. Da die beiderseitigen Donauzuflüsse unterhalb der Lechmündung der Donau keine besonders großen Wassermassen zuführen, wird sich die Donauwelle flußabwärts wesentlich verflachen. Heute früh wurden auch aus dem Oberlauf der Isar und aus dem Tegernseer Gebiet wieder kräftige Niederschläge gemeldet, so daß auch bei der Isar mit einem weiteren Steigen zu rechnen ist.

Die städtische Haushaltsberatung.

Im Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung wird mit Hochdruck an der Fertigstellung der zweiten Lesung des Etats gearbeitet. In diesen Tagen sind bereits eine ganze Reihe von Kapiteln, so die Kapitel der Beamtenbesoldung, der Wohlfahrtspflege, der Arbeitsnachweise, des Gesundheitswesens, der Kapital- und Schuldenverwaltung, der Werke und Unternehmungen, der Vereine usw. in zweiter Lesung abgeschlossen. Die noch ausstehenden Kapitel werden im Laufe dieser Woche zu Ende beraten. Das Ergebnis der langen und sehr eingehenden Beratung des Etats ist, soweit man zurzeit übersehen kann, dahin zusammenzufassen, daß es nötig geworden ist, die durch die starke Arbeitslosigkeit bedingten erheblichen Mehrausgaben sowie eine Reihe von Erhöhungen verschiedener Positionen dadurch wieder auszugleichen, daß an allen Ecken und Enden Abstriche gemacht wurden und die Abgaben der Werke erheblich erhöht worden sind.

Gestern trat deshalb ein Unterausschuß aus je einem Mitglied jeder Fraktion zusammen, um die entscheidenden Beschlüsse über die Gestaltung des Steueretats vorzubereiten. Von allen Seiten, auch von allen bürgerlichen Parteien wurde anerkannt, daß bei der Festsetzung des Etats mit der größten Sparsamkeit vorgegangen ist und daß niemand in der Lage ist, weitere Abstriche zu verantworten. Trotzdem besteht die Notwendigkeit, gegenüber dem jetzigen Stande der kommunalen Steuern eine erhebliche Steuererhöhung vorzunehmen. Die vorhandenen Möglichkeiten konzentrieren sich auf die Grundsteuer, die auf mindestens 200 Proz. gebracht werden muß. Der Kämmerer schlägt vor, diese Erhöhung bei dem endgültigen Steuerverteilungsbeschluß in Kraft treten zu lassen und daneben eine den Wünschen der linken Mehrheit entsprechende neue Steuerordnung mit einer gestaffelten Grundsteuer zu verabschieden und für diese neue sozial gestaffelte Steuerordnung die Genehmigung der Aufsichtsbehörden herbeizuführen. Der Kämmerer besteht auf diesem Weg, weil seiner Meinung nach eine sofortige Verbindung der sozialen Staffelung mit der jetzt notwendigen Verabschiedung des Etats dazu führen würde, daß bis zur endgültigen Genehmigung eines solchen Beschlusses Monate infolge von Verhandlungen mit den Staatsbehörden vergehen würden. Bis dahin würde ein so starker Steuerausfall entstehen, daß der Etat nicht durchgeführt werden könnte. Die Linke ist demgegenüber der Meinung, daß die Grundsteuererhöhung nur möglich ist, wenn sie in gestaffelter Form beschlossen wird. Die endgültige Klärung über diese Steuerfragen wird erst in der nächsten Woche erfolgen können. Man hofft am Dienstag nächster Woche im Plenum die Beratung der zweiten Lesung des Etats zu Ende führen zu können.

Kommunalpolitisch von Interesse ist die Haltung der Deutschnationalen. Sie werden wahrscheinlich in ihrer Mehrheit der sehr sachlichen Haltung ihres Vorsitzenden nicht folgen, schon in der letzten Stadtverordnetenversammlung erfolgte ein ganz unqualifizierbarer Vorstoß des Reichstagsabgeordneten Paeth bei der Beratung des Etats des Arbeitsamts. Die Deutschnationalen sind nicht in der Lage, den Etat zu verbessern, aber sie zeigen keine Lust, sich an der Verantwortung zu beteiligen. Ebenso hat die Wirtschaftspartei, die draußen mit einem erstaunlichen Aufwand von Demagogie Versammlungen ihrer Interessentengruppen veranstaltet, in denen alles heruntergerissen wird, was nicht zur Wirtschaftspartei gehört, auf den Etat selber gar keinen Einfluß genommen. Entweder glänzte sie durch Abwesenheit oder ihr jeweiliger Vertreter schwieg in allen Tonarten. Die Haltung der Kommunistischen Partei gegenüber dem Etat ist wohl noch nicht endgültig geklärt. Es bleibt aber zu hoffen, daß auch die Kommunisten sich endlich nicht mehr der Einsicht verschließen werden, daß man für gemeinsam beschlossene Ausgaben der städtischen Verwaltung, die doch im Interesse der Arbeiterschaft liegen, auch gemeinsam für Deckung sorgen muß.

Am Krankenbette Kutiskers.

Kutiskers Zustand hatte sich seit Freitag verschlimmert. Um die Verhandlung nächstens nicht von Anfang beginnen zu müssen, begaben sich Richter, Staatsanwalt, Protokollführer und Verteidiger in Begleitung des Gerichtsarztes Prof. Strauch in die Wohnung des Angeklagten. Hier fand eine ganz kurze Sitzung statt. Der Beisitzer trat vor die Korridortür und rief: „Sache Kutisker. Angeklagte und Zeugen eintreten." Natürlich war niemand da. Der Vorsitzende stellte fest, daß niemand erschienen sei und eröffnete die Verhandlung. Diese bestand allein in der Mitteilung, daß ein Zeuge in Duisburg noch einmal kommissarisch vernommen werden soll. Kutisker gab dazu seine Einwilligung. Als dann der Vorsitzende erklärte, daß die nächste Sitzung am Donnerstag stattfinden soll, meinte Kutisker dazu: „Was denken Sie sich denn, Donnerstag? Bis dahin bin ich schon tot. Ich habe geträumt und meine Mutter im Traume gesehen. Donnerstag bin ich schon tot." Prof. Strauch versicherte ihn, daß er noch lange leben würde.

Einen entsetzlichen Tod fand gestern nachmittag der auf dem Viehhof angestellte 47jährige städtische Arbeiter Isidor Gurski aus der Dolziger Str. 8. Beim Aufhalten eines durchgehenden Gespannes auf dem Viehhof Eldenaerstraße wurde G. gegen eine Stallwand gedrückt und so schwer verletzt, daß der Tod bereits auf dem Wege zur Rettungsstelle eintrat.

Kontrolliert die Wählerlisten zum Volksentscheid!

Achtet auch auf die Wahlberechtigung anderer!

Bei der Auslegung der Stimmlisten und ihrer Kontrolle kommt es nicht nur darauf an, daß jeder Wahlberechtigte für seine Person Einsicht nimmt, um festzustellen, ob er in der Wählerliste eingetragen ist. Wichtig ist vielmehr auch, festzustellen, ob jemand, der noch eingetragen ist, nicht mehr in der Lage ist, an diesem Ort seine Stimme abzugeben. Das gilt z. B. für Verzogene oder auch für Verstorbene. Bevor die amtliche Meldung über derartige Vorgänge zum zuständigen Wahlamt kommt, vergeht eine gewisse Zeit. Mitunter gehen auch derartige Meldungen verloren. Diese Personen sind dann wieder in der neuaufgestellten Liste von den einzelnen Wahlämtern vermerkt und werden bei der Feststellung der Gesamtzahl der Wahlberechtigten mitgezählt. Diese Gesamtzahl ist aber bei dem Volksentscheid wichtig, da mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten für das Gesetz stimmen muß, um den Erfolg zu sichern. In der oben angedeuteten Weise aber können eventuell Personen mitgezählt werden, die nicht mehr wahlberechtigt sind und trotzdem dadurch noch das Gesamtergebnis beeinflussen. Jeder prüfe deshalb, ob ein in den letzten Monaten in seinem Wohnbezirk Verstorbener oder auch beispielsweise aus dem Bezirk Verzogener, z. B. eine Hausangestellte, irrtümlich noch in der Wählerliste verzeichnet ist, und erhebe in solchen Fällen sofort bei der Auslegung Einspruch. Das gebietet die Pflicht zur Rechtlichkeit.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin (Nachdr. verb.) Weiterhin ziemlich warm bei stärkerer Bewölkung und fortdauernde Gewitterneigung. — **Für Deutschland:** Ueberall weiterhin ziemlich warm und stärker bewölkt mit strichweisen Gewitterschauern.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Bezirksarbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Lehrer. Versammlung am Dienstag, 8. Juni, 7 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Tr. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Rechtsanwalt Dr. Bendix über „Justizreform und Dienststrafrecht".

Genossen und Genossinnen, verteilt die Frauenstimme!

Ab Dienstagabend in allen Verteilungsstellen!

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

Achtung, Elternbeiratswahl!

1. **Einsprüche** gegen die Wahl sind binnen 2 Wochen, also bis **spätestens 20. Juni**, zu richten an das **Provinzial-Schulkollegium zu Berlin-Lichterfelde.**

2. Alle Schulen, an denen Einspruch erhoben wird und alle Schulen, an denen unsere Liste für ungültig erklärt wurde, entsenden den Obmann bzw. Vertreter zu einer Sitzung am Freitag, den 11. Juni, **pünktlich** 7 Uhr, Lindenstr. 3, Jugendheim, II. Hof, 3 Treppen links.

3. Im Anschluß **Zentralarbeitsausschußsitzung**, in der jeder Kreis vertreten sein muß.

4. **Sprechstunde** für Elternbeiratsangelegenheiten Freitags von 6 bis 7 Uhr im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, II. Hof l. 2 Trp.

Achtung, Parteigenossen! Von der von Paul Kampffmeyer verfaßten Broschüre: **„Wilhelm Liebknecht, der Soldat der Revolution"** sind noch einige Tausend Exemplare zum Preise von 10 Pfennig pro Stück in unserem Bureau erhältlich. — Die Abteilungskassierer werden gebeten, die Bestellungen in den Abteilungen zu sammeln.

I. A.: Alex Pagels.

•

6. **Kreis Friedrichshain.** Mittwoch, 9. Juni, abends 6½ Uhr, außerordentliche Bezirksversammlung im Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal. Einlaßkarten ab 6¼ Uhr beim Genossen Fischer, Eingang Spandauer Straße.
9. **Kreis Wilmersdorf.** Abteilungsleiter! Handzettel und Plakate für die Kundgebungen am 11. Juni bei Kraiha, Holsteinische Str. 60, abholen.

Heute, Dienstag, den 8. Juni:

5. **Abt.** Alle Mitglieder treffen sich zur Beteiligung am Reichsbannerumzug abends 7 Uhr am Bülowplatz.
38. **Abt.** 7½ Uhr bei Bartusch, Friedenstr. 88, Funktionärsitzung. Bezirksführer und Schulobleute müssen unbedingt erscheinen.
43. **Abt.** 7½ Uhr bei Reim, Urbanstr. 29, Sitzung der Elternbeiräte und Kandidaten. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen unbedingt erforderlich.
85. **Abt. Tempelhof.** Heute abend 8 Uhr treffen sich alle Genossen in der „Linde", Werder-, Ecke Friedrich-Karl-Straße. (Nicht bei Schlaginsky.) — Alle Mann an Bord.
97. **Abt. Neukölln.** 7 Uhr bei Rohr, Siegfriedstr. 28/29, wichtige Funktionärsitzung. Alle Funktionäre, auch die Teilnehmer an der Landagitation müssen erscheinen.

Jungsozialisten. Gruppe Süden. Heute 8 Uhr in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, gemeinsame Zusammenkunft mit der SAJ., Gruppe Südwesten. Vortrag: „Die deutsche Reichsverfassung". Referent Genosse Kuhn. Gäste willkommen.

Mittwoch, den 9. Juni:

Mitgliederversammlungen und Zahlabende:

Tagesordnung:

Volksentscheid ist Volksgericht!

Für das Volk — gegen die Fürsten!

1. **Abt.** 7½ Uhr Schulaula Auguststr. 68. Referent Otto Fiska.
2. **Abt.** 8 Uhr bei Ohngemach, Kommandantenstr. 88. Referent Martin Stein.
3. **Abt.** Die Mitgliederversammlung fällt aus. Dafür am Freitag, 11. Juni, 7½ Uhr, große Kundgebung im Gewerkschaftshaus zugunsten des Volksentscheids. Die Bezirksführer sind verpflichtet, für diese Kundgebung von Haus zu Haus zu werben.
4. **Abt.** 7½ Uhr in der 5. Oberrealschule, Kleine Frankfurter Str. 6. Referent Franz Konke.
5. **Abt.** Die Genossinnen und Genossen haben sich restlos an der öffentlichen Versammlung im Reichskasino, Neue Königstr. 26, einzufinden.
6. **Abt.** 7½ Uhr bei Büttner, Schwedter Str. 23, Vortrag: „Die Auswirkung des Generalstreiks in England". Referent Viktor Schiff.
7. **Abt.** 7½ Uhr in Köhlers Festsälen, Tieckstr. 24. Referent Robert Breuer.
8. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende: Rickert, Steinmetzstr. 8a; Seiler, Steinmetzstraße 29; Meyer, Lützowstr. 7. Freunde und Bekannte sind mitzubringen.
9. **Abt.** 8½ Uhr in Artushof, Perleberger Str. 29. Referent Bernhard Göring. Alle Genossen, Freunde und Bekannte sowie „Vorwärts"-Leser sind eingeladen.
10. **Abt.** 7½ Uhr in der Schulaula Alt-Moabit 23. Referent Dr. Oettlinger.
11. **Abt.** 7½ Uhr bei Berger, Levetzowstr. 21, Mitgliederversammlung.
12. **Abt.** 7½ Uhr bei Schmidt, Wiclefstr. 17. Referent Emil Lübke.
13. **Abt.** 7½ Uhr im Artushof, Perleberger Str. 29, Vortrag: „Deutschlands Außenpolitik". Referent Wolfgang Schwarz.
14. **Abt.** 8 Uhr Zahlabende bei Gottschaldt, Stark und Bonk.
15. **Abt.** 7½ Uhr bei Goldbach, Vinetaplatz 7. Referent Pfarrer Bleier. Gäste und „Vorwärts"-Leser sind eingeladen.
16. **Abt.** 8 Uhr gemeinschaftlicher Zahlabend bei Leuschner, Ackerstr. 110.
17. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende bei Gerth, Tegeler Str. 50; Uhnehmer, Triftstraße 49; Schreiber, Triftstr. 63.
18. **Abt.** 7½ Uhr Schulaula Pankstr. 17 Werbeversammlung. Referent Hans Gottfurcht.
19. **Abt.** 7½ Uhr in der Aula der Grauen Schule, Gothenburger Str. 2. Referent Dr. Siegfried Weinberg. Alle Genossinnen und Genossen müssen erscheinen. „Vorwärts"-Leser und Sympathisierende sind herzlichst eingeladen.
20. **Abt.** 7½ Uhr bei Wende, Koloniestr. 15. Referent Stadtrat Hermes. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, herzlich willkommen.
21. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende. Bezirke 746, 757, 790 bei Schrepel, Antonstraße 8. Bezirke 782, 783, 787, 788, 789 bei Kroll, Utrechter Str. 21. Referentin Genossin Krüger. Bezirke 784, 785, 786 bei Ulbrich, Malplaquetstraße. Referent Stadtverordneter Fritz Drews. Bezirke 790, 792 bei Dammer, Schulstr. 24. Referent Genosse Klein. Bezirke 791, 793, 794, 796, 797 bei Schulz, Adolfstr. 12. Referent Karl Klinge. Thema: „Der Volksentscheid". „Vorwärts"-Leser sind besonders eingeladen. Schreibgewandte und arbeitslose Genossen melden sich beim Genossen Kroll, Utrechter Straße 21.
22. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende: Schulz, Fehmarnstr. 1; Radzan, Brüsseler Straße 43; Herm, Müllerstr. 26.
23. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende bei Lewandowski, Seestr. 104. Referent Genosse Großmann; Zietze, Barfusstr. 9; Referent: Genosse Mäcke; Taube, Müllerstraße 62.
24. **Abt.** 7½ Uhr gemeinsamer Zahlabend aller Gruppen zusammen mit der 29. Abt. im Altersheim Danziger Str. 62. Gäste willkommen.
25. **Abt.** Die Zahlabende fallen in diesem Monat aus.
26. **Abt.** 7½ Uhr bei Beinlich, Weißenburger Str. 1. Vortrag: „Republik oder Monarchie?" Referent Dr. Max Schütte.
27. **Abt.** 7½ Uhr in den Schönhauser Festsälen, Schönhauser Allee 129. Referent Ernst Ruben. Gäste und „Vorwärts"-Leser sind eingeladen.
28. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende für alle Bezirke in den bekannten Bezirkslokalen.
29. **Abt.** 7½ Uhr im Altersheim, Danziger Str. 62. Referent Bernhard Krüger. Gäste können eingeführt werden.
30. **Abt.** 7½ Uhr im Ledigenheim, Pappelallee 15. Referent Dr. Julius Moses, M. d. R.
31. **Abt.** 7½ Uhr in der Aula Schönfließer Str. 7. Referent Max Kreuziger. „Vorwärts"-Leser und Gäste sind eingeladen.
32. **Abt.** Der Gruppenzahlabend wird mit Rücksicht auf die am Freitag, den 11. Juni, stattfindende öffentliche Kundgebung auf Mittwoch, den 16. Juni, verlegt. Alle Mitglieder beteiligen sich an der öffentlichen Versammlung in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 36a.
33. **Abt.** 7½ Uhr in der Schulaula Hohenlohestr. 10. Referent Stadtverordneter Adolf Hoffmann.
34. **Abt.** 7½ Uhr in den Commeniussälen, Memeler Str. 67, Werbeversammlung. Referentin Regierungsrätin Hedwig Wachenheim. Gäste und „Vorwärts"-Leser sind eingeladen.
36. **Abt.** 6½ Uhr bei Busch, Tilsiter Str. 27, wichtige Funktionärsitzung. 7½ Uhr Zahlabende in den bekannten Lokalen.

Volksentscheid ist Volksgericht!

Unter dieser Parole veranstaltet die Berliner Sozialdemokratie eine Demonstration im Lustgarten am Montag, den 14. Juni, abds. 7 Uhr.

Rüstet zur Abrechnung mit den Fürsten.

37. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende. 1. Bezirk bei Senke, Obertaustr. 7. 2. und 3. Bezirk bei Jerasch, Obertaustr. 10. 4. bis 6. Bezirk bei Köhler, Matternstraße 14. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, restlos zu erscheinen, da wichtige Tagesordnung.
38. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende. Bezirk 153 bei Gohlke, Friedrichsberger Str. 6. Bezirke 185, 186, 187, 188 und 195 bei Mogwitz, Barnimstr. 18. Vortrag aus der Reichsversicherungsordnung. Referent Genosse Reichardt. Die übrigen Bezirke in den bekannten Lokalen. Thema: „Volksentscheid".
39. **Abt.** 7½ Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3. Referentin Liesbeth Riedger: „Die Schule und der Sozialismus".
40. **Abt.** 7½ Uhr im Restaurant „Zum Kreuzberg", Kreuzberg-, Ecke Möckernstraße.
41. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende: Simon, Belle-Alliance-Str. 80; Schuster, Chamissoplatz 4; Luke, Bergmannstr. 93; Mende, Gneisenaustr. 6.
42. **Abt.** 8 Uhr Zahlabende: Wiersdorff, Urbanstr. 4; Vogler, Mittenwalder Straße 16; Gerhack, Willibald-Alexis-Str. 5; Buhr, Blücherstr. 38; Höhlke, Bergmannstr. 69. Ohne Grund darf kein Genosse fehlen.
43. **Abt.** 7½ Uhr in Rabes Festsälen, Fichtestr. 29. Referent Stadtrat Willi Külsener. Gäste sind eingeladen. Die Einzelzahlabende fallen aus.
44. **Abt.** 7½ Uhr in der Schulaula Reichenberger Str. 44/45. Referent: Rechtsanwalt Dr. Theodor Lichauer.
46. **Abt.** 7½ Uhr bei Burchardt, Görlitzer Str. 52. Referent Franz von Puttkamer. Wir erwarten vollzähliges Erscheinen.
47. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende: Stadtbezirke 82, 83: Timpe, Adalbertstr. 17; 97: Lier, Naunynstr. 9; 98, 99: Siebentopf, Muskauer Str. 35; 100—102: Schweikardt Nachf., Köpenicker Str. 166; 103—106: Lehmann, Muskauer Straße 1. Thema: „Volksentscheid".
48. **Abt.** 8 Uhr in Gilesings Festsälen, Wassertorstr. 68, Mitgliederversammlung. Stellungnahme zum Volksentscheid.

Charlottenburg. 51. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende: 1. Gruppe bei Schellbach, Königin-Elisabeth-Str. 8. Vortrag: „Die Aufwertung der Spargutsaben und die Fürstenabfindung". Referent Direktor Helmuth Lehmann. 2. Gruppe bei Scheidthauer, Sophie-Charlotte-Str. 24. 3. Gruppe bei Dörre, Dankelmannstr. 18. — 52. **Abt.** 8 Uhr bei Büttner, Kaiserin-Augusta-Allee 81. Wir erwarten vollzähliges Erscheinen. — 54. **Abt.** 7½ Uhr Abteilungsversammlung. Tagesordnung: „Wahlarbeiten". — 55. **Abt.** 7½ Uhr bei Reimer, Wilmersdorfer Str. 21. Referent Stadtrat Schlichting. Thema: „Republik oder Monarchie?" Gäste willkommen. Wir erwarten zahlreiche Beteiligung. — 57. **Abt.** 7½ Uhr Gemeinsamer Zahlabend bei Arndt, Kantstr. 51. Referent Josef Ernst. „Vorwärts"-Leser und Gäste willkommen.
67. **Abt. Grunewald.** 8 Uhr bei Grucza, Hubertusbader Str. 8. Tagesordnung: „Vorarbeiten zum Volksentscheid". Berichte und Geschäftliches. Die Bezirks- und Straßenführer laden bestimmt dazu ein.
68. **Abt. Halensee.** 8 Uhr Zahlabend bei Sandmann, Westfälische Str. 42. Referent Willi Großmann. Erscheinen ist Pflicht.

Wilmersdorf. 69. **Abt.** 8 Uhr im Turnerheim, Württembergische Str. 54. Referent Adolf Hirsch. — 70. **Abt.** 8 Uhr bei Kraiha, Holsteinische Str. 60. Referent Stadtrat Walter Friedländer. — 71. **Abt.** 8 Uhr bei Jonas, Durlacher Straße, Ecke Bruchsaler Straße. Referent Dr. Karl Gerth. — 72. **Abt.** 7½ Uhr bei Schäfer, Augustastr. 81, Mitgliederversammlung.
73. **Abt. Schmargendorf.** 8 Uhr in der Gemeindeschule, Friedrichshaller Straße. Vortrag: „Vorarbeiten zum Volksentscheid". Der Vorstand und die Funktionäre tagen bereits um 7 Uhr dortselbst. Bezirksführer laden ein.
74. **Abt. Zehlendorf.** 8 Uhr bei Micklen, Potsdamer Str. 23. Genossen! Die Kommunistische Partei hat in Zehlendorf Plakate angeschlagen, in denen wir aufgefordert werden, einen Redner zu ihrer Versammlung zu stellen. Diese Plakate tragen die Unterschrift: Einheitskomitee. Uns ist ein Einheitskomitee nicht bekannt, auch halten wir unsere eigenen Versammlungen ab, welche rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Schöneberg. 77. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende, 1. Bezirk: Wilde, Rossendorfstr. 16. Einteilung der Wahlarbeiten. 2. Bezirk: Jürgens, Barbarossastr. 5a. Vortrag: Dr. Alfred Korach. 3. Bezirk: Zeugner, Grunewaldstr. 56. Vortrag: „Justizreform". Referent Dr. Bendig. 4. Bezirk: Will, Martin-Luther-Str. 69. Vortrag des Genossen Wildberg. — 78. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabend in allen vier Bezirken in den bekannten Lokalen. Erscheinen unbedingt erforderlich. Die Jugendgenossen müssen ebenfalls erscheinen. —
79. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende. Bezirke 4—6: Groß, Sedanstr. 17. Referent Viktor Krüger. Bezirk Siedlung Lindenhof: Achtenhagen, Röblingstraße. Alle Genossen müssen erscheinen.
81. **Abt. Friedenau.** 8 Uhr Zahlabende. 1.—3. Bezirk: Klabe, Handjerystr. 60/61. 4.—6. Bezirk: Baginski, Taunusstr. 7. Politische Aussprache.
82. **Abt. Steglitz.** 7½ Uhr Zahlabende in den bekannten Lokalen. Erscheinen ist Pflicht.
83. **Abt. Lichterfelde.** Alle Genossen von Lichterfelde-Ost und -Süd treffen sich abends 8 Uhr bei Brettschneider, Berliner Str. 128b. Vortrag: „Der Ursprung der Kultur und Religion". Referent Genosse Matthias. Gäste willkommen.
84. **Abt. Lankwitz.** 8 Uhr bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 29/31. Referent Hans Weymod.
85. **Abt. Tempelhof.** 8 Uhr Zahlabende. 3. und 4. Bezirk: Zur Linde, Werder-, Ecke Friedrich-Karl-Straße. 1. Bezirk: Wendt, Borussiastr. 71. 7. Bezirk: Haupelt, Gottlieb-Dunkel-Str. 11.
86. **Abt. Mariendorf.** 8 Uhr in der Schulaula Königstraße. Referent Polizeioberst a. D. Schützinger.
87. **Abt. Marienfelde.** 8 Uhr bei Schuster, Königstr. 68. Gäste willkommen.

Neukölln. 88. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende, 1. bis 5. Bezirk bei Brose, Sanderstraße 10; Bezirke 6, 11, 12 bei Gläser, Pannier-, Ecke Pflügerstraße; 7., 10., 18., 19. Bezirk bei Fischer, Hobrechtstr. 64. Referent Erich Froenkel. — 90. **Abt.** 7½ Uhr Mitgliederversammlungen in folgenden Lokalen: 13. Bezirk bei Rüdiger, Lohmühlenstr. 36; 15. und 26. Bezirk bei Jahn, Fuldastr. 45; 16. und 25. Bezirk bei Janicke, Jansastr. 11; 17. und 24. Bezirk bei Lehmann, Treß-, Ecke Weserstraße; 22., 23. und 36. Bezirk bei Schittler, Weichselstr. 5; 34. und 42. Bezirk bei Kleistner, Münchener Str. 58; 35. Bezirk im Ideal-Kasino, Weichselstr. 8. — 91. **Abt.** 7½ Uhr im Restaurant Bergschloßhöhe, Karlsgartenstr. 6—11. Referent Regierungsrat Otto Albrecht. — 92. **Abt.** Zahlabende halten ab die Bezirke 14, 29, 30 bei Gauter, Harzer Str. 68; Bezirke 27, 32, 28 bei Ewald, Elbestr. 32, Ecke Weserstraße; Bezirke 31, 44, 45, 55 bei Wolff, Kaiser-Friedrich-Str. 173, Ecke Roseggerstraße; Bezirke 46, 47, 59 bei Dehn, Richardstr. 108; Bezirke 72, 73 bei Schneider, Rosenstr. 7. In allen Zahlabenden neben Vorträgen sehr wichtige Mitteilungen betr. Volksentscheid, weshalb Erscheinen aller Mitglieder unerläßliche Pflicht. — 93. **Abt.** Die Zahlabende fallen aus und finden am 16. Juni statt. — 94. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende. 51., 52., 68., 76. Bezirk bei Schröder, Steinmetzstr. 52. Referent Karl Litke. Bezirke 64, 65, 66, 67, 77, 78 im Lokal Günther, Schillerpromenade 11. Die Bezirksführer und der Abteilungsvorstand treffen sich bereits um 6¾ Uhr pünktlich bei Schröder, Steinmetzstr. 52. — 95. **Abt.** 7½ Uhr bei Grieger, Lessingstr. 9. Referent Dr. Alfred Freund. Gäste und Sympathisierende sind eingeladen. — 96. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende. Bezirke 86 und 100 bei Müller, Thüringer Str. 5. Referent Richard Krille. Bezirke 101, 102 und 103 bei Allmer, Noackstr. 56. Referent August Heitmann. Bezirke 80, 87 und 88 bei Lübben, Thomasstr. 5. Referent Genosse Brinkmann. Bezirke 93 und 94 bei Frenkel, Schierke-, Ecke Bodestraße. — 97. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende. Bezirke 79, 89, 92 bei Kunkel, Leinestr. 1; Bezirke 90, 91 bei Helmke, Warthestr. 46; Bezirke 104, 105 und 106 bei Krüger, Emser Str. 86—87. Referent Emil Reischlek. — 98. **Abt.** 7½ Uhr bei Teich, Kanefeher-, Ecke Bendastraße.
103. **Abt. Oberschöneweide.** 7½ Uhr bei Imberg, Wilhelminenhofstr. 84. Es ist dringend erforderlich, daß alle Genossen erscheinen. Gäste und Vorwärtsleser sind eingeladen.
106. **Abt. Johannisthal.** 7½ Uhr bei Schreiner, Friedrichstr. 6. Referent Wilhelm Lanbe.
108. **Abt. Köpenick.** 8 Uhr Zahlabende. Köllnische Vorstadt bei Stippekohl, Schönerlinder Str. 5; Kietz-Vorstadt bei Fiebach, Müggelheimer Straße; Dammvorstadt bei Schulze, Bahnhofstraße. Wichtige Tagesordnung. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.
110. **Abt. Grünau.** 8 Uhr bei Werner, Köpenicker Str. 125. Referentin Margarete Schenkalowski. Vorwärtsleser und Sympathisierende sind eingeladen.
111. **Abt. Bohnsdorf.** 8 Uhr bei Hegmann, Waltersdorfer Straße, Zahlabend.

Lichtenberg. 114. **Abt.** 7½ Uhr bei Birdeck, Krossener Str. 14. Referent Hans Plettner. — 115. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabende. 1. Gruppe bei Gonell, Scharnweber-, Ecke Jungstraße; 2. Gruppe bei Lobann, Jung-, Ecke Oderstraße; 3. Gruppe bei Radtke, Müggel-, Ecke Scharnweberstraße; 4. Bezirk bei Geipke, Scharnweber-, Ecke Kronprinzenstraße. — 116. **Abt.** 7½ Uhr Schule Markstr. 10—11. Referent Dr. Siegmund Kallmann. — 118. **Abt.** 7½ Uhr bei Tempel, Gudrunstr. 7. Referent Erich Kuttner, M. d. L. — 119. **Abt.** 6½ Uhr bei Mene, Möllendorff-, Ecke Ritterqutstraße. Abholen der Flugblätter und Handzettel. Um 7½ Uhr im Cäcilien-Lyzeum, Rathausstraße, Zahlabend. Vortrag: „Wege zur Förderung des internationalen Gedankens und der Volksentscheid". Referent Genosse Floerke.
121. **Abt. Karlshorst.** 7½ Uhr im Restaurant Fürstenhaus, an der Rennbahn Treskowstraße. Referent Genosse Rogge.
122. **Abt. Biesdorf.** 7½ Uhr bei Porath, Marzahner Str. 31. Wichtige Tagesordnung.
123. **Abt. Kaulsdorf.** 8 Uhr bei Pech, Hönower Str. 5. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.
125. **Abt. Weißensee.** 8 Uhr bei Gallas, Lehderstraße, wichtige Funktionärsitzung.
128./130. **Abt. Pankow.** 7½ Uhr Zahlabende. 1. Gruppe bei Magerowitsch, Kaiser-Friedrich-, Ecke Berliner Straße; 2. Gruppe bei Mechs, Berliner Straße, Ecke Lindenpromenade; 3. Gruppe bei Dreger, Kissingenstr. 4; 4., 5., 7. Gruppe im Jugendheim Breite Str. 32; 6. Gruppe bei Neumann, Mendelstr. 17; 8., 9. Gruppe bei Dohnke, Wollankstr. 31.

Heinersdorf. 8 Uhr bei Raddatz, Heinersdorf, Thinistr. 65. Referent Stadtrat Eugen Rosemann.
131. **Abt. Niederschönhausen.** 8 Uhr im Restaurant Wilhelmshof, Kaiser-Wilhelm-Straße. Referentin Gertrud Hanna, M. d. L.
132. **Abt. Blankenburg.** 8 Uhr bei Klug, Dorfstr. 2. Referent Genosse Krausner, M. d. L.
135. **Abt. Karow.** 8 Uhr Zahlabend bei Kliz, Bankgrafenstr. 3. Die Sammellisten müssen abgerechnet werden.
136. **Abt. Reinickendorf-Ost.** 7½ Uhr im Restaurant Meßner, Kastanienwäldchen, Residenzstr. 109, Ecke Pankower Allee. Vortrag des Genossen Dr. Fritz Schloß: „Wirtschaftliches und Soziales". Gäste können durch Genossen eingeführt werden. Alle Genossen und Genossinnen müssen wegen der wichtigen Tagesordnung erscheinen.
137. **Abt. Reinickendorf-West.** 7½ Uhr gemeinsamer Zahlabend für alle Bezirke im Volkshaus Scharnweberstr. 114. Vorarbeiten für den Volksentscheid.
138. **Abt. Hermsdorf.** 8 Uhr im Lokal Bellevue Mitgliederversammlung. Erscheinen unbedingt erforderlich. Wichtige Tagesordnung.
139. **Abt. Tegel.** 8 Uhr im Lokal Otto Schobe, Berliner Str. 17, Ecke Veitstraße. Vortrag: Arno Scholz. Vorbereitungen zum Volksentscheid.
140. **Abt. Borsigwalde.** 7½ Uhr Zahlabend bei Woltschack, Ernststr. 1. Referent Paul Brendel. Jedes Mitglied hat einen Gast mitzubringen.

Abt. 140a. Wittenau. 8 Uhr bei Schulz, am Bahnhof. Vortrag „Kommunalpolitik". Referent Genosse Schäfer.
141. **Abt. Rosenthal.** 7½ Uhr im Lokal Deutschmann, Hauptstr. 1. Referent Stadtverordneter Gustav Hädicke. Vorwärtsleser, Freunde, Bekannte und Sympathisierende sind mitzubringen.

Wildau. 8 Uhr Zahlabend bei Thüring.

•

Jungsozialisten. Gruppe Lichtenberg: Dienstag, den 8. Juni, im Jugendheim Parkaue 18. 1. Arbeitsgemeinschaft über „Jugend und Partei".

Frauenveranstaltung am Dienstag, den 8. Juni:

25. **Abt.** Der Frauenabend findet nicht bei Peikke, sondern bei Tiedtke, Barfusstr. 9, statt.

Frauenveranstaltung am Donnerstag, den 10. Juni:

9. **Abt.** Nachmittags 3½ Uhr im Spreeeck (früher Kissenmacher), gemütliches Beisammensein. Kinderbelustigungen. Gäste aus anderen Abteilungen sind herzlichst eingeladen.

Jubiläen, Geburtstage usw.

Der Genosse **Franz Schulze**, Schwertfegermeister, Bornholmer Str. 85, seit 1881 politisch organisiert, 81. Abteilung, begeht am 12. Juni seinen 60. Geburtstag.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

42. **Abt.** Am 4. Juni verstarb nach kurzer Krankheit unser Genosse, der Hutmacher **Emil Wiese** im 82. Lebensjahre. Einäscherung Mittwoch, den 9. Juni, abends 8 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Zahlreiche Beteiligung erwartet die Abteilungsleitung.

79. **Abt. Schöneberg, Siedlung Lindenhof.** Am 3. Juni verstarb unsere Genossin **Elisabeth Krukow** nach langem schweren Leiden. Einäscherung heute, Dienstag, den 8. Juni, nachmittags 3½ Uhr, im Krematorium Wilmersdorf. Rege Beteiligung wird erwartet. Zusammenkunft bei Groß, Sedanstr. 17, nachmittags um 4½ Uhr.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Zeltscheine können noch bis Mittwoch, 9. Juni, im Jugendsekretariat bestellt werden.

Amsterdamfahrer! Vom Fahrgeld der Rückfahrt Osnabrück—Berlin steht ein kleiner Betrag im Sekretariat zu eurer Verfügung. Abholen bis 15. Juni.

Achtung, Photographen! Die von euch angefertigten Bilder werden dringend vom Bezirksvorstand benötigt. Sofort Abzüge einsenden.

Heute, Dienstag, den 8. Juni, abends 7½ Uhr:

Gesundbrunnen: Schule Gothenburger Str. 2. Lichtbildervortrag: „Die Mark Brandenburg". — **Wedding-Nord:** Schule Müllerstr. 48, part. Vortrag: „Jugend und Rauschgifte". — **Norden** I: Jugendheim Danziger Str. 62. Aussprache über „Unser Wandern". — **Schönhauser Vorstadt** I: Schule Driesener Straße 22. Vortrag: „Goethes Faust". — **Senefelder-Viertel:** Schule Eberswalder Str. 10. Vortrag: „Soziales Wandern". — **Südwest:** Juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3. Gemeinsamer Abend mit den Jungsozialisten. — **Schöneberg** II: Jugendheim Hauptstr. 15. Vortrag „Sozialismus und Kirche". — **Mariendorf:** Alte Schule, Dorfstr. 7. Vortrag: „Die Arbeiterjugendbewegung". — **Steglitz** I: Jugendheim Albrechtstr. 47. Vortrag: „Der Jugendliche in der Berufsschule". — **Neukölln** III: Schule Weisestraße, Zimmer 7. Bericht von Amsterdam. — **Reinickendorf-Ost:** Seebad Residenzstr. 46. Vortrag: „Volksentscheid und Fürstenabfindung". — **Reinickendorf-West:** Jugendhaus in der Seidelstraße. Vortrag: „Volksentscheid". — **Buchholz:** Lokal von Rosack, Hauptstr. 71. Vortrag: „Unterm Sozialistengesetz". — **Niederschönhausen:** Schule Blankenburger Str. 69—70. Vortrag: „Ursprung der Religion und des Gottesglaubens".

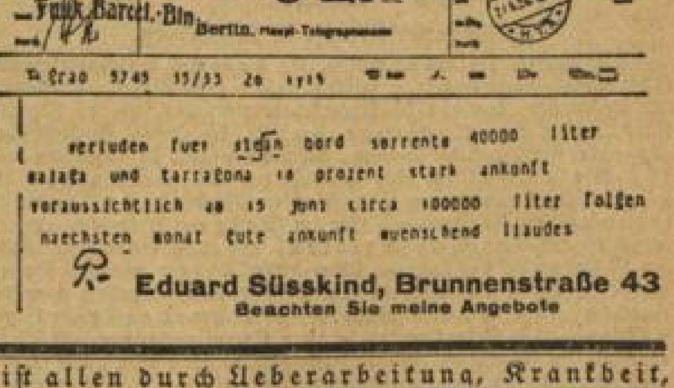
Neukölln V: Am 15. Juni Vortrag über „Entwicklung der Baukunst".

HAG

Das Alkaloid des Kaffees, das Coffein, geht wie alle Alkaloide, die durch die Nieren ausgeschieden werden, auch in die Milch über und ist in derselben chemisch nachweisbar. Demnach erhält der Säugling bereits mit der Muttermilch das nervenerregende Alkaloid, und da wundern sich dann die Mütter, wenn das arme Wesen schreit, nicht schlafen will und an Verstopfung leidet.

Dr. H. F. Nicolai, Neisse

Voranzeige!



Eduard Süsskind, Brunnenstraße 43

Beachten Sie meine Angebote

Nehmen Sie Biomalz

wenn Sie Ihre Gesundheit und ein gutes, blühendes Aussehen erhalten wollen. Ihre Nerven erholen sich. Ihre Arbeitskraft hebt sich. Sie leisten mehr in Ihrem Beruf. Biomalz kräftigt und erfrischt den ganzen Körper ungemein. Schlaffe, welke Züge verschwinden,

die Gesichtsfarbe wird frischer

und rosiger, der Teint reiner. Bei mageren, in der Ernährung heruntergekommenen Personen macht sich eine Hebung des Appetits, des Gewichts und infolgedessen eine mäßige Rundung der Formen bemerkbar, ohne daß **überflüssiger und lästiger Fettansatz die Schönheit der Formen beeinträchtigt**

Biomalz ist allen durch Ueberarbeitung, Krankheit, Nervosität geschwächten Personen zu empfehlen. Von Professoren und Aerzten glänzend begutachtet.

Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis einer Dose 1,90 Mk., mit Eisen (zur Stärkung für Blutarme und Bleichsüchtige) 2,20 Mk., mit Kalk extra (zur Stärkung für Lungenleidende) 2,50 Mk., mit Lebertran 2,50 Mk., mit Lecithin 5.— Mk. Man verlange nur das echte Biomalz, nichts anderes, angeblich „Ebensogutes". Achte genau auf das Etikett. Druckschriften versenden wir auf Wunsch umsonst und postfrei.

Biomalz-Schokolade, je 100-Gramm-Tafel 60 Pf. und **Biomalz-Bonbons,** bestes Linderungsmittel bei Husten und Heiserkeit, vorzüglicher Geschmack, je Beutel 30 Pf., Dose 50 Pf.

Gebr. Patermann, Teltow-Berlin 10.

Arbeiter-Sport

Der Reichsarbeitersporttag.

Und die Werbewoche des Berliner Arbeitersports.

Alljährlich veranstaltet die „Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege" im ganzen Reiche einen Werbetag, der sich in vielen Bezirken zu einer Werbewoche erweitert hat. In diesem Jahre findet die Veranstaltung in der Woche vom 6. bis 13. Juni statt. Sie soll der Oeffentlichkeit ein anschauliches Bild von den Bestrebungen der Arbeitersportvereine und der mit ihnen in den Ortskartellen vereinigten, sonstigen sozialistischen Kulturorganisationen geben. Gleichzeitig soll sie aber auch eine Demonstration für den Arbeiterkulturgedanken sein und von der Stärke dieser Bewegung Kunde geben.

Der „Rast" der Berliner Arbeitersport- und Kulturorganisationen am 13. Juni im Stadion Grunewald verspricht einen guten Verlauf zu nehmen; die Zuschauer werden einen gewaltigen Aufmarsch aller Arbeitersportler erleben. Die Rennfahrer des Arbeiterradfahrerbundes „Solidarität" bestreiten ein gutes Programm. Außerdem wird ein 96er-Reigen und ein Rasenradballspiel gezeigt werden. Alle übrigen Organisationen wollen ihr bestes hergeben, um einen Ausschnitt aus ihrem Uebungsbetrieb zu zeigen, die Zuschauer sollen Gelegenheit haben, sich von der Vielseitigkeit des Arbeitersports zu überzeugen. Die Anhänger des Fußballspiels bekommen ein Städtespiel „Berlin gegen Chemnitz" zu sehen, während die Anhänger der schwimmerischen Vorführungen ein Wasserballspiel „Leipzig gegen Berlin" beobachten können. In der Leichtathletik werden vornehmlich die großen Stafetten 10mal 300 und 20mal 300 Meter interessieren. Von den Schwerathleten wird Ringen und Jiu-Jitsu gezeigt. Der „Deutsche Arbeitertheaterbund" tritt erstmalig beim „Rast" vor die Oeffentlichkeit. Geräteturnen und rhythmische Massenübungen der Turnerinnen gehören mit zum Programm. Im Ehrenhof des Stadions befindet sich außerdem die Ausstellung der Arbeiterkulturorganisationen.

So wird der Reichsarbeitersporttag 1926 an Vielseitigkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

*

Diesem großen Abschlußtag geht eine Werbewoche voraus, in der die in den einzelnen Verwaltungsbezirken organisatorisch zusammengefaßten Sport- und Kulturvereine auf Straßen und Plätzen für ihren Gedanken werben sollen. Im Bezirk Kreuzberg hat das Kartell ein achtseitiges Propagandaheft herausgegeben, das neben der Aufzählung aller Werbeveranstaltungen auch die Adressen aller Vereine des Bezirks enthält. In Charlottenburg zeigen heute, am Dienstag, um 6 Uhr die Schwimmer im Lietzensee ihre Künste, am Donnerstag und am Freitag wird der Friedrich-Karl-Platz die Stätte turnerischer und leichtathletischer Vorführungen sein. Die Neuköllner Sportgenossen haben für alle Tage in der Woche ihre Vorbereitungen getroffen, so daß vom 6. bis zum 13. Juni Neukölln im Zeichen des Arbeitersportes stehen wird. Im Bezirk Tiergarten werden am Sonnabend vor dem „Rast" die Vereine eine gemeinsame Kundgebung veranstalten, die um 7 Uhr im Kleinen Tiergarten ihren Abschluß findet. Im Rahmen der Lichtenberger Sportwerbewoche zeigt u. a. die Freie Arbeiterstenographenvereinigung am Dienstag und Freitag eine Schriftausstellung im Jugendheim Dossestr. 22, die von 7 bis 10 Uhr geöffnet ist.

Wie in diesen aufgeführten Bezirken so wird überall in Berlin der Bevölkerung Gelegenheit gegeben werden, sich von dem Wirken der Arbeitersportler überzeugen zu können. Die zentralen Spitzenkörperschaften des Arbeitersports haben strengste Anweisung gegeben, in der Werbewoche sowohl wie auf dem „Rast" am Sonntag jede Parteipropaganda auszuschalten und nur den Gedanken des Arbeitersportes zur Geltung zu bringen.

Die Arbeiterschaft wird erkennen, daß es unter sozialistischen Arbeitern zu einer Selbstverständlichkeit wird, die bürgerlichen Vereine, die fast sämtlich Gegner des neuen Staates sind, zu meiden und einzutreten in die sozialistischen Arbeitersportvereine. Diesem Zwecke dient der Reichsarbeitersporttag in erster Linie.

Auftakt zum Rast.

Als erste Veranstaltung der Sportwerbewoche in Lichtenberg fand am Sonnabend eine Sonnenwendfeier des dortigen Arbeitersport- und Kulturkartells im Lichtenberger Stadion statt. Die Feier, sowie die der Feier vorangehende Demonstration — Sportler und Rote Frontkämpfer waren gleich stark vertreten — standen unter starkem kommunistischen Einfluß, so daß unsere Genossen sich an der Demonstration nicht beteiligten. Sie schlossen sich mit den in Zivil und ohne Fahnen erschienenen Reichsbannerleuten zusammen und demonstrierten allein für den Arbeitersport. Der RFB. hatte seine Zusage, ohne Fahnen und ununiformirt zu erscheinen, wieder zurückgezogen. Im Stadion wurden an Stelle von Sportliteratur Sowjetabzeichen und kommunistische Parteizeitungen in Hülle und Fülle feilgehalten und der Klingelbeutel für die Rote Hilfe geschwungen. Unsere Genossen müssen überall dagegen protestieren, sonst lernen die Kommunisten nie begreifen, daß Sportveranstaltungen keine Tummelplätze für Parteipolitik sind. — Unter Mitwirkung des Gesangvereins Fichte-Georginia, der Musikkapelle der Freien Turnerschaft und eines Sprechchors wurde das Programm abgewickelt. Der Höhepunkt des Festes wurde mit dem Entzünden des Holzstoßes unter Absingen der Internationale erreicht.

Anfängerwettkämpfe in Schöneberg.

Die Wettkämpfe am Sonntag, die die Freie Sportvereinigung Schöneberg veranstaltete, zeigten ein erfreuliches Aufsteigen der Leistungen, das um so bemerkenswerter war, als es sich um Anfänger und Erstlinge handelte, die besten Leichtathleten also nicht startberechtigt waren. Bemerkenswert ist besonders der 100-Meterlauf für die Jugend mit 12 Sekunden, die 3000-Meterzeit von 9,38 Minuten, die die beste Jugendleistung sein dürfte, die bisher im Bunde erzielt worden ist und der 200-Meter-Anfängerlauf mit 24,4 Sekunden. Sehr gut ist ferner die Erstlingszeit über 400 Meter mit 46,4 Sekunden. Erfreulich und auch in der Technik bemerkenswert war der Hochsprung mit 1,60 Meter. Die Schwedenstaffel mit 2 Minuten 15,3 Sekunden wurde ohne Kampf gewonnen und dürfte ebenfalls im Bunde noch nicht übertroffen worden sein. Als absolut beste Leistung ist aber unzweifelhaft der Speerwurf mit annähernd 48 Metern anzusprechen, eine Weite, die auch im internationalen Maßstabe als hervorragend zu betrachten ist. Das Sportfest verlief programmäßig bei gutem Wetter.

Die Boxabteilung des Sportvereins Norden-Nordwest (NNW.) veranstaltete auf dem Sportplatz am Bahnhof Gesundbrunnen wieder einen größeren Boxkampfabend, der guten Besuch aufwies. Es fanden 11 Kämpfe in allen Gewichtsklassen, vom Jugend-, Feder- bis zum Schwergewicht statt. Weit über alle Kämpfe hinaus ragte das Treffen im Leichtgewicht zwischen Tschorsch, B. C. Westen, und Bede, A. B. C. Brandenburg. Beide Boxer zeigten gutes Können, bis es Tschorsch gelang, seinen Gegner nach einem rechten Fight über die Zeit auf die Bretter zu bringen. Im Schwergewicht, das Wegener, B. C. Westen, und Rochow, A. B. C. Brandenburg, in den Ring brachte, enttäuschte Wegener, der sich schon von einer besseren Seite gezeigt hat. Trotzdem vermochte Wegner immer noch einen klaren Punktsieg über seinen Gegner zu erringen. Auch der Halbschwergewichtskampf führte zwei gute Techniker, Ansorg, P. S. V., und Michaelis, Westen zusammen. Ansorg zeigte sich verbessert, vermochte aber keinen Niederschlag herbeizuführen und mußte sich mit einem Punktsieg begnügen.

Volksentscheid ist Gericht

Für das Volk — Gegen die Fürsten:

Oeffentliche Kundgebungen:

Heute, Dienstag, den 8. Juni:

Tiergarten: 7½ Uhr im Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24. Redner: Siegfried Aufhäuser, MdR.
Schöneberg: Demonstration mit Musik. Treffpunkt: abends 7 Uhr Rudolf-Wilde-Platz. — Anschließend in der Hohenzollernschule, Belziger Str. Ecke Eisenacher Str. Redner: Wilhelm Landa.
Treptow: 6½ Uhr gemeinsamer Abmarsch mit Musik von der Wiener Brücke. — 7½ Uhr bei Nitschke, Am Treptower Park 26. Rednerin: Clara Bohm-Schuch, MdR.

Morgen, Mittwoch, den 9. Juni:

Mitte (5. Abt.): 7½ Uhr im Reichskasino, Neue Königstr. 26. Redner: Franz Künstler, MdR.
Lichtenberg (117. Abt.): 7½ Uhr in der Schule, Lückstr. 60. Redner: Artur Richter, MdL.
Lichtenrade: 8 Uhr im Lokal von Rohrmann. Redner: Hans Pleitner.

Arbeitersport und Volksentscheid!

Ein großer Entscheidungstag naht. Nicht nur Millionen, sondern Milliarden sollen den abgesetzten Fürsten auf Kosten des darbenden Volkes übereignet werden. Hiergegen ruft der Volksentscheid zur Abwehr auf. Die Reaktion hofft auf die Indifferenz und Vergeßlichkeit der Massen. Der Arbeitersport aber hat nicht vergessen! Er erinnert sich der Unterdrückung durch Turn- und Schwimmhallenverbote, der Gefängnisstrafen für Jugendleiter! Arbeitersportler, geht voran im Kampfe für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Keine Sportveranstaltung oder Wanderung darf an diesem Tage die Erfüllung der Ehrenpflicht verhindern. Keine „Ja"-Stimme eines Arbeitersportlers darf fehlen. Zur Demonstration der SPD. am Montag, den 14. Juni, abends 7 Uhr, werden alle sozialdemokratischen Arbeitersportler ganz besonders aufgerufen. Laßt lieber einen Uebungsabend fallen, damit diese öffentliche Kundgebung zu einer machtvollen gestaltet wird.

Arbeitersportler, tut eure Pflicht!

Der Bundesmeister im Mannschaftsringen.

SC. Berolina siegt in Ludwigshafen.

Der „SC. Berolina" weilte Pfingsten in Ludwigshafen am Rhein zu dem Ersten Pfälzischen Arbeitersportfest. Anläßlich seines 15jährigen Bestehens hatte das Arbeitersportkartell diese kleine Olympiade arrangiert. Tausende von Arbeitersportlern waren im Stadion am Ebertpark versammelt. Die Stadt war festlich geschmückt in Schwarzrotgold und Blauweiß. Ein langer Festzug marschierte durch die Straßen, ganz Ludwigshafen nahm Anteil an diesem proletarischen Fest. Eine besondere Note war dem Fest dadurch verliehen, daß der Arbeiter-Athletenbund Deutschlands seine Bundesmeisterschaften austragen ließ. In Frage kamen die Bundesmeisterschaft im Mannschaftskampf, im Gewichtheben, im Ringen und im Boxen. Im ersteren wurde KSC. Friesenheim Bundesmeister. Im Boxen wanderte die Meisterschaft nach Essen. Doch das größte Interesse erweckte wohl das Ringen. Tausenden von Menschen umstanden die Matten. Es kämpften um die Meisterschaft die Gruppenmeister für Süddeutschland: KSC. Friesenheim, für Westdeutschland: SC. „Helios", Bochum, für Norddeutschland: SC. „Germania Fellenfest", Halle, und für Mitteldeutschland der SC. „Berolina", Neukölln. Es waren alles ungeglichene Gegner, doch konnte SC. Berolina mit seiner Mannschaft, Lukas, Droas, Weber, Henischel, Seelenbinder, Schnackenberg und Sovran die Bundesmeisterschaft erringen. Mit 29 Punkten wurden sie Bundesmeister, vor Friesenheim mit 24, Bochum mit 15 und Halle mit 14 Punkten.

*

Eine Schönheitskonkurrenz veranstalteten die Wiener Arbeiterathleten im Anschluß an einen schwerathletischen Wettbewerb. Der Versuch, neben der reinen Leistung auch den Körper selbst zu zeigen, ist ausgezeichnet gelungen und dürfte sicherlich auch anderwärts zum Beschreiten dieses Weges anspornen.

Eine Kinderabteilung im Zentrum Berlins hat die „Freie Turnerschaft Groß-Berlin" eröffnet. Turnhalle: Elisabethkirchstraße 17/18. Turnzeit: Dienstag ½6—½8 Uhr.

Reichsherbergsverzeichnis 1926/27. 340 Seiten stark. 1 M. Herausgegeben vom Verband für deutsche Jugendherbergen, Verlagsabteilung, Hilchenbach in Westfalen. Das Verzeichnis gibt einen vortrefflichen Einblick in das Wirken des Herbergsverbandes. Es weist rund 2300 Jugendherbergen im Reich und in den Grenzmarken nach, gibt ausführlichen Aufschluß über die Benutzungsbestimmungen der Jugendherbergen, über die Fahrpreisermäßigungen für Jugendfahrten usw. An Hand einer Uebersichtskarte und rund 25 Einzelkarten ist jede Herberge leicht auffindbar. Das Verzeichnis ist durch jede Buchhandlung zu beziehen.

„Fluß und Zelt" nennt sich eine neue Zeitschrift, die dem Faltbootwandern und dem Freiluftleben gewidmet ist. Rekordsucht und rein sportlichen Betrieb des Flußwanderns will sie nicht unterstützen, pflegen will sie dagegen die Freude an dem Befahren der Wildflüsse in den Alpen und im deutschen Mittelgebirge. Die Erweiterung des Flußwanderns im Flachlande ergibt sich dann ganz von selbst. Schon das erste Heft zeigt viel Abwechslung und literarisch wertvollen Inhalt. Hinzu kommt die der Sportfexerei abgekehrte Tendenz, so daß diese Zeitschrift auch dem Arbeitersportler empfohlen werden kann. „Fluß und Zelt" erscheint jährlich in 12 Heften zum Preise von je 40 Pf. im Bergverlag Rudolf Rother, München.

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 8. Juni.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

12 Uhr mittags: Die Viertelstunde für den Landwirt. **3.45 Uhr nachm.:** Die Stunde mit Büchern. Franz Langheinrich: „Gedichte". Hans Brennert: „Der wiehernde Amtsschimmel". Franz Hessel: „Teigwaren, leicht gefärbt". **5 Uhr nachm.:** Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Szpanowski. **6—6.30 Uhr abends:** Teemusik aus dem Hotel Adlon (Kapelle Marek-Weber). Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theaterdienst. **7—8.15 Uhr nachm.:** Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). **7 Uhr abends:** Abteilung Sprachunterricht. Englisch (R. Herdman Pender). **7.30 Uhr abends:** (Hochschulkurse). Abteilung Heimatkunde. Dr. Georg Wegener: „Eine Wanderung durch deutsche Gaue". **7.55 Uhr abends:** Abteilung Volkswirtschaft. Dr. M. J. Bonn: „Weltwirtschaftliche Neubildungen". **8.30 Uhr abends:** Orchesterkonzert. Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. Unter Mitwirkung von Rudolf Schmidt, Flügel. Einleitende Worte: Rudolf Kastner. 1. Beethoven: Konzert C-Moll, op. 37. Allegro con brio — Largo — Rondo (Allegro (Rudolf Schmidt). 2. Mahler: IX. Sinfonie. Andante con moto — Im Tempo eines gemächlichen Ländlers — Rondo (Allegro — Assai) — Adagio (Berliner Funkorchester). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Dienstag, den 8. Juni.

3—3.30 Uhr nachm.: C. M. Alfieri u. v. Eyseren: Spanisch für Anfänger. **3.30—4 Uhr nachm.:** Direktorin v. Rössing: Die Geschmacksbildung der Verkäuferin. **4—4.30 Uhr** nachm.: Gewerbeoberlehrer Röhl: Die Berufsschule für Köche. **4.30—5 Uhr** nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. **5—5.30 Uhr** abends: Margerit Barth, Jugendleiterin: Sommerfreuden. **8.30 Uhr** abends: Uebertragung von Berlin.

Kreiswasserballspiele der Arbeiterschwimmer.

Das erste Treffen um die Kreismeisterschaft im Wasserballspiel im ersten Kreise fand am 1. Juni im Sommerbad der Freien Schwimmer Neukölln statt. Zu Beginn der Spiele herrschte ein überaus heftiger Wind, der beeinträchtigend wirkte. Die erste Begegnung brachte die A-Mannschaften von „Neptun"-Weißensee und „Vorwärts"-Lichtenberg zusammen. Weißensee legt gleich von Beginn an das Spiel in die Vorwärts-Seite, es macht sich eine Ueberlegenheit von Weißensee bemerkbar. Bis zur Hälfte der Spielzeit hat Weißensee 3:1. Nach Halbzeit versucht Vorwärts einige energische Vorstöße, die aber an der guten Verteidigung zunichte gehen. Mit dem Resultat von 7:1 gewinnt Weißensee das Spiel. Im zweiten Spiel brachte die Begegnung von „Vorwärts"-Lichtenberg und „Freie Schwimmer Neukölln" in der A-Klasse. Die Neuköllner mit ihren schnellen Schwimmern entpuppten sich als eine recht gute Mannschaft, die auch die notwendige Kombination nicht vermissen läßt. Bis Halbzeit gelingt es ihnen, sechs Treffer ins Vorwärts-Netz zu senden, während Vorwärts mit einem zufrieden sein muß. Nach dem Wechseln versucht Vorwärts zu drängen, doch die Neuköllner Verteidigung steht wie eine Mauer und klärt jeden Zwischenfall glänzend zu ihren Gunsten auf. Kurz vor Schluß des Spieles leistet sich ein Vorwärts-Spieler eine Beleidigung des Schiedsrichters, die dieser mit einem Spielabbruch beantwortete. Das Resultat stellte sich auf 9:1 für die Freien Schwimmer Neukölln.

Fußballresultate vom 6. Juni.

Am Sonntag fand in Teltow das zweite Spiel um die Bezirksmeisterschaft statt. Teltow und Luckenwalde I waren die Gegner. Hatte man im allgemeinen Teltow, wenn auch knapp, in Front gedacht, so sah man sich bitter enttäuscht. Bis zur Pause vermochten sie sich noch zu halten. Mit 1:0 für Luckenwalde wurden die Seiten gewechselt. Gleich nach Anstoß gelingt es Teltow, auch den Ausgleich herbeizuführen. Damit war es aber auch zu Ende. In gleichen Abständen erzielten die Luckenwalder noch fünf weitere Tore. Bei Teltow machte sich nach dem dritten Tore eine große Mutlosigkeit bemerkbar. Mit 6:1 blieb Luckenwalde schließlich Sieger. Luckenwalde muß nun noch gegen Frisch-Auf spielen, um den endgültigen Meister des Südwestbezirks festzustellen. — Weitere Resultate: Im Osten trafen sich Stralau und Birkenwerder im Gesellschaftsspiel. Stralau gewann nach dauernd überlegen durchgeführtem Spiel mit 8:4. In der Christianiastraße spielten auf dem Adler-Platz Tegel 24 und Adler 12. Nach hartem Kampf konnte Tegel mit 4:3 als Sieger den Platz verlassen. Nebenan trafen sich Teutonia und Romanes. Teutonia mußte sich mit 1:0 geschlagen bekennen. Treptower Ballspiel-Club fertigte Rüstig-Vorwärts mit 3:0 ab. Berliner Sportverein 22, der bei Germania zu Gast weilte, konnte mit 4:2 als Sieger die Heimreise antreten. Zu Friedrichshagen spielte die dortige Freie Turnerschaft gegen Merkur 6:0. Union-Pankow schickte Staaken mit 5:0 geschlagen nach Haus. Unentschieden 3:3 trennten sich Neuköllner Ballspiel-Club und Kreuzberg. Mit 4:2 geschlagen verließ Weißensee die gastliche Stätte in Neuenhagen. Tasmania gewann gegen eine schwache Rüstig-Vorwärts-Elf mit 3:0. Lichtenberg I und Alt-Glienicke trennten sich 4:2. Frisch-Frei trug über Reinickendorf einen überlegenen 8:1-Sieg davon. Fichte-Nord gegen Charlottenburg 6:0. — Auf dem Sportplatz in der Gotzkowskistraße treffen sich am Mittwoch Stralau I und Vorwärts 30. Arbeiter-Sportverein 24 spielt in der Christianiastraße gegen Union-Pankow.

Berliner Arbeiter-Schachklub. Der Verein veranstaltete anläßlich der Turn- und Sportwoche in all seinen Abteilungen Werbeveranstaltungen. Programm: Simultanspiel und Vorträge verschiedener Berliner Meisterspieler. Gästeturniere und Blitzturniere. Eintritt zu allen Veranstaltungen frei. Gäste herzlich willkommen. Montag: Abt. Osthafen, Gohlen, Ecke Boxhagener Straße; Dienstag: Abt. Humboldthain, Voltastr. 28; Norden, Tegeler Str. 28; Nordwest, Arminiushallen, Bremer Str. 72; Weißensee, Lehderstr. 122; Osten, Grüner Weg, Ecke Krautstraße; Friedrichsfelde, Gudrunstr. 1; Neukölln, Boddinstr. 18; Tempelhof, Manteuffelstr. 45; Westen, Neue Kulm-, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße; Steglitz-Friedenau, Feldstr. 8; Lichterfelde-Lankwitz, Beckstr. 7; Charlottenburg, Bismarckstr. 15, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße; Schillerpark, Transvaalstr. 6; Lichtenberg, Jungstr. 10. Mittwoch: Abt. Mitte, Germaniastr. 14. Donnerstag: Abt. Gesundbrunnen, Koloniestr. 147; Nordring, Greifenhagener, Ecke Carmen-Sylva-Straße; Süden, Muskauer Str. 10; Neukölln, Pannierstr. 10; Lichtenrade, Kaiser-Wilhelm-Str. 20. Freitag: Abt. Wedding, Maxstr. 12; Südwest, Blücher-Säle, Blücherstr. 21. Süden und Südwest: Donnerstag, 10. Juni, 7½ Uhr, Schachwettstreit. Charlottenburg: 8. Juni, Simultanspiel, Schachfreund Vogt an 30 Brettern bei Gottschalk, Bismarckstr. 57.

Sportkartell, 19. Bez., Pankow. Sonnabend, 12. Juni, ½7 Uhr, im Jugendheim Gaillardstraße, Technikersitzung, dazu sämtliche Kinder- und Jugendturnwarte. Mittwoch, 16. Juni, ist unser zweiter Werbeabend auf der Bollwiese (Schönholzer Heide). Aufmarsch der Vereine in Sportkleidung ab 6½ Uhr.

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Reinickendorf. Sitzung Dienstag, 8. Juni, 8 Uhr, im „Kastanienwäldchen, Reinickendorf-Ost, Residenzstraße, Ecke Pankower Allee.

Kinderturnwarte des 1. Bezirks. Es haben sich in der Beschaffung der Noten zu den Freiübungen Schwierigkeiten herausgestellt. Es werden folgende Lieder dazu gespielt. Zu 1: Hinaus in die Ferne; zu 2: Rosestock Holderblüh; zu 3: Mit dem Pfeil den Bogen.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Zentrale Wien. Ortsgruppe Berlin. Abteilungsmitglieder! Die Ortsgruppe beteiligt sich nicht am Rast im Stadion am 13. Juni. Das Treffen am Teufelssee am selben Tage fällt ebenfalls aus. — **Abt. Friedrichshain:** Dienstag, 8. Juni, ½8 Uhr, im Jugendheim, Ebertstr. 12, Lese- und Diskussionsabend. Donnerstag, 9. Juni, Spielwiese 4. — **Abt. Friedenau:** Dienstag, 8. Juni, ½8 Uhr, im Heim Offenbacher Str. 5a, Vortrag: „Warum Naturfreundehäuser". Vorher, 7 bis 8½ Uhr, Spielen auf dem Schulsportplatz. — **Abt. Norden:** Dienstag, 8. Juni, 8 Uhr, im Heim Sonnenburger Str. 20, Zimmer 5, Lichtbildervortrag: „Märkische Landschaften" (Genosse Stiller). — **Abt. Tiergarten:** Dienstag, 8. Juni, 8 Uhr, im Heim Wiclefstr. 5, Zimmer 6, Schach dem König (Fr. Barthelman). — **Abt. Treptow und Südwest:** Dienstag, 8. Juni, ½8 Uhr, im Heim Elsenstraße, Sprechchorübung. Donnerstag, 10. Juni, Spielwiese 4 in Treptow. — **Abt. Wedding:** Dienstag, 8. Juni, 8 Uhr, im Heim Lütticher Str. 47—48, Geschäftliches. — **Abt. Charlottenburg:** Dienstag, 8. Juni, Badetreffen am Grunewaldsee (Militärbadeanstalt). — **Musikgemeinschaft, Werbebezirk Norden:** Mittwoch, 9. Juni, Uebungsstunde bei Lehmann, Gaudystr. 21. — **Abt. Südost:** Mittwoch, 9. Juni, ½6 bis ½8 Uhr, Kindergruppe im Jugendheim (Genosse Boveln). Freitag, 11. Juni, kein Heimabend; dafür allgemeine Beteiligung am Propagandaumzug des Werbebezirks Südost. Treffpunkt ¾7 Uhr Kottbuser Tor. — **Abt. Prenzlauer Berg:** Donnerstag, 10. Juni, 8 Uhr, im Heim Danziger Str. 23, Zimmer 9, Vortrag des Genossen Ganowindt. — **Abt. Südwest:** Donnerstag, 10. Juni, 7 Uhr, Volkspark Tempelhofer Feld. — **Abt. Reinickendorf:** Donnerstag, 10. Juni, ½8 Uhr, im Heim Seebad Reinickendorf-Ost, Mitgliederversammlung. — **Werbebezirk Südost:** Die Abt. Südost, Treptow, Neukölln, Friedrichshain, Lichtenberg, Südwest beteiligen sich nicht an den Veranstaltungen der Werbewoche zum Rast vom Sportkartell. — **Abt. Neukölln:** Donnerstag, 10. Juni, 7 Uhr, Spielen in Treptow Wiese 4.

Altersturner Groß-Berlins! Die Barrenmusterriege zum Rast turnt bestimmt am Sonntag, 13. Juni, 2 Uhr, im Stadion. Kleidung: Lange weiße Hose und Hemd.

Sportverein „Moabit". Jugend- und Männermitglieder! Donnerstag, 10. Juni, 7½ Uhr, bei Schubert, Rostocker Str. 20, wichtige Versammlung.

AWJ (Arbeiterwintersport-Interessengemeinschaft). Technische Ausschußsitzung Mittwoch, 9. Juni, 7 Uhr, Fichteplatz in Treptow.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität". Bez. 1, 2, 21 und 23: Achtung, Fahrwarte! Wegen des Rast müssen Donnerstag, 10. Juni, 8 Uhr, je ein Fahrwart Runestr. 17 erscheinen. Rucksack für Material mitbringen.

Kampfrichtervereinigung. Zum Reichsarbeitersporttag findet wegen Zeitmangel keine besondere Kampfrichtersitzung statt. Alle am 13. Juni, 12 Uhr mittags, im Pressezimmer Stadion melden. — Zum Frauen-Turn- und Sportfest in Bernau am 26. und 27. Juni werden ebenfalls zahlreiche Kampfrichter benötigt. Dazu findet am Montag, 21. Juni, 7 Uhr, auf dem Fichteplatz in Treptow eine Sitzung für Bernau statt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der kommende Dienstag bereichert Berlin um eine neue sehenswerte Gaststätte von besonderem Rang. Die durch ihre Konditoreien im Berliner Zentrum seit Jahrzehnten bekannte Firma **Moritz Dobrin** eröffnet Ecke Lenné- und Friedrich-Ebert-Straße in dem 1838 von Persius für den berühmten Tiergartendirektor Lenné erbauten Villengrundstück eine Konditorei mit Kaffee. Die von der Firma Heß u. Rom geschaffene Inneneinrichtung knüpft teils an die Schinkel-Zeit an, teils ist sie im Florentiner Renaissancestil, teils ganz neuzeitlich gehalten und zeigt in allen Räumen die vornehme Geschmackskultur warmer Behaglichkeit. Von den Fenstern des Kaffees und der Terrasse bietet sich Gelegenheit, das bewegte, fesselnde Leben am Tiergarten zu beobachten. Schon der Name Moritz Dobrin bürgt dafür, daß den Gästen das Allerbeste, auch den verwöhntesten Geschmack befriedigend, zu zeitgemäßen Preisen verabreicht wird.

Frisch gewagt ist halb gewonnen. Diesen Wahlspruch, dem schon so mancher Glück und Erfolg verdankt, sollten auch die jungen Frauen beherzigen, die vielleicht mit etwas bänglichen Gefühlen daran gehen, das erste Mittagsmahl am eigenen Herd zu rüsten; das Werk wird alsdann gelingen. Zum Troste sei ihnen dabei verraten, daß auch dann noch kein Unglück geschehen ist, wenn die Suppe etwas schwach und die Soße etwas fade geraten sein sollte. Denn wenige Tropfen Maggis Würze genügen, um diese Mängel zu beheben; auch verfeinert sie überraschend den Wohlgeschmack von Gemüsen und Salaten. Maggis Würze sollte deshalb in der Küche nicht fehlen.

Das deutsche Produktionsproblem.

Erste Sitzung der Enquetekommission.

Zur Untersuchung der Erzeugung und der Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft wurde eine Kommission aus Parlamentariern, Wissenschaftlern, Vertretern der verschiedenen Erwerbsgruppen durch Gesetz vom 5. April d. J. gebildet, der gestern, Montag, zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Diese erste Tagung war noch nicht der sachlichen Beratung gewidmet, vielmehr beschränkte sie sich darauf, Reden des Reichswirtschaftsministers und des Reichslandwirtschaftsministers entgegenzunehmen, die den Aufgabenkreis der Kommission umschrieben. Zur Durchführung der überaus umfassenden Aufgabe werden Unterausschüsse gebildet. Gleich gestern wurde eine solche 15gliedrige Kommission eingesetzt, die Vorschläge für die Arbeitsmethode, für die Gliederung des Stoffes, für die Besetzung der Unterausschüsse und des Präsidentenposten machen soll. Heute soll dann der Arbeitsplan festgelegt werden.

Die Tagung begann mit einer Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius. Er wies darauf hin, daß die Enquete über die Agrarzölle im vorigen Jahre gezeigt hätte, wie wenig unsere bisherigen Kenntnisse der Wirtschaftsverhältnisse ausreichten, um ein klares Bild von der deutschen Wirtschaft zu gewinnen. Dazu bedarf es ganz eingehender Untersuchungen. Daraufhin erfolgte dann die Forderung des Reichstages und des Reichswirtschaftsrates auf Einsetzung einer Untersuchungskommission. Diese ist von der Reichsregierung nicht abhängig, kann jedoch den Rat und die Hilfe der Behörden in Anspruch nehmen. In dem Gesetzentwurf ist ein Unterausschuß vorgesehen, der die

Beziehungen zwischen Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung

erforschen soll. Diese Forderung geht zurück auf eine Forderung des Vereins für Sozialpolitik. Die Kommission wird sich nunmehr auch mit den Gründen und Auswirkungen der Krise zu beschäftigen haben. Nach den gewaltigen Umschichtungen während des Krieges, der Inflation und der Stabilisierungsmethode bedürfe es einer Bestandübersicht über die produktiven Kräfte, die Rohstoffverhältnisse, die Arbeitsbedingungen und die Absatzverhältnisse. Ihre besondere Bedeutung sieht der Minister in der Enquete darin, daß sie das Schlußwort sprechen wird in den vielfachen Denkschriften — und Tagesstreit der Verbände. So hofft der Minister auf Klärung von strittigen Fragen, wie: die Höhe der Sozialbelastung, die Frage des Volkseinkommens und des Volksvermögens.

Darüber hinaus habe die Kommission die Aufgabe, den internationalen

Meinungsaustausch über die Weltwirtschaftslage

durch Herausarbeitung fester Ergebnisse über die deutsche Wirtschaft zu fördern. Damit würde der Weltwirtschaftskonferenz eine notwendige Unterlage für ihre Arbeit geschaffen werden. Die Untersuchung der Kommission hätte, so führte der Minister weiter aus, Bedeutung mit allen mit dem Reparationsproblem zusammenhängenden Fragen. Hier würden die falschen Folgerungen zu berichtigen sein, die man aus der Scheinblüte der deutschen Wirtschaft gezogen hat, nachdem jetzt die Absatzmöglichkeiten zur Beschäftigung der Produktionsmittel nur in beschränktem Umfang vorhanden sind und diese Produktionsmittel vielfach eine tote Last darstellen, anstatt Rente zu bringen. Mit der gewaltigen Krise, die Deutschland in den letzten vier Jahren erlebt habe und der starken Depression, unter der es heute noch leidet, rechnet das Dawes-Gutachten nicht

Für die Beratungen werfen sich insbesondere zwei Fragestellungen auf: inwieweit die wirtschaftliche Notlage der Gegenwart ihren Ausgangspunkt auf der Angebotsseite, inwieweit sie ihn auf der Seite der Nachfrage finde. Dabei wären auch die Steigerungsmöglichkeiten der Produktivität und der Absatzmöglichkeit zu prüfen. Von dem Recht zur eidlichen Vernehmung und zur Heranziehung urkundlicher Unterlagen solle der Ausschuß nur dann Gebrauch machen, wenn die Aussagen der Vernommenen zu bezweifeln sind. Abschließend richtete der Minister einen Appell an die Mitglieder der Kommission, einträchtig zusammenzuarbeiten und Urteile und Wertungen nur aus der Sache selbst herzuleiten. Die Mitglieder dürfen sich nur von dem einen Gesichtspunkt leiten lassen, die Wahrheit zu erforschen.

Der Reichsernährungsminister Dr. Hauslude wies in seinen kurzen Ausführungen darauf hin, daß die Arbeiten des Ausschusses auch der Landwirtschaft sehr erwünscht sind, weil sie ein klares Bild von der tatsächlichen Lage der Landwirtschaft und den Ursachen der zeitigen unbestrittenen Agrarkrisis bringen und dadurch zur Klärung der Streitfrage auf diesem Gebiete beitragen werden. Sie werden ein breites Fundament für die auf ihnen etwa aufzubauenden Maßnahmen gesetzgeberischer und organisatorischer Art bilden. Es wird notwendig sein, die Agrarunternehmungen nicht allein auf die Landwirtschaft im engeren Sinne zu beschränken. Vor allem muß auf die Verschiedenheit in den einzelnen Gebieten, Betriebsarten und Größen, die Aufmerksamkeit gerichtet sein. Es ist ja bekannt, daß die technischen Möglichkeiten einer ausführlichen landwirtschaftlichen Produktionssteigerung und damit einer wesentlichen Entlastung unserer Handelsbilanz von der Einfuhrseite gegeben sind. Diese Produktionssteigerung wird aber nur eintreten, wenn sie auch wirtschaftlich lohnt. Deswegen wird sich der Ausschuß auch mit der Frage zu beschäftigen haben, wie die ökonomischen und technischen Voraussetzungen für eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zu schaffen sind.

Prof. Dr. Harms vom weltwirtschaftlichen Institut der Universität Kiel betonte dann, daß die Arbeiten des Enquete-Ausschusses ohne Mitwirkung der gesamten Wirtschaft nicht durchzuführen seien.

Nach den Wahlen zu der bereits erwähnten Kommission schloß die Sitzung.

Reichsbankdiskont 6½ Prozent.

Dritte Herabsetzung in diesem Jahre.

Die Reichsbank hat, wie bereits gemeldet, den Diskontsatz von Wechseln von 7 auf 6½ und den Beleihungssatz für Wertpapiere von 8 auf 7½ Proz. herabgesetzt. Damit erfolgt für 1926 die dritte Ermäßigung der Reichsbanksätze, einschließlich der Verringerung der Spanne zwischen Diskont- und Lombardsatz vom Februar die vierte. Herabsetzungen erfolgten im ganzen seit der Währungsstabilisierung:

	Diskontsatz:		Lombardsatz:	
am 26. 2. 1925 ..	von 10 auf	9 Proz.	von 12 auf	11 Proz.
„ 12. 1. 1926 ..	„ 9 „	8 „	„ 11 „	10 „
„ 26. 2. 1926 ..	—	—	„ 10 „	9 „
„ 27. 3. 1926 ..	„ 8 „	7 „	„ 9 „	8 „
„ 7. 6. 1926 ..	„ 7 „	6½ „	„ 8 „	7½ „

Der Unterschied gegenüber den Diskontsätzen der wichtigsten Länder mit stabilen Währungen ergibt sich aus folgender Tabelle.

Berlin	6½	Proz.	seit 7. Juni 1926
London	5	„	„ 3. Dez. 1925
Newyork	3½	„	„ 22. April 1926
Amsterdam ..	3½	„	„ 8. Okt. 1925
Zürich	3½	„	„ 23. Okt. 1925
Prag	6	„	„ 13. Jan. 1926
Wien	7½	„	„ 30. März 1926

In der Zentralausschußsitzung der Reichsbank gab Präsident Dr. Schacht im Namen des Reichsbankdirektoriums für die Herabsetzung des Diskonts eine Begründung. Die Inanspruchnahme der Reichsbank seit der letzten Diskontermäßigung am 27. März habe sich nicht unwesentlich vermindert. Die Verringerung der Reichsbankbestände an Wechseln, Schecks und Lombardforderungen (einschließlich der Weiterbegebungen) von 1707 Mill. Ende März auf 1369 Mill. Ende Mai entfalle ganz überwiegend auf den Rückgang der Inlandskreditgewährung. Die Zinssätze am Geldmarkt, für Privatdiskonten und bankgirierte Warenwechsel seien gleichfalls zurückgegangen. Zwar seien die Ursachen der Geldmarktfülle zum Teil vorübergehender Natur. Die Reichsbank könne sich aber der Zinsbildung am freien Markte nicht entziehen; sie müsse überdies wünschen, der Wirtschaft alle Vorteile einer Ermäßigung der Diskontrate zukommen zu lassen. Allerdings fordere die stabile Geldmark- und Wirtschaftslage ein vorsichtiges Vorgehen, weshalb nur eine Ermäßigung um ½ Proz. erfolge. Eine weitere Ermäßigung sei abhängig von der Entwicklung der nächsten Wochen.

Wie schon die vorhergehende, so erfolgt auch die diesmalige Herabsetzung des Diskonts in einer außergewöhnlichen Situation. Die Reichsbank führt nicht den Geldmarkt, sondern sie fügt sich ihm. Die Führung liegt bei den Banken. Sie wird auch nach der Herabsetzung bei den Banken bleiben. Die Sätze für Tages- und Monatsgeld, die nach dem lebhaften Monatsschluß (bis 7½ Proz.) schnell wieder auf 4½ bis 6 bzw. 5½ bis 6 Proz. zurückgingen, auch der Privatdiskontsatz mit 4½ und der Satz für beste Warenwechsel mit 5½ Proz. liegen noch beträchtlich unter dem neuen Reichsbankdiskont. So besteht zunächst keine Aussicht, daß die Reichsbank die Führung in der Kreditwirtschaft wieder übernimmt. Eine Aenderung dieser außergewöhnlichen Situation kann nur die Aenderung der Geldmarktverhältnisse selbst bringen. Wenn die Reichsbank diese Aenderung auch nicht für so bald möglich hält, wie noch vor einem Monat, so richtet sie sich doch darauf ein. Mit der Ermäßigung des Diskontsatzes nur um ein halb Proz., was für die nächste Zeit weiterhin den Verzicht auf ein lebhaftes eigenes Wechselgeschäft bedeutet, bezieht sie für diesen Fall eine Bereitschaftsstellung.

Bedeutsamer ist, daß die Reichsbank die Bedenken fallen läßt, die Reichsbankpräsident Schacht noch Ende April gegen die Diskontermäßigung anführte, um im Falle einer Konjunkturbelebung eine Erschütterung des Kapitalmarktes zu verhindern. Für den Kapitalmarkt bedeutet die Diskontherabsetzung einen neuerlichen Anreiz, sowohl für die Ueberführung flüssiger Mittel in langfristige Anleihen, als auch für die Haussebewegung an der Börse. Die großen flüssigen Mittel der Wirtschaft, die aus früheren Auslandsanleihen noch immer reichlich vorhanden sind und durch die Krise erweitert wurden, werden also noch mehr als bisher in der Produktionssphäre arbeitslos bleiben und erst über die Verausgabung durch die Anleihesucher, also über den Konsum, durch Auftragserteilung die Produktion befruchten. Daß gleichzeitig die Zinssätze auch auf dem Kapitalmarkt sinken, ist natürlich ebenso nur eine Folge der Krise, nicht der Diskontpolitik der Reichsbank, wie das Sinken der Zinssätze auf dem Geldmarkt.

Für die Kreditnehmer der Banken wird die Herabsetzung eine Verbilligung der Zinskosten bringen. Wie gemeldet wird, setzen die Privatbanken den bisherigen Endsatz von 10,4 auf 9,9 Proz. herab. Ob auch eine Ermäßigung der Zinsspanne eintritt, hängt davon ab, ob die Banken die Zinsen für Depositengelder ebenfalls herabsetzen werden. Angesichts der scharfen Konkurrenz um Depositen und Spargelder werden sie sich das aber überlegen müssen.

Kann Deutschland auf Gefrierfleisch verzichten?

Am 31. Juli 1926 laufen die nach § 6 der Zolltarifnovelle gewährten vorübergehenden Zollermäßigungen für Vieh, Fleisch und tierische Fette usw. ab, so daß am 1. August 1926 automatisch die viel höheren autonomen Sätze für diese Artikel in Kraft treten. Diese Zollsätze wurden im vergangenen Jahre ausdrücklich nur als Verhandlungszölle für den Abschluß von Handelsverträgen von der Regierung vorgeschlagen und vom Reichstag angenommen. Nur durch diese Sicherung konnte eine Mehrheit für Annahme des Gesetzes aufgebracht werden. Ein Inkrafttreten der autonomen Zollsätze würde deshalb in krassem Widerspruch zum Sinn und Zweck der Bestimmungen der Zolltarifnovelle stehen. Es würde zur Tatsache werden, daß das verarmte Deutschland trotz Verluste wertvoller landwirtschaftlicher Ueberschußgebiete in einer Zeit größter wirtschaftlicher Not und höchster Erwerbslosigkeit die wichtigsten Lebensmittel mit Zöllen belegte, wie sie nicht einmal in den besten Zeiten vor dem Kriege in Geltung waren.

Selbst unter der Geltung der bisherigen ermäßigten Zölle ist die Einfuhr von Vieh, Fleisch und tierischen Fetten von 1 447 331 Doppelzentner im Jahre 1924/25 (1. Oktober bis 31. März) auf 1 038 795 Doppelzentner im Jahre 1925/26 zurückgegangen. Die Einfuhr ist also um 28 Proz. kleiner als im Vorjahre und bleibt sogar um 29 Proz. hinter der Vorkriegseinfuhr zurück. Bei Büchsenfleisch ergibt sich in der gleichen Zeit ein Rückgang von 81 929 Doppelzentner auf 287 Doppelzentner, oder um 99,85 Proz., bei Büchsenmilch von 153 948 Doppelzentner auf 208 Doppelzentner, oder um 99,98 Proz. Das mit 50 Proz. seines Wertes belastete „einfach zubereitete" Fleisch, das schon seit dem 1. Oktober 1925 autonome Zollsätze trägt, weist für das letzte Jahr nur noch eine Einfuhr von 5584 Doppelzentner gegen 72 227 Doppelzentner im Vorjahre auf. Hier beträgt der Rückgang 92 Proz. Gegenüber 1913 war im letzten Jahre der Fleischverbrauch 4,91 Kilogramm, oder 8 Proz. kleiner. Die heimische Landwirtschaft hat 6,28 Kilogramm, oder 16 Proz. weniger Fleisch geliefert als im letzten Vorkriegsjahre.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat in seiner Etatrede „Die Erreichung des Zieles: Ernährung aus eigener Scholle in absehbarer Zeit auch in Normaljahren" in Aussicht gestellt. Der Bestand an Vieh (je 100 Kopf der Bevölkerung) zeigt aber im Vergleich zum Jahre 1912/13 für das vergangene Wirtschaftsjahr eine Verminderung bei Rindern um 12 Proz., bei Schweinen um 32,5 Proz. und bei Schafen um 8,9 Proz. Diese Fehlmengen können unmöglich innerhalb der nächsten 12 Monate ausgeglichen werden. Es würde einer Mehrproduktion von rund 3 Millionen Schweinen bedürfen, um für das laufende Jahr den gleichen Kopfverbrauch und für das nächste Jahr die gleiche Produktionsbasis, wie im Jahre 1925 sicherzustellen. Selbst wenn diese Steigerung erreicht werden könnte, was sehr zu bezweifeln ist, so bliebe immer noch die gleiche Einfuhr wie bisher unentbehrlich, da das heutige Mißverhältnis in der Fleischerzeugung wie im Fleischverbrauch gegenüber der Vorkriegszeit unvermindert fortbesteht.

Anträge des Fachausschusses für Fleischversorgung.

Die im Fachausschuß für Fleischversorgung zusammengeschlossenen Zentralverbände fordern in Eingaben an die Fraktionen des Reichstages eine Festsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents (bisher 102 000 Tonnen pro Jahr) in einer Höhe, die nicht nur den gegenwärtig geltenden Bestimmungen, sondern auch dem gegenwärtigen Bedarf entspricht. Es wird darauf hingewiesen, daß die für das zweite Kalendervierteljahr zur Verfügung stehende Menge trotz vielfacher Streckung des Verkaufs durch den Großhandel im großen und ganzen nur bis zur letzten Maiwoche gereicht hat und daß eine Katastrophe in der Gefrierfleischversorgung unabwendbar ist, wenn nicht unverzüglich neue Berechtigungsscheine durch das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ausgegeben werden. Außerdem wird eine Verlängerung der nach der Zolltarifnovelle § 6 gewährten vorübergehenden Zollermäßigungen für Vieh, Fleisch, tierische Fette und Büchsenmilch über den 1. August 1926 hinaus gefordert, da sonst an diesem Termin automatisch die autonomen Sätze für diese Artikel in Kraft treten würden.

Der Gefrierfleischmangel in Berlin hat bereits einen derartigen Umfang angenommen, daß seit Anfang der ersten Juniwoche zollfreies Gefrierfleisch nicht mehr amtlich notiert wird, weil dieses im Handel nicht mehr vorhanden ist. Es gibt nur noch verzolltes Gefrierfleisch. Die Zustände am Gefrierfleischmarkt haben, wie erinnerlich, sowohl bei den Verbrauchern wie bei den Gewerkschaften schon früher die größte Besorgnis hervorgerufen und zu Schritten beim Reichsernährungsministerium geführt, die dahin gehen, das zollfreie Einfuhrkontingent für Gefrierfleisch zu erweitern. Bisher ist jedoch nichts geschehen; daher ist die Fleischversorgung der großen Industrieviere außerordentlich bedroht.

Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften.

Die von den Revisionsverbänden des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine aufgenommene Vierteljahrsstatistik gibt eine Uebersicht über Umsätze, Geschäftsguthaben und Spareinlagen derjenigen Konsumgenossenschaften, die 400 und mehr Mitglieder haben. Von diesen berichteten zur Vierteljahrsstatistik des ersten Vierteljahres 1926 680 Konsumgenossenschaften mit 3 288 000 Mitgliedern.

Der Umsatz im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres belief sich auf 172 Millionen Mark. Mit dem gleichen Vierteljahr des Vorjahres verglichen, ergibt sich eine Zunahme des Umsatzes um 24 Millionen M. oder 16 Proz. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied betrug im Berichtsvierteljahre 52,37 M., während er im ersten Vierteljahr des Vorjahres nur 44,14 M. betrug. Die Geschäftsguthaben erhöhten sich von 25,4 auf 26,7 Millionen M. oder von 7,71 auf 8,12 M. je Mitglied. Die Spareinlagen erhöhten sich von 82 auf 96 Millionen M. Die Zunahme beträgt also nicht weniger als 14 Millionen M. Je Mitglied erfuhren die Spareinlagen eine Zunahme von 25,01 auf 29,23 M. Das starke Wachstum der Spareinlagen ist ein Beweis des Vertrauens der Mitglieder zu den Konsumgenossenschaften. Die Mitglieder haben die Ueberzeugung erhalten, daß die Konsumgenossenschaften keine Inflationsgewinnler sind.

Ein Vergleich zwischen den einzelnen Revisionsverbänden (10) zeigt, daß der sächsische Verband den höchsten durchschnittlichen Vierteljahresumsatz erzielt hat, nämlich 64,50 M. Ihm folgt der nordwestdeutsche Verband mit 61,57 M. Den niedrigsten durchschnittlichen Vierteljahresumsatz hat der schlesische Verband mit 35,03 M. zu verzeichnen. Dann folgt der ostdeutsche Verband mit 42,99 M. und der bayerische Verband mit 44,44 M.

Das durchschnittliche Geschäftsguthaben je Mitglied steht am höchsten im württembergischen Verband mit 12,12 M. Ihm folgt der thüringische Verband mit 11,24 M. Am ungünstigsten steht der schlesische Verband mit 5,62 M. und der ostdeutsche Verband mit 6,01 M.

Die höchsten Spareinlagen je Mitglied entfallen auf den nordwestdeutschen Verband mit 54,18 M. Ihm folgen in weitem Abstande der ostdeutsche Verband mit 36,72 M. und der bayerische Verband mit 35,11 M. Den niedrigsten Betrag an Spareinlagen hat der schlesische Verband mit 8,46 M. je Mitglied zu verzeichnen.

Die deutschen Genossenschaften im Mai. Der Bestand der deutschen Genossenschaften zeigte im Mai nach dem Bericht des deutschen Genossenschaftsverbandes keine besondere Veränderung. Auflösungen, Nichtigkeitserklärungen und Konkurse haben nachgelassen. Es wurden 157 Genossenschaften aller Gruppen neu errichtet — aufgelöst sind 181 einschließlich 54 Nichtigkeitserklärungen. In Konkurs gerieten 13 Genossenschaften und unter Geschäftsaufsicht stellten sich 3. Ein stetiges Ansteigen zeigen die gewerblichen Kreditgenossenschaften, denen nur wenig Auflösungen gegenüberstehen. Bei den Konsumvereinen hält der Rückgang weiter an infolge Verschmelzung, wenn er auch nicht mehr so stark wie früher ist. Das Handwerk hat sich in stärkerem Maße genossenschaftlich vereinigt; den 14 Gründungen stehen 23 Auflösungen gegenüber. Letztere sind gegenüber früheren Monaten erheblich zurückgegangen. Auch an der Grenze zwischen Großhandwerk und Kleinindustrie bilden sich Genossenschaften, deren sich die Industrie bedient. Die Baugenossenschaften erreichten mit 23 eine nicht so große Zahl wie in früheren Monaten, und wenn man die Auflösungen mit 15 berücksichtigt, so hat die Bestandsvermehrung erheblich nachgelassen. Auch die Siedlungsgenossenschaften haben sich nicht besonders vermehrt. Wenn bei den landwirtschaftlichen Kreditinstituten Zu- und Abgang sich die Wage halten, so ist für den Mai bei den rein landwirtschaftlichen Genossenschaften ein bemerkenswerter Rückgang festzustellen, der alle Untergruppen umfaßt. Es sind bei den letzteren 53 Neugründungen zu verzeichnen, denen 73 Auflösungen gegenüberstehen.

Die erste Produktionsstatistik in der Bekleidungsindustrie. — Gesamtumsatz 355 Millionen Mark im letzten Jahre. Der Verband Deutscher Damen- und Mädchenmäntelfabrikanten e. V., der nahezu die Gesamtheit der Herstellerfirmen dieses Faches umfaßt, hat, wie „Die Textil-Woche" erfährt, auf Grund eingehender Erhebungen unter seinen Mitgliedern die Umsatzziffern für das Jahr 1925 ermittelt. Von den 327 Verbandsmitgliedern am 31. Dezember 1925 haben 287 ihre Umsatzziffern für das Jahr 1925 mit insgesamt 322 517 000 Mark angegeben. 121 Firmen oder 42 Proz. hatten einen Jahresumsatz bis zu 500 000 Mark zu verzeichnen und setzten insgesamt 31 598 000 Mark um, d. h. 10 Proz. des Gesamtumsatzes aller Verbandsfirmen. 122 Firmen oder 42 Prozent erzielten einen Jahresumsatz von ½ bis 2 Millionen Mark und setzten insgesamt 130 772 000 Mark = 40 Proz. um und 44 Firmen oder 15 Proz. hatten einen Jahresumsatz von über 2 Millionen zu verzeichnen und setzten insgesamt 160 147 000 Mark um oder 50 Proz. des Gesamtumsatzes. Einschließlich der in der Statistik fehlenden 40 Firmen kleineren Umfanges, deren Umsatz schätzungsweise 10 bis 13 Millionen Mark ausmacht, ergibt sich ein Gesamtumsatz für das Jahr 1925 von rund 355 Millionen Mark. Der Verband hat gegenwärtig einen Bestand von 320 Mitgliedern gegenüber 325 am 1. Juni 1914 und 422 am 10. September 1923.

Beginn der Reichstagstagung.

Zweite Beratung des Reichsknappschaftsgesetzes.

Die gestrige erste Sitzung des Reichstags nach der Pfingstpause wurde um 3¼ Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet der Präsident dem kürzlich verstorbenen Generaldirektor der Reichsbahnverwaltung Oeser einen in herzlichen Worten gehaltenen Nachruf. Oeser habe 22 Jahre dem preußischen Landtag, 5 Jahre dem Reichstag angehört. Nach dem Kriege habe er einige besonders verantwortungsvolle Spezialarbeiten übernommen und mit Zähigkeit ausgeführt, bis seine Lebenskraft durch Krankheit gebrochen war. Die deutsche Volksvertretung werde seiner mit Dankbarkeit gedenken.

Der Präsident gedenkt ferner mit ehrenden Worten des kürzlich verstorbenen Freiherrn v. Berlepsch, dessen Name jahrzehntelang mit der deutschen Sozialpolitik verknüpft war.

Ein Gesuch des preußischen Justizministeriums und der Generalstaatsanwaltschaft um

Aufhebung der Immunität

des völkischen Abgeordneten Kube wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen, ebenso ein ähnlicher Antrag gegenüber dem Abg. Creutzburg (Komm.).

Der Gesetzentwurf zur Aenderung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen, wonach diese zu den Kosten der Aufsichtstätigkeit in höherem Maße herangezogen werden sollen, wird dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf über die Gerichtskosten und die Gebühren der Rechtsanwälte geht an den Rechtsausschuß.

Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfs über die Abänderung des

Reichsknappschaftsgesetzes.

Der Ausschuß beantragt die Annahme des Gesetzentwurfs mit einer Reihe von Aenderungen. Ferner schlägt er folgende Entschließungen vor:

Die Reichsregierung zu ersuchen:

a) dahin zu wirken, daß die Bezirksknappschaftsvereine und die besonderen Krankenkassen bei der Einführung der Familienhilfe für eine entsprechende Vermehrung der behandelnden Aerzte und besonders für eine genügende Berücksichtigung der Aerzte, die die Familienmitglieder bisher behandelt haben, Sorge tragen;

b) möglichst bis zur zweiten Lesung des Entwurfs im Plenum dem Reichstag eine Vorlage zu unterbreiten, die für Erwerbslose oder vorübergehend Erwerbsunfähige die Schwierigkeiten in bezug auf die Entrichtung der Anerkennungsgebühr beseitigt;

c) möglichst bald, spätestens bis zur zweiten Lesung im Plenum eine genaue Berechnung über die auf Grund der Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses notwendigen Aufwendungen des Reichsknappschaftsvereins dem Reichstag vorzulegen. Dabei sind die Aufwendungen für die Krankenkasse und Pensionskasse, für die Arbeiter- und Angestelltenabteilung voneinander getrennt anzugeben, ferner nach Möglichkeit zwischen den Belastungen nach den einzelnen gesetzlichen Vorschriften zu spezialisieren.

Abg. Janscheck (Soz.)

wendet sich gegen die in den Ausschußberatungen zutage getretenen Bestrebungen der Unternehmer, die besonders von dem Abg. Leopold vertreten würden, die Rechte der Arbeiter noch weiter herabzusetzen. Die Vorlage befriedigt bei weitem nicht die berechtigten Wünsche der Bergarbeiter, einige der darin enthaltenen Bestimmungen sind für uns ganz untragbar. Wenn die Vertreter der Rechtsparteien davon ausgegangen sind, daß die Löhne der Bergarbeiter höher sind als die der anderen Arbeitergruppen und daß daher eine Anrechnung der Rente auf den Lohn der noch Berufstätigen berechtigt ist, so darf man doch nicht vergessen, daß die Sterblichkeit der über 50 Jahre alten Bergarbeiter noch einmal so groß ist als die der anderen Gruppen, daher haben sie ein gewisses Anrecht auf einen höheren Lohn als er sonst üblich ist. Wir wenden uns dagegen, daß man einige Gruppen des Bergbaus herausgenommen hat, trotzdem sie, wie beispielsweise der Erzbergbau, nicht weniger gesundheitsschädlich sind als der übrige Bergbau. Bei dieser Gelegenheit muß festgestellt werden, daß viele Unternehmungen mit ihren Beiträgen zu den Versicherungen außerordentlich im Rückstande sind. Diese Rückstände sind zuletzt mit 23,9 Millionen angegeben worden, mit den rückständigen Krankenkassenbeiträgen belaufen sie sich sogar auf etwa 30 Millionen.

Thyssen allein ist mit rund 6 Millionen Beiträgen im Rückstande.
(Hört, hört bei den Sozialdemokraten.)

Das muß um so mehr auffallen, als die Ruhrindustriellen die bekannte Zuwendung von 700 Millionen Mark erhalten haben, es wäre wohl am Platze gewesen, nachzusehen, ob sie ihre Verpflichtungen gegenüber der Knappschaftskasse erfüllt haben, bevor man ihnen diese Riesensummen gab, zu mindestens hätte man die Beiträge zur Knappschaftskasse einbehalten können. Durch die Vorlage werden den Arbeitnehmern einige Erweiterungen ihrer Rechte eingeräumt, wir begrüßen das um so mehr, als bei anderen Versicherungen die Rechte der Arbeitnehmer eingeschränkt sind. Aber durch andere Bestimmungen des Gesetzes werden diese Vorteile zum Teil wieder aufgehoben, so vor allem durch die Bestimmung, daß die Angestellten ohne Rücksicht auf ihre Zahl in gleicher Weise im Knappschaftsvorstande vertreten sein sollen, wie die Arbeiter und Unternehmer. Bei der viel geringeren Zahl der Angestellten kann ihnen nicht das gleiche Vertretungsrecht zugestanden werden, wie der ungleich größeren Zahl der Arbeiter. Auf Grund der Verhältnisse, unter denen die Angestellten im Bergbau leben, ist auch zu befürchten, daß sie leichter geneigt sein werden, den Wünschen der Unternehmer Rechnung zu tragen. Infolge seiner abhängigen wirtschaftlichen Lage ist der Angestellte im Bergbau sehr häufig gezwungen, den Wünschen der Unternehmer entgegenzukommen und die Interessen der Arbeiterschaft dadurch zu schädigen. Wir haben weiter lebhafte Bedenken gegen die Art des Wahlrechts, das den Minderheiten eine Bedeutung beimißt, die ihnen nicht zukommt. Ueber die den Unternehmern durch die neue Vorlage entstehenden Mehrausgaben sind vielfach Angaben gemacht worden, die weit übertrieben waren. Wir geben zu, daß der Bergbau sich zurzeit in einer Krise befindet. Aber vergessen wir doch nicht das eine, daß

im Bergbau auch eine gewaltige Mehrleistung pro Kopf aufgebracht

wird. Dadurch wird eine Reduzierung der Selbstkosten herbeigeführt und selbst wenn die Belastung insgesamt höher sein sollte, so wird es den Arbeitgebern bei den heutigen Mehrleistungen nicht schwer fallen, diese erhöhte Last zu tragen. Der Redner begründet eine Reihe von Anträgen, die die Sozialdemokratische Partei zu der Vorlage eingebracht hat. Sie bezwecken im wesentlichen eine Erhöhung der Versicherungsleistungen, eine bessere Berechnung des Lohnes und den Schutz der Pensionsbezieher im Bergbau. Der Redner erklärte zum Schluß, wenn Sie wollen, daß wir dieser Vorlage unsere Zustimmung geben, dann müssen Sie uns mehr Entgegenkommen zeigen als bei den Beratungen im Ausschuß. Unterbleibt das, dann wird es sich meine Fraktion noch sehr überlegen, ob sie diesem Gesetz ihre Zustimmung geben kann. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Leopold** (Dnat.) bezeichnet die Vorlage als eine ungerechte Bevorzugung der Uebertagearbeiter im Bergbau gegenüber den Arbeitern in anderen schweren Berufen bei Berechnung der Altersrente. Auch bei den Invalidenrenten und Hinterbliebenenbezügen bringe die Novelle der Arbeitnehmerschaft im Bergbau unverhältnismäßig viel mehr als der übrigen Arbeiterschaft. Zu begrüßen sei die Aufnahme der Familienhilfe in die Knappschaftsversicherung. Die Leistungsfähigkeit des deutschen Bergbaues sei dauernd so geschwächt, daß man ihm keine übermäßigen Lasten zumuten könne.

Abg. Winnefeld (D. Vp.) hält es für einen der größten Vorzüge der Novelle, daß nunmehr die Familienhilfe gesetzlich festgelegt ist. In vielen Einzelbestimmungen müsse die Vorlage in der Ausschußfassung freilich Bedenken erregen, hier müßten Verbesserungen beschlossen werden.

Gegen 6 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen außerdem der deutsch-schwedische Handelsvertrag und der Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung mit den vormals regierenden Fürstenhäusern.

Politisierte Rechtsprechung.

Beratung des preußischen Justizetats.

Der Preußische Landtag ging am Montag an die zweite Beratung des

Haushalts für Justizverwaltung.

Der Hauptausschuß hat an dem Etat aus Ersparnisgründen zwei Millionen gestrichen.

Staatssekretär **Fritze** erklärt im Auftrag des Justizministers Dr. Am Zehnhoff, daß dieser es sehr bedaure, nicht persönlich an den Verhandlungen teilnehmen zu können; er habe auf ärztliche Anordnung vor vier Wochen nach Bad Ems reisen müssen. Zur Sache erklärte der Staatssekretär: Für die Herabsetzung der Altersgrenze der Richter stehe im Reich eine allgemeine Regelung in Aussicht. Die Gerichte sind zurzeit mit Arbeiten sehr überlastet. Am 20. April lagen

2 710 885 Aufwertungsanträge

vor, von denen 30 Proz. bereits erledigt sind. Zur Bewältigung der Arbeitsfülle ist das Hilfsrichtergesetz geschaffen worden, auf Grund dessen bis zum 2. Juni 111 Justizbeamte eingestellt wurden. Die Zahl der Schreibmaschinen im technischen Apparat der Verwaltung ist von 3000 auf 5800 erhöht worden. Der Staatssekretär erinnert hierauf an die vielen Angriffe auf Richter und Staatsanwälte, die in den letzten Wochen in verschiedenen Gerichtssälen verübt wurden. Zur Sicherung der gerichtlichen Verhandlung wird jetzt eine ausreichende Anzahl von Beamten im Jiu-Jitsu ausgebildet. Zur Besserung des Strafvollzugs sollen die

Einzelhaftbestimmungen gemildert

werden. Die Gefangenenlöhne wurden durch Verfügung vom 18. Mai erhöht, Fett- und Fleischrationen günstiger bemessen. Die Selbstverwaltung der Gefangenen ist zunächst probeweise bei verschiedenen Strafanstalten eingeführt worden. Zur Regelung der Auslieferung gemäß Artikel 6 Artikel 3 der Reichsverfassung liegt zurzeit ein Gesetzentwurf dem Reichsrat vor. Der im Ausschuß angenommene sozialdemokratische Antrag zur Stärkung des Ehrenschutzes wird vom Ministerium gebilligt und dem Hause zur Annahme empfohlen. Im Falle Barmat hat die Strafkammer am 4. d. M. das Hauptverfahren vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte eröffnet.

Abg. Kuttner (Soz.):

Die physischen Angriffe auf Gerichtshöfe, von denen der Herr Staatssekretär sprach, sind auf das schärfste zu mißbilligen. Geistige Angriffe auf gewisse Gerichtshöfe werden nach wie vor notwendig bleiben. Die Zurückweisung von Angriffen auf die Justiz darf unter keinen Umständen so erfolgen wie im Falle des Rechtsanwalts Dr. Graf, wo der Ehrengerichtshof der Rechtsanwälte in Leipzig den Anwälten zugemutet hat, auch dann dem Vorwurf auf Klassenjustiz entgegenzutreten, wenn sie innerlich von dem Vorliegen einer Klassenjustiz im objektiven Sinne überzeugt wären. Ein solches Verlangen ist eine Ungeheuerlichkeit. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Im Hauptausschuß war viel von der

Politisierung der Rechtspflege

die Rede. Die Gefahr der Politisierung besteht zweifellos. Sie besteht überall dort, wo in den deutschen Ländern eine Rechtsregierung am Ruder ist. Dort begnügt man sich nicht, republikanisch gesinnte Beamte aus dem Amt zu jagen, sondern man macht sogar die Justiz zu einer Verfolgungsmaschinerie gegen die Republikaner. Ich erinnere nur an die Meineidsverfahren gegen den Nürnberger Oberbürgermeister Luppe, gegen den früheren thüringischen Staatsbankpräsidnten Loeb, bei denen sich die Anklage in Nichts aufgelöst hat. Ebenso hat man den republikanischen Landgerichtspräsidenten Schwartz durch ein Meineidsverfahren kaltstellen wollen; ich erinnere an die Verfahren gegen Worch und Asmus, sowie an das Verfahren gegen den republikanischen Landrat Foth in Mecklenburg und gegen den republikanischen Staatsanwalt Frieders. (Zuruf rechts: Alles keine preußischen Fälle!) Ganz recht, ich wollte Ihnen ja gerade zeigen, daß dort, wo eine Rechtsregierung am Ruder ist, die Justiz zu einer Verfolgungsmaschinerie gegen die Republik ausgebaut wird. Bei allen Verfolgungen von republikanischen Beamten spielt der Untergebene mit dem sorgfältig geführten Tagebuch,

der Denunziant und Spitzel,

eine wesentliche Rolle. Nur so sind die Angaben wegen Diebstahls im Werte von 1,50 M., wie z. B. im Fall des Landrats Foth möglich. Der Bürgermeister Fahlsing von Nordhorn ist — man höre und staune — wegen angeblicher Unterschlagung von fünf Meter Schürzenstoff, die er seinem Dienstmädchen zu Weihnachten geschenkt hat, mit vier Monaten Gefängnis bestraft worden. Fahlsing steht im Ruf, Sozialdemokrat zu sein — er ist es wahrscheinlich gar nicht — daher der Zorn der Nordhorner Industriellen. Wie festgestellt wurd, hat der Herr Pastor in diesem Falle die Zeugen systematisch bearbeitet. Es ist charakteristisch, daß **derselbe Herr Pastor nunmehr in einem anderen Fall wegen Anstiftung zum Meineid zu einem Jahr Zuchthaus bei sofortiger Verhaftung verurteilt wurde.** (Hört, hört! links.)

Unsere Gerichte fühlen sich nicht als Rechtsstätten eines republikanischen Staatswesens, sonst wären Dinge, wie die einstweilige Verfügung des Amtsgerichts Bochum gegen den Apotheker v. Gersdorf, der zur Kolonialtagung aus seiner Wohnung eine schwarzrotgoldene Fahne heraushängen wollte, nicht denkbar. Die einstweilige Verfügung ordnete an, daß der Mieter v. Gersdorf nur mit Genehmigung des Hausbesitzers eine Fahne zum Aushang bringen dürfe und daß er die ausgehangene Fahne noch am selben Tage zu entfernen hatte. (Hört, hört! links.) Als der Apotheker der zwangsweisen Hissung der schwarzweißroten Fahne vor seiner Wohnung Widerstand entgegensetzte, hat das Gericht über ihn die Ordnungsstrafe von 50 M. verhängt. (Hört, hört! links.) Dieses Urteil reiht sich würdig dem Urteil gegen den Leutnant v. Rogister an, der in eine Privatwohnung in der Kasseler Kaserne mit Gewalt eindrang und schwarzrotgoldenen Fensterschmuck gewaltsam entfernte. v. Rogister wurde freigesprochen.

Abg. Kuttner ging dann mit einem Wort auf die

Fememordprozesse

der letzten Zeit ein und beleuchtete scharf das Verhalten des Landgerichtdirektors Bombe und des Landgerichtorats Vormbaum im Falle Stein. Diese Herren haben dem Angeklagten Stein die größten Schwierigkeiten gemacht, als er sich nach seiner Verurteilung einen linksstehenden Verteidiger nehmen wollte. Nach langem Hin und Her wurde ein Gerichtsschreiber zu dem Angeklagten in die Zelle geschickt und mit Stein ein Protokoll aufgenommen. Darin bejaht Stein, daß er einen linksstehenden Verteidiger haben wolle. Trotzdem neue Rücksprache mit Stein, weil dieser „einen so unsicheren Eindruck auf den Herrn Gerichtsschreiber gemacht hat". (Heiterkeit links.) Im Fall Stein steht fest, daß sich die Anwälte Bloch und Sack, die bekannte Anwaltsfirma der Völkischen, in die Verteidigung eingeschlichen haben. Diese Anwälte haben dann den Angeschuldigten so verteidigt, daß er sich verraten und verkauft vorkam und den Eindruck hatte, man wolle nicht verteidigen, sondern seine Anstifter von der Anklage der Anstiftung frei bekommen. (Hört, hört! links.)

Zum Schluß kam Kuttner noch auf den

Preußischen Richterverein

zu sprechen, der sich als Hauptvorkämpfer gegen den republikanischen Richterbund hervortut. Wann und wo, fragte Kuttner, hat der Preußische Richterverein schon einmal Front gemacht gegen, von politischer Gehässigkeit strotzende Urteilsbegründungen, wie z. B. die des Amtsgerichtsrats Beiner in Wernigerode, der in einer Begründung schlankweg erklärte, daß das Judentum die schwerste Schuld am Unglück des deutschen Volkes trage. Den Schaden, den die durch den Haß gegen die Republik geschaffene Politisierung der Rechtspflege anrichtete, hat der ehemalige bayerische Innenminister Schweyer sehr deutlich in folgenden Sätzen gekennzeichnet: „Den größten Stoß hat die Staatsautorität durch die Art der Liquidation der verschiedenen Unbotmäßigkeiten und Gesetzesverletzungen gewisser Organisationen erlitten. Die wichtigste Säule der Staatsautorität, das Vertrauen in die Rechtspflege, das Rechtsgefühl im Volke ist in einem Maße erschüttert worden, daß er wohl sehr langer Zeit bedürfen wird, diese Wunde zum Heilen zu bringen." Die von den Rechtsparteien herbeigeführte Politisierung der Rechtspflege führt zur Faschistenjustiz. Gerechtigkeit kann aber nicht im Gegensatz zur Freiheit gedeihen, sondern Freiheit und Gerechtigkeit gehören zusammen. (Beifall links.). — Dienstag: Weiterberatung.

Ein kommunistischer Musterbetrieb.

Nochmals die russische Handelsvertretung.

Uns wird geschrieben:

Gift und Galle spie die „Rote Fahne" über den Artikel des „Vorwärts" vom Sonntag, den 16. Mai, in dem in die Zustände in der Berliner Handelsvertretung der UdSSR. hineingeleuchtet wurde. Die Dinge an sich waren noch zu golden geschildert und vieles muß noch ergänzt werden.

Zur Frage der Ueberstunden liegen bestimmte Beweise dafür vor, daß die Handelsvertretung als Ueberstundenquetsche in des Wortes wahrster Bedeutung bezeichnet werden kann. So berichtete in der Delegiertensitzung vom 13. April 1926 der Vorsitzende des russischen Betriebsrats, Sikomiroff, daß in einer Abteilung (Buchhalterei) noch dauernd Ueberstunden gemacht werden. In fünf Monaten wurden

20 000 Ueberstunden

geleistet, davon allein im Januar 3876. (Bericht des Vorsitzenden der Arbeiterschutzkommission.) Daneben nahmen noch viele Mitarbeiter Arbeit mit nach Hause!

Von vielen nur ein Beispiel: In einer Sitzung berichtete der Delegierte der Handwerker, daß die Abteilungsleitung zu Ostern von den Tischlern Ueberstunden in größerem Maßstabe verlangt hätte. Es handelte sich dabei um die Einrichtung eines Kinderheims. Während die übrigen Angestellten der Handelsvertretung vom 1. April bis zum 6. April frei hatten, mußten die Tischler am Karfreitag (2. April) und am Sonnabend (3. April) weit über die übliche Zeit hinaus arbeiten. Als dann die Tischler von ihnen noch verlangte Bohnerarbeiten ablehnten, hieß es: „Nun gut, wir werden uns die Sache merken!" — Also Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft bis zum Weißbluten. Arbeiter, die bei der Arbeit nicht rennen, werden von den Moskauer Bonzen als faul bezeichnet! Eine besondere „Blüte" ist der neue Leiter der Wirtschaftsabteilung, Grusinski, soeben aus Moskau importiert. Mit 1155 Mark Monatsgehalt und gleichzeitiger Beschäftigung seiner Frau im Betriebe der Handelsvertretung mit 600 M. Gehalt, spricht dieser „Kommunist" davon, daß man

den deutschen Genossen Abzüge machen müsse,

denn 45 M. pro Woche sei für diese ausreichend. Der so viel gerühmte technische Fortschritt in der UdSSR. offenbart sich hier in einem ganz sonderbaren Licht. Noch heute arbeiten die Tischler mit Arbeitsmethoden aus der Zeit 2000 v. Chr., ohne Maschinen! Alle ihre Ratschläge auf technische Verbesserung des Betriebes wurden in den Wind geschlagen.

Das Delegiertensystem in der Handelsvertretung ist nur eine Farce, und nicht mit dem Vertrauensmännersystem in Privatbetrieben zu vergleichen. Klassenbewußtsein und Solidaritätsgefühl muß jeder ehrliche Kämpfer zum alten Eisen werfen, falls er die „hohe" Position eines Delegierten in der Handelsvertretung einnehmen will.

Als im Herbst 1925 eine starke Mißstimmung gegen den alten Betriebsrat sich zeigte, und die Demission des bisherigen Betriebsrates allgemein gefordert wurde, weigerte dieser sich stets, zurückzutreten. In Privatbetrieben wäre es solchem Betriebsrat vielleicht schlecht ergangen. Aber die „Genossen" Oskar Wischeropp (Moabit) und Erich Würz (5. Bezirk) zeigten sich als unentwegte, „waschechte" Kommunisten. Sie erklärten, trotz ausgesprochenen Mißtrauens auf ihren Posten zu verbleiben, da sie

nicht den Genossen, sondern der Zentrale der KPD. verantwortlich

wären. Die Mißstimmung wuchs und so holten beide Herren sich Schutz aus der Münzstraße 24. — Die Genossen Grylewitz und Gohlke kamen zur Betriebsversammlung, und versuchten, den alten Betriebsrat zu retten. Der Versuch mißlang, und so wurden denn die Personen durch Karl Otto (bisher RAG.) u. a. ersetzt, während das System blieb.

Die „Rote Fahne" vom 6. Mai 1926 schrieb über die Sparmaßnahmen in der UdSSR., daß keine dieser streng zu nennenden Maßnahmen sich gegen das Brot und gegen die Bekleidung der Arbeiter und armen Bauern richtet! Damit sollte gesagt werden, daß Arbeiter und Bauern in ihrer materiellen Lage nicht beeinträchtigt werden. In der Lindenstraße 24 denken die Reinemachefrauen anders darüber. Zunächst wollte man die Reinigung der Räume einem privaten Reinigungsinstitut übertragen, und auch Kostenanschläge lagen schon vor. Doch die Russen sind erfinderisch und schnell verwandelte man die etwa vierzig Reinemachefrauen in eine G. m. b. H. — Für die Reinigung der gesamten Räume war bisher eine Vierteljahrsausgabe von etwa 9000 M. erforderlich. Jetzt hat man den Frauen

dieselbe Arbeit für 3000 M. aufoktroyiert,

wobei sie noch Scheuertücher, Putzlappen, Besen, Schrubber, Bohnerwachs usw. selbst liefern müssen. In Privatbetrieben kämen die Kommunisten angesichts solcher Verschlechterungen sofort mit den schwersten gewerkschaftlichen Geschützen angerückt. Trotz des Schreiens der KPD.: „50 Proz. der Parteiarbeit muß Gewerkschaftsarbeit sein."

darf kein Kommunist in der Handelsvertretung Gewerkschaftsinteressen vertreten.

Noch am 17. Mai d. J. schrieb die „Rote Fahne", daß die Handelsvertretung „natürlich" keine weiteren Entlassungen plant. Am 18. Mai wurden prompt Massenkündigungen ausgesprochen. Jedes „soziale" Moment" wird nach den Worten der „Roten Fahne" in Betracht gezogen, und so auch bei diesen Massenkündigungen. Ein Tischler im Alter von 61 Jahren, der 2¼ Jahre zur vollsten Zufriedenheit bei der Handelsvertretung arbeitete, und augenblicklich krank ist, flog brutal aufs Straßenpflaster. Dabei hat er sich in den hundsmiserablen Arbeitsräumen der Handelsvertretung (im Keller tief unter der Erde, ohne Luftzufuhr, dauernd bei elektrischem Licht arbeiten) ein schweres Augenleiden zugezogen. Ein anderer gekündigter Tischler ist der Vertrauensmann seiner Abteilung, und durfte als solcher während seiner Wahlzeit überhaupt nicht entlassen werden. Auf seine Frage, weshalb auch er mit gekündigt sei, erklärte ihm der Betriebsrat, daß die Tischlerei aufgelöst werde. Als nun beide Tischler in ihrem Abgangszeugnis vermerkt wissen wollten, daß ihre Entlassung wegen Auflösung der Tischlerei erfolgte, wurde ihnen gesagt: „Nicht Auflösung der Tischlerei, sondern Abbau."

Es sind keine Weißgardisten, die diesen Artikel schrieben, sondern Kommunisten, die jahrzehntelange Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre sind, bei denen es Ekel erregt, die „bewährten" Methoden der Handelsvertretung mit ansehen zu müssen.

Unterhaltung in der Eisenbahn.

Von Fedor B. Issagin.

(Einzig berechtigte Uebertragung von Siegfried von Vegesack.)

I.

„Die Fahrkarten, meine Herren!"

Eine Laterne mit tropfender Talgkerze leuchtete in das finstere Abteil 2. Klasse, und eine durch festgeriebenen Schmutz schon glänzend gewordene Hand streckte sich vor.

„Wie weit ist es noch bis Woronjesch?" fragte aus dem Dunkel eine Stimme mit unverkennbar deutscher Aussprache.

„Noch gute zwei Stunden," sagte der Schaffner und knipste die Fahrkarte. „Heda, dort liegt ja noch jemand! Die Fahrkarte, die Fahrkarte, mein Herr!" Und er zupfte an einem Bein, das im Lichtschein der Laterne auf dem gegenüberliegenden Polster sichtbar wurde.

„Ach, du Kanaille, ich habe dir doch gesagt, daß du mich nicht vor sechs Uhr wecken sollst, — geh zum Teufel!"

„Ach, Sie sind es, mein Herr! Verzeihen Sie, ich habe Sie im Dunkel nicht erkannt. Beunruhigen Sie sich nicht, ich werde Sie bestimmt um sechs Uhr wecken!"

Und damit verschwand der Schaffner.

„Wird mich noch um sechs wecken! Was nützt mir das, wenn er mich schon jetzt geweckt hat!" brummte eine verärgerte Stimme. „Was sind doch diese Schaffner für Esel! Da gibt man ihm ein gutes Trinkgeld, — und er: erkennt einen nicht! Schweinerei!"

„In Deutschland wäre das nicht möglich," ließ sich der Herr von der anderen Ecke selbstzufrieden vernehmen.

„Das glaub' ich: dort ist man pünktlich und genau," knurrte es von drüben aus dem Dunkel.

„Nein, ich meinte: bei uns in Deutschland wäre das nicht möglich, daß man einen Schaffner, der seine Pflicht tut, einfach beschimpft und hinauswirft!" entgegnete der Deutsche überlegen und zugleich belehrend.

„Ja, ihr Deutsche seid ein ordentliches und akkurates Volk: bei euch läuft alles wie am Schnürchen!" erwiderte der Russe und richtete sich auf. „Aber an Schlaf ist nicht mehr zu denken, — erlauben Sie, daß ich Licht mache?"

„Bitte sehr, ich muß sowieso bald aussteigen!"

Der Russe holte ein Stearinkerzenendchen aus der Tasche, zündete es an, tröpfelte etwas auf das Tischchen am Fenster und befestigte so die Kerze.

II.

Im schwachen Lichtschein konnten sich jetzt die beiden einzigen Passagiere des Abteils betrachten.

Der Russe war ein großer, breitschultriger Mann von etwa vierzig Jahren, mit schwarzem Vollbart, gelbbraunen Wangen und müden, etwas schwermütigen Augen. Der Deutsche — ein kleiner, etwas aufgeschwemmter Herr, mit spärlichen, glattgescheitelten Härchen über einer flachen Stirn und beweglichen, wachsamen Augen hinter einem schief sitzenden Kneifer.

„Ja, bei euch läuft alles von selbst," wiederholte der Russe und zündete sich eine Zigarette an, „aber bei uns muß man schmieren!"

„Geben Sie mir ein paar tüchtige deutsche Beamte, und ich will die russische Maschine in Ordnung bringen, daß sie auch ungeschmiert läuft!" versicherte der Deutsche selbstbewußt.

Der Russe sah ihn ironisch, mit kaum unterdrücktem Mißbehagen an. Dann sagte er lächelnd:

„Und doch will ich nicht mit Ihnen und Ihrem Lande tauschen! Hier geht alles langsamer, nicht so pünktlich, — aber dafür bequemer und angenehmer. Sehen Sie, schon die Eisenbahn: ich bin nur einmal bis Königsberg gefahren, — aber das ging so, daß ich dachte, mir würden die Eingeweide aus dem Leib gerissen! Wie das stuckert und saust! Und wie angenehm und glatt geht es dagegen hier!"

„Ja, in Rußland hat man Zeit," meinte der Deutsche nachsichtig, mit gönnerhaftem Wohlwollen. „Was hätte man bei uns alles mit dieser Zeit angefangen, die ihr hier verschwendet! Und mit euren Schmiergeldern, Trinkgeldern, eurer ganzen russischen Bestechlichkeit! Welche Summen, die man hier täglich zum Fenster hinauswirft: nur damit die Räder überhaupt rollen!"

„Wenn wir, wie Sie sagen, das Geld zum Fenster hinauswerfen, so müssen Sie nicht vergessen, daß auch draußen Menschen stehen, die eben von diesem Gelde leben!" warf der Russe lächelnd ein. „Im Grunde kommt es auf dasselbe heraus: man zahlt, und man verdient!"

„Und die Moral? Die Sittlichkeit? Die menschliche Würde?" trumpfte der Deutsche auf und zündete sich eine billige Zigarre an. „Wenn ich mir Geld verdiene, — dann habe ich es mir verdient. Wenn ich es mir aber in die Hand drücken lasse —"

„Dann haben Sie es sich noch leichter, noch besser verdient!" schnitt der Russe ihm lachend das Wort ab, entkorkte eine kleine Madeiraflasche und füllte einen Becher:

„Darf ich Ihnen ein Schlückchen anbieten?"

Im Deutschen kämpfte einen Augenblick Stolz und Nützlichkeitsinstinkt. Aber der kräftige Madeiraduft trug den Sieg davon: er trank ein Schlückchen und dankte.

Der Russe goß nach und leerte den Becher in einem Zug. Dann fuhr er fort:

„Nein, nein, Sie können sagen, was Sie wollen: bei uns in Rußland lebt es sich doch besser, — man kann alles haben!"

„Und was kann man denn bei uns nicht haben?" fragte der Deutsche überlegen.

Der Russe füllte wieder den Becher und meinte:

„Sagen wir, zum Beispiel, — es kommen doch solche Fälle vor: Sie wollen, wie man so sagt, sich amüsieren. Was machen Sie dann?"

Und der Russe bot ihm wieder vom Wein an. Jetzt war das Thema interessant geworden, und beide tranken abwechselnd.

Der Deutsche überlegte es sich. Dann sagte er, und seine beweglichen Augen bekamen einen eigentümlichen Glanz:

„Wenn ich verheiratet bin, gehe ich zu meiner Frau, und wenn ich nicht verheiratet bin, in ein öffentliches Haus."

„Und wenn ein solches Haus nicht vorhanden ist?"

„Dann mache ich auf der Straße Bekanntschaft."

„Und wenn Sie — aus irgendeinem Grunde — keine solche Bekanntschaft machen können?"

„Ich verstehe Sie nicht!"

„Nun sagen wir zum Beispiel, wie hier. Nehmen wir an, Sie wollen gerade jetzt eine Bekanntschaft machen, im Zuge: was würden Sie in diesem Fall tun?"

„Ich würde wohl warten, bis ich angekommen bin. Man kann sich doch gedulden."

„Es gibt aber Fälle," meinte der Russe nachdenklich, „wo man sich nicht gedulden kann. Das ist eine rein physische Sache."

„Gut, — und was machen Sie dann in Rußland?" fragte der Deutsche neugierig.

„Ich hole mir ein Mädchen!"

„Im Zuge?"

„Ja, auch im Zuge."

„Sie scherzen: wie kann man sich denn im Zuge ein Mädchen holen?"

„Ich sagte Ihnen doch, daß man bei uns in Rußland alles haben kann: man muß es nur bezahlen. Wenn Sie wollen, werde ich es Ihnen beweisen. Wann müssen Sie aussteigen?"

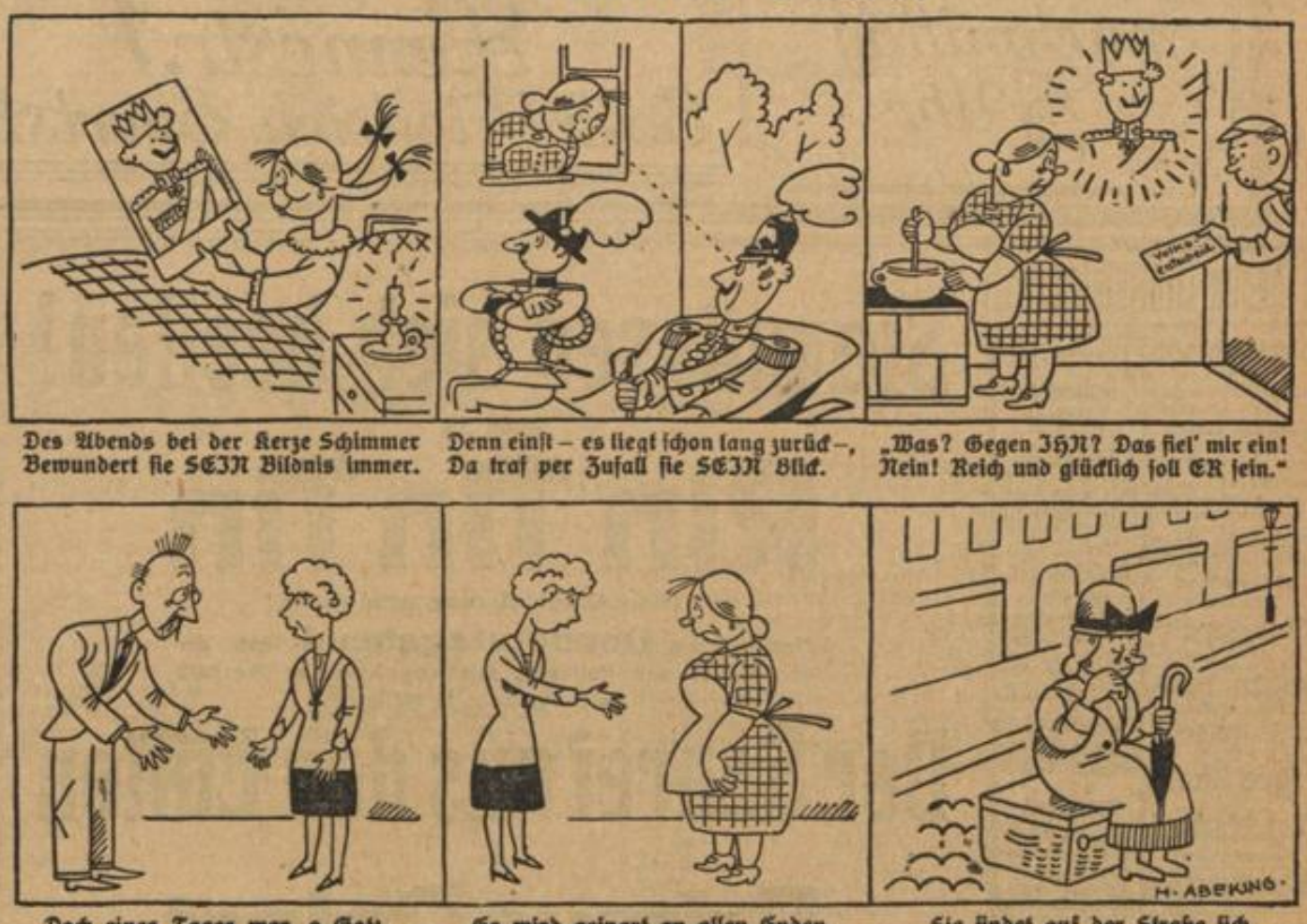
„In einer guten Stunde."

„Dann haben wir gerade noch Zeit. Kommen Sie mit, dann können Sie sich das Mädchen selbst aussuchen!"

Und dabei stand der Russe auf, öffnete die Tür und trat in den schwach erleuchteten Korridor.

Der Deutsche folgte ihm zögernd. (Schluß folgt.)

Eine dumme Gans.



Des Abends bei der Kerze Schimmer
Bewundert sie SEIN Bildnis immer.

Denn einst — es liegt schon lang zurück —,
Da traf per Zufall sie SEIN Blick.

„Was? Gegen IHN? Das fiel' mir ein!
Nein! Reich und glücklich soll ER sein."

Doch eines Tages war, o Gott,
Auch ihre Herrschaft ganz bankrott.

„Es wird gespart an allen Enden,
Drum kann ich Sie nicht mehr verwenden."

Sie findet auf der Straße sich,
Die Tränen fließen bitterlich.

Jedoch wir andern denken drum:
„Nein, wir sind sicher nicht so dumm.
Schluß mit der Unterwürfigkeit!
Wir stimmen Ja beim Volksentscheid!"

Die Turfanfunde im Völkermuseum.

In einigen Wochen wird das Berliner Museum für Völkerkunde wieder eröffnet, nachdem es einem völligen Umbau unterzogen worden ist. Im Erdgeschoß haben die Funde der preußischen Turfanexpedition ihren Platz erhalten, die Denkmäler Mittelasiens von den Karawanenstraßen, die in alter Zeit als einzige direkte Landverbindung China mit dem vorderen Orient und dem Gebiete des Mittelmeeres in Beziehung brachten. Es handelt sich, wie Dr. Ernst Waldschmidt jetzt in „Kunst und Künstler" berichtet, in der Hauptsache um Wandgemälde aus buddhistischen Höhlenklöstern, teilweise größten Formates. Es ist wie ein Wunder, daß alle diese Dinge, die oft unter Schwierigkeiten abgelöst und zerlegt werden mußten, in Kisten verpackt den weiten Transport überstanden haben.

Die Wüstenei des Tarim-Beckens, in der die Berliner Museumsdirektoren Grünwedel und von Le Coq die Ausgrabungen unternahmen, in edlem Wettbewerbe mit den Forschern anderer Kulturnationen, liegt in trostloser Unfruchtbarkeit sich weithin ausdehnend zwischen Tibet-Indien, Persien, China, den völkergebärenden Steppen Ostsibiriens und der Mongolei. Am Fuße der dies unwirtliche Land umrahmenden Gebirge aber, im Bereich der Flüsse haben sich, ehemals durch reiche Kanalisationsanlagen gefördert, zuzeiten mächtige Oasenstaaten entwickeln können, welche auf eine wechselvolle Geschichte zurückblicken. Im ersten nachchristlichen Jahrtausend haben vor allem drei alte Kulturgebiete Einfluß auf sie ausgeübt: Indien, Persien und China. Zunächst ergoß sich ein Strom buddhistischer Propaganda mit seinen Götterbildern und Kunstformen von Indien bis an die Grenzen Chinas. Hier fand er später, aufgenommen und umgebildet, neue künstlerische Ausdrucksweisen. Die Zeitspanne des Vorstoßes der antik beeinflußten indisch-vorderasiatischen Kunst nach Osten und ihres Ringens um die Aufnahme in Ostasien, die Angleichung und Verarbeitung der übernommenen Motive durch die iranischen, skythischen und türkisch-uigurischen Völker Ostturkestans werden durch die Funde der Berliner Gelehrten näher in den Umkreis des Erkennens gerückt. Eine fast ausschließlich religiöse Kunst tritt uns entgegen. Vorwiegend ist sie buddhistisch. Die vom Verkehr abgelegenen Klosteranlagen der buddhistischen Mönche waren meist ganz oder teilweise in den porösen Sandstein der Gebirge eingemeißelt. Die so hergestellten kuppelgewölbten Tempel enthielten in ihrer Zella die Kulturbilder und waren reich mit Reliefsiguren oder Malereien geschmückt. Um die Bemalung zu ermöglichen, bedeckte man die ausgehauenen Wände zunächst mit einem Bewurf aus Lehm, Häcksel und Tierhaaren und überzog diesen mit einer dünnen Stuckschicht. Darauf wurde mit Temperafarben gemalt. Und zwar im Pausverfahren nach gestochenen Umrissen.

Die ersten beiden der vier Expeditionen hatten das Gebiet der Oase von Turfan zum Ziel. Die hier gemachten Funde gehören in eine Zeit chinesisch-uigurischer Vorherrschaft (7. bis 10. Jahrhundert n. Chr.). Schon von einer früheren Teilausstellung her kennt man diese riesigen Bilder aus der alten uigurischen Hauptstadt Chotscho, in ihren Formen ostasiatisch beeinflußt — man kann sich danach eine Vorstellung von der Wandmalerei der berühmten Tangmeister Chinas machen.

Den Hauptanziehungspunkt der neuen Aufstellung bilden die Räume mit den erstmalig ausgestellten Funden der Oase von Kutscha. Während Chotscho weit im Osten der Karawanenstraße gelegen ist, früh und lange unter chinesischer Herrschaft gestanden hat, liegt Kutscha einige hundert Kilometer nach Westen. Es gelangt später aus Chotscho unter chinesischen Einfluß, und die Hauptmasse der dortigen Funde gehört in eine frühere Zeit (5. bis 7. Jahrhundert). Seine Kunstübung ist eine Fortentwicklung der aus Nordwestindien bekannten sogenannten Gandhara-Kunst. Diese selbst ist aus der hellenistischen Provinzialkunst des alten Baktrien hervorgegangen. Durch den religiösen Gehalt des Buddhismus empfing diese Kunst den treibenden Impuls und die Beseelung, welche ihrer Stoßkraft einen Siegeszug bis an die Grenzen Chinas ermöglichte. Im Laufe der Zeit wird der antike Ausdruck überwunden. Das Bemühen dieser Mönchskünstler galt der Rührung, Abschreckung und Erbauung der Gläubigen. Repräsentative Feierlichkeit der Dauer, Harmonie der Raumbeziehungen findet man überwiegend in den Turfanfunden von Chotscho, Historienschilderung bei Einmaligkeit der Handlung in Kutscha. Die Funde von Kutscha überraschen aber vor allem durch die quellende Freude an der Farbe, die Buntheit der Erzählungen, die unmittelbare Schlagkraft und verblüffende Modernität. Leider haben nicht alle Stücke die ursprüngliche Erhaltung. Osttürkische Bauern und Schätzesucher haben das manchmal dick aufgetragene Blattgold geplündert, und abergläubische Leute haben die Gesichter der Personen zerstört oder die Augen ausgekratzt, um die Geister der Dargestellten zu bannen und sich vor Schaden zu bewahren.

Ein teures Buch. Anläßlich des 300. Todestages von Francis Bacon, dem ersten modernen Philosophen Englands, dem eine Zeitlang auch die Autorschaft der Werke Shakespeares zugeschrieben wurde, findet zurzeit in London eine Ausstellung von seltenen Ausgaben seiner Werke statt, die aus dem Nachlaß des Sammlers Sir Durning-Lawrence stammen. Neben der Erstausgabe des „Novum Organum", die im zeitgenössischen Pergamentleinband das eingeprägte Eber-Wappen Bacons zeigt, ist dort unter anderen kostbaren Büchern auch die zweite Ausgabe seiner „Essaies" aus dem Jahre 1598 zu sehen. Dieses Werk wurde zusammen mit zwei anderen alten Bänden vor gut 30 Jahren bei einer Versteigerung für 20 M. von einem Buchhändler erworben, der es dann Sir Durning-Lawrence für 60 M. überließ. Heute, wo das Sammeln solcher Bücher ebenso sehr als Kapitalsanlage wie als Liebhaberei betrieben wird, hat diese zweite Ausgabe einen Marktwert von 6000 bis 8000 M., da die natürlich noch unvergleichlich teure erste Ausgabe der „Essaies" von Bacon aus dem Jahre 1597 zu den seltensten Büchern der ganzen Welt gehört. Hält man neben diesen Raritätenfimmel die geringe Einschätzung einer den Leistungen Bacons vielleicht gleichwertigen geistigen Arbeit in unserer Zeit, so erkennt man die „Kultur" unseres Zeitalters in ihrer ganzen Schönheit.

Der Speisewagen im Personenzug. Merkwürdigerweise haben nur diejenigen Menschen das Bedürfnis, etwas zu essen, die in Schnellzügen reisen. Wer aber einen Personenzug oder Eilzug benutzt, der braucht unterwegs nichts zu essen, wenigstens wenn man die vorhandenen Einrichtungen der Reichsbahn als Merkzeichen des Bedürfnisses ansieht. Wir meinen freilich, daß dieser Standpunkt veraltet ist. Einige Kleinbahnen haben sich denn auch zu einer modernen Reform entschlossen und führen Speisewagen — trotzdem sie überhaupt keine Schnellzüge haben. So hat nunmehr die 65 Kilometer lange Strecke Altefähr—Putbus—Göhren (Insel Rügen) einen Speisewagenbetrieb eingerichtet, der sich sofort größten Zuspruchs erfreute. Diese Bahn hat übrigens nur 75 Zentimeter Spurweite.

Eröffnung Dienstag nachmittag 5 Uhr

Moritz Dobrin
Conditorei & Café
Lennéstr. 1
Ecke Friedrich Ebertstr.

Eröffnung Dienstag nachmittag 5 Uhr

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ.
7: Boris Godunoff
Schauspielhaus
7: Die Welt, in der man sich langweilt
Schiller-Theater
8 U.: Nickel und die 36 Gerechten

Lessing-Th.
8 U. **Schneider Wibbel**
Henckels, Berber Grodtczinsky
Sommerpr. 1-8 M.
Mitgl. d. Volksbühn., Gewerkschaft, Reichsbanner gegen Ausweis gute Plätze à 1.50, auch an Angehörige

Städtische Oper
Charlottenburg
7½ Uhr
Margarete
Abonn.-Turnus I

Kleines Th.
8¾ Uhr:
Seitensprünge
3 Geschichten von Kurt Götz
Vorz. dieses zahlt 50% d. Kassenpr.

Deutsches Theater
Norden 10334—38
Gastspieldirekt. Rotnert
8 Uhr:
Das Ekel
mit
Max Adalbert
Sommerpreise

SCALA
8 Uhr
Internat. Varieté
Theaterkasse: Lützow 7557

Kammerspiele
Norden 10334—38
8 Uhr:
Week-end
(Ueber'n Sonntag)

Residenz-Theat.
8¾ Uhr:
Herz contra Herz
Eugen Rex, Metelka
Pr.: 75 Pf. bis 6 M.

Die Komödie
Bismarck 2414, 7516
8 Uhr:
Theater! ...

Theater des Westens
Zum 350. Male:
8 Uhr: **Gräfin Mariza**
Populäre Preise!
50 Pf. bis 4 M.
Letzte Woche

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr:
Judith
Morgen 7½ Uhr:
FAUST

Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Die Freier
Morgen 8 Uhr:
Die Freier.

Sie müssen sich beeilen!
wenn Sie
Rin Tin Tin
in seiner **Glanzleistung** sehen wollen!
Nur noch bis **Donnerstagabend** läuft der von Presse und Publikum mit **ungeheurem Beifall** aufgenommene Großfilm
Der Schrei aus den Lüften
im
Primus-Palast
Potsdamer Straße 19
Täglich 5, 7, 9 Uhr — Jugendliche haben Zutritt

WARNER BROS PRODUKTION 1926 — im Verleih — FILMHAUS BRUCKMANN & CO. AKT.-GES.

Rose-Theater
8¼ Uhr: Ehre deine Mutter. — Gartenb. 7¾ U.: Die geschied. Jungfrau

KLEINE ANZEIGEN
in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ sind besonders wirksam und trotzdem
sehr billig!

Am Freitag, den 4. Juni, abends 10 Uhr, entschlief sanft nach kurzem Krankenlager unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der
Hutmacher
Emil Wiese
Veteran der Partei, seit 1867 darin tätig, langjähriger Abteilungsführer im V. Berliner Reichstagswahlkreis, im 82. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 9. Juni, abends 8 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Komische Oper
8¼ Dir. James Klein 8¼
Berlin ohne Hemd!
Die gewaltigste Revue
200 Mitwirkende
Sommerpreise

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr
Stettiner Sänger
Neu!
Ein Hausball bei Meyer's
Berliner Burleske von Meyrel
Dönhoff-Brettl
Varieté! — Konzert! — Tanz!

Unserem Genossen
Alfred Wehnert u. Frau
zur **Silberhochzeit** die herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossinnen und Genossen der 21. Abt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! **Lehrlinge, jugendliche Arbeiter u. Arbeiterinnen** Achtung!
Donnerstag, den 10. Juni, nachm. 4½ Uhr, im Lokal von Aefling, Wassertorstr. 71:
Jugend-Versammlung
des Bezirks 8a vom DMV.
Tagesordnung: 1. Gewerkschaften und Jugendbewegung. 2. Betriebsfragen.
Jugendkollegen! In dieser Versammlung müßt ihr alle erscheinen, keiner darf fehlen.
Die Ortsverwaltung.

Verkäufe

Schreibmaschinenkäufer! Preise nochmals herabgesetzt. Neue Ware bis 25 Proz. Rabatt. Gebrauchte Ware 30.— Mark an. Sehr günstige Gelegenheiten. Schreibmaschinen-Bisoma, Markgrafenstraße 26.

Reißzeuge (Richter-Präzision), Sicherheits-Goldfüllfederhalter. Bureaubedarfshaus Lindner, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 36/37.

Teppiche, Diwandecken, Tischdecken, Bettvorleger, Läuferstoffe, prachtvolle Auswahl, extra billige Gelegenheiten. Fischer, Potsdamerstraße 109.

Leiterwagen, Schlauchwagen, Schubkarren, Einzelräder, Achsen, Federn. Globus, Dresdenerstraße 56, Moritzplatz 12738.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Getragene Herrengarderoben Gesellschaftsanzüge für korpulente Figuren staunend billig. Roß, früher Mulackstraße, jetzt Gormannstraße 25/26 und Mariannenstraße 26.

Wenig getragene Kavaliersgarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten, Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportpelze, Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weiteste Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe. Rosenthaler Platz.

Sommerkleider 3.95, Waschseidenkleider 8.90, Complets 19.75 direkt Werkstatt Arkowski, Menarstraße 2, hochparterre, Wannseebahnhof Friedenau.

Gediegene Möbel, merkt den Sah. bant Gleiser, Alexanderplatz, Alexanderstraße 42. 400 preiswerte Zimmereinrichtungen. Illustrierten Prachtkatalog 33 kostenlos.

Möbel

Teilzahlung. Möbel jeder Art. Geringe Anzahlung, bequeme Abzahlung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße.

Speisezimmer 450.—, Klubgarnituren 250.—, Ankleideschränke 130.—, Standuhren 95.—. Ramerling, Kastanienallee 56.

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Weller, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Sonder-Angebot. Zu wirklich billigen Preisen liefern wir unter Garantie für einwandfreies Material und gute Arbeit: Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, bei Zahlungserleichterung. Emmlers Möbelfabrik, S 59, Kottbusserdamm 25/26.

Möbel-Vorbel, Oranienstr. 58 (Moritzplatz), Fabrikgebäude. Aeußerst niedrige Preise für einfache und elegante Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Bücherschränke, Schreibtische, Büfetts, Anrichten, runde Tische, Standuhren, Ankleideschränke, alle Größen, Sofas, Ruhebetten. Eventuell Zahlungserleichterung.

Umbausofa, Prachtstück, privat verkäuflich. Anruf nachmittags: Lichterfelde 3471.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 85.

Fahrräder

Motorräder! Führerscheinfreie und auch schwerere. Gelegenheitskäufe zu ununterbietbaren Preisen abzugeben mit Fabrikgarantie von 200 Mark an. Motorradvertrieb, Charlottenburg, Dahlmannstraße 13.

Motor-Transport mit Pritsche oder Kasten für Eiltransporte in erstklassiger Ausstattung preiswert verkauft Motorradvertrieb, Charlottenburg, Dahlmannstraße 13.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze Christionat, Köpenickerstraße 29 (Adalbertstraße).

Fahrräder kauft Linienstraße 13

Geldverkehr

Einlagegelder sucht Pfandleihe Lange, Moriaplatz, Aschingerhaus. Gegr. 1896.

Vermietungen

Eckläden, Verkaufsläden, mit und ohne Wohnungstausch, allen Gegenden von 35.— Miete an vermietet Kosmos, Pollasstraße vierzehn.

Deutsches Künstl.-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Der fröhliche Weinberg
Th. a. Kurfürstendamm
Tägl. 8 Uhr:
Rebhuhn od. Die neue Fassade
Wallner-Theater
8 Uhr:
Der heilige Brunnen
Blanco Posnets Erweckung

Barnowsky-Bühnen
Theater Königgrätz. Str.
T.: Hasenheide 2110
Letzte Aufführung
8 Uhr:
Dr. Schmidt
Komödienhaus
Tel.: Norden 6304
8 Uhr:
Der Garten Eden

Casino-Theater
Letzte Woche
8 Uhr:
Das verlorene Paradies
Gutschein 1-4 Pers.
Bei Vorzeigung der Annonce zahlen Sie
Faut. u. Balkon 1 M.
Loge u. Sessel 1.50

Theater a. Kotth. Tor
Tägl. 8 Uhr
Elite-Sänger
Sie lachen wirklich Tränen

Luna-Park
Heute **Volkstag**
Eintritt **50 Pfg.**
Donnerstag:
I. Kinderfest

Rennen zu Grunewald
Dienstag, den 8. Juni
nachmittags 3 Uhr

Central-Theater
8 Uhr: **Eva Bonheur**
Ilka Grüning

Berliner Ulk-Trio
Neukölln. Lahnstr. 74/75

Berliner Theater
Tägl. 8¼: Donnerwetter, ganz famos

Neues Th. am Zoo
Tägl. 8 Uhr:
Der alte Dessauer
Operette in 3 Akten
Charlé Vespermann
Falk, Kiper, Godau, Straaten, Hainisch
Preise 0.50 bis 6 M.

Alpenländische Sommerschau und Wiener Prater
im
FUNKHAUS
Bis 27. Juni verlängert!
Täglich 6—1 Uhr
Neues Sensations-Programm
u. a. Hollands Meistergeiger
Jacques van Kinsbergen
Dazu heute:
Die weltbekannt **Borelli Bros**
Gesellschafts-Tanz
Prater-Betrieb
Eintrittspreis (einschl. Tanz) 1.25 M.
Kinder 0.50 M.

SHERLOCK-GES. m. b. H.
OPEL-NIEDERLAGE
Alexanderstr. 27a, II. Hof, Tel. Kgst. 9610-12

Gegr. 1891.
Stepp- und Daunen-Decken
D. R. Patent-Daunen-Decken
kaufen Sie bestens ab Fabrik
Bernhard Strohmandel, Berlin
Wallstr. 72 (Untergrundbahn Inselbrücke),
Filiale: Spittelmarkt, Ecke Seydelstr.,
und Westen, Nikolsburger Platz 2, Ecke Trautenaustr.
Reparat. jed. Art. Illustr. Preiskatalog gratis.

Eisschränke
nach
6 Monaten Miete
Ihr Eigentum
Raddatz
Berlin W 66, Leipziger Str. 122/123

DÜSSELDORF 1926
MAI OKT

GROSSE AUSSTELLUNG
GESUNDHEITSPFLEGE
SOCIALE FÜRSORGE
LEIBESÜBUNGEN
Verbunden mit der Düsseldorfer Kunstausstellung

So sehen gesunde Kinder in die Welt,
deren Wohlbefinden mit „STUVKAMP-SALZ“ behütet wird
STUVKAMP-SALZ
reinigt auf natürliche Weise den Körper von allen Ablagerungen und Schlacken, die sonst während des Wachstums so leicht zu tausend Krankheiten führen.
Körperliche und geistige Regsamkeit sind immer die Folgen einer „Stuvkamp-Kur“, dabei ist das STUVKAMP-SALZ auch für Kinder in keiner Weise schädlich.
3 Pfennige pro Tag hat jeder für seine Gesundheit übrig!
Originalpackungen zu M. 3.— und M. 2.— zu haben in **allen Apotheken und Drogerien.**
Alleinvertrieb für Deutschland:
Phönix-Handelsgesellschaft m. b. H.
Berlin SW. 68, Ritterstr. 48. Fernspr. Dönhoff 8244.

JAHRESSCHAU DRESDEN 1926
Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung
23. APRIL BIS OKTOBER 1926
Internationale Kunst-Ausstellung
12. JUNI BIS OKTOBER 1926